

**Unterrichtung**  
**durch die Bundesregierung**

**Unterrichtung über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2004 der EU-Mitgliedstaaten**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>I. Einleitung</b> .....	1
<b>II. Überblick über die Stabilitätsprogramme</b>	2
<b>III. Zu den einzelnen Stabilitätsprogrammen</b>	4
<b>IV. Überblick über die Konvergenzprogramme</b>	6
<b>V. Zu den einzelnen Konvergenzprogrammen</b>	8
<b>Anlagen</b> .....	11

**I. Einleitung**

Mit Beginn der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Januar 1999 sind die Geld- und Wechselkurspolitik aus der nationalen in die gemeinschaftliche Verantwortung übergegangen. Um realwirtschaftliche Verwerfungen innerhalb der Eurozone zu vermeiden und die Stabilität der gemeinsamen Währung zu sichern, sieht der EG-Vertrag eine verstärkte haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten der EU vor. Dazu gehört die Vorlage jährlich aktualisierter Stabilitäts- und Konvergenzprogramme durch die Mitgliedstaaten der EU. Nach der EG-VO 1466/97, die Teil des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist, erstellen die Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, Stabilitätsprogramme, die anderen Mitgliedstaaten Konvergenzprogramme. In den Programmen müssen die Mitgliedstaaten im Hinblick auf das vereinbarte mittelfristige Ziel eines nahezu ausgeglichenen oder eines Überschuss aufweisenden Haushalts („close to balance or in surplus“) unter anderem Informationen zur Entwicklung des Haushaltssaldos bzw. der Staatsverschuldung, zu den makroökonomischen Annahmen ihrer Haushaltsplanungen und zu den wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen liefern.

Nach dem 2001 vereinbarten Kodex für die Programme („code of conduct“) müssen die jährlichen Aktualisierungen der Programme bis spätestens zum 1. Dezember an die Europäische Kommission (KOM) bzw. den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) übermittelt werden. Gemäß den Vorgaben des Kodex umfasst der Berichtszeitraum der in 2004 aktualisierten Programme zumindest die Jahre 2003 bis 2007. Einige Mitgliedstaaten haben auch Daten für 2008 geliefert. Zum ersten Mal galt der Termin 1. Dezember auch für die neuen Mitgliedstaaten, die nunmehr in gleicher Weise in die haushaltspolitische Überwachung einbezogen sind. Griechenland ist vom ECOFIN-Rat aufgefordert worden, bis zum 21. März 2005 eine überarbeitete Fassung des Stabilitätsprogramms vorzulegen. Der Rat wird sich im April damit befassen. Portugal wird wegen der vorgezogenen Parlamentswahl noch eine überarbeitete Fassung seines Programms vorlegen, die vermutlich erst im Juni im ECOFIN-Rat beraten wird. Die Daten dieser beiden Mitgliedstaaten sind deshalb nicht in diese Unterrichtung einbezogen. Wegen dieser fehlenden Programme liegt auch keine Aggregation der Daten aus den Programmen für das Euro-Währungsgebiet oder die EU insgesamt vor. Berichte über die Programme Griechenlands und Portugals wird das BMF im Anschluss an die ECOFIN-Befassung nachreichen. Die zur Zeit noch nicht vorliegenden deutschen Übersetzungen der Ratsstellungennahmen zu Spanien, Slowenien und Ungarn werden ebenfalls nachgereicht.

Die KOM hat die 23 Programme im Hinblick auf die inhaltlichen und formalen Vorgaben analysiert und ihre Bewertung dem ECOFIN-Rat zugeleitet und veröffentlicht. Der ECOFIN-Rat hat im Januar, Februar und März 2005 diese Programme erörtert und die entsprechenden Stellungnahmen verabschiedet. Die Stellungnahmen sind als Anlagen 1 bis 23 beigelegt. In der beigelegten Tabelle (Anlage 24) sind für alle Mitgliedstaaten das BIP-Wachstum sowie die Finanzierungssalden und die Bruttostaatschulden in Relation zum BIP dargestellt, die einerseits von den Mitgliedstaaten in ihren Programmen und andererseits von der Kommission in ihrer Herbstprognose erwartet

werden. Die Herbstprognose war eine wichtige Grundlage für die Bewertung der Programme durch den Rat. Ihre Frühjahrsprognose hat die Kommission für den 4. April 2005 angekündigt. Auf der Website der Europäischen Kommission ([http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm)) können die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme, die Bewertungen durch die Kommission und die Ratsstellungen heruntergeladen werden.

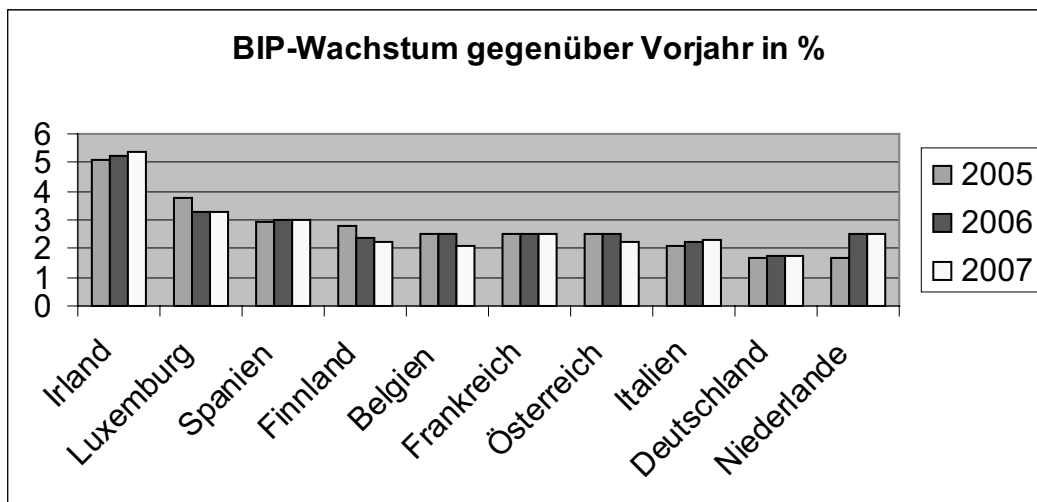
Alle Schaubilder in dieser Unterrichtung basieren auf den Daten aus den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen der Mitgliedstaaten.

**II. Überblick über die Stabilitätsprogramme**

Die Euroländer erwarten nach der konjunkturellen Schwächephase der Jahre 2001 bis 2003 eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Belebung, die im letzten Jahr begonnen hat. Deutschland, Frankreich, Spanien, Niederlande, Belgien und Irland rechnen in ihren Programmen für 2005 mit einem ähnlich hohen BIP-Wachstum wie in 2004. Finnland und Luxemburg gehen von einer Abschwächung ihrer hohen Wachstumsraten aus, Italien und Österreich haben einen deutlichen Anstieg des BIP-Wachstums

zugrunde gelegt. Zu den Folgejahren ist bemerkenswert, dass die Niederlande mit einer deutlichen Wachstumsbelebung in 2006 rechnen und Finnland – vorsichtig kalkulierend – einen Rückgang des BIP-Wachstums einplant. Irland, Luxemburg und Spanien bleiben über den gesamten Programmzeitraum unter den zehn betrachteten Euroländern diejenigen mit dem höchsten BIP-Wachstum.

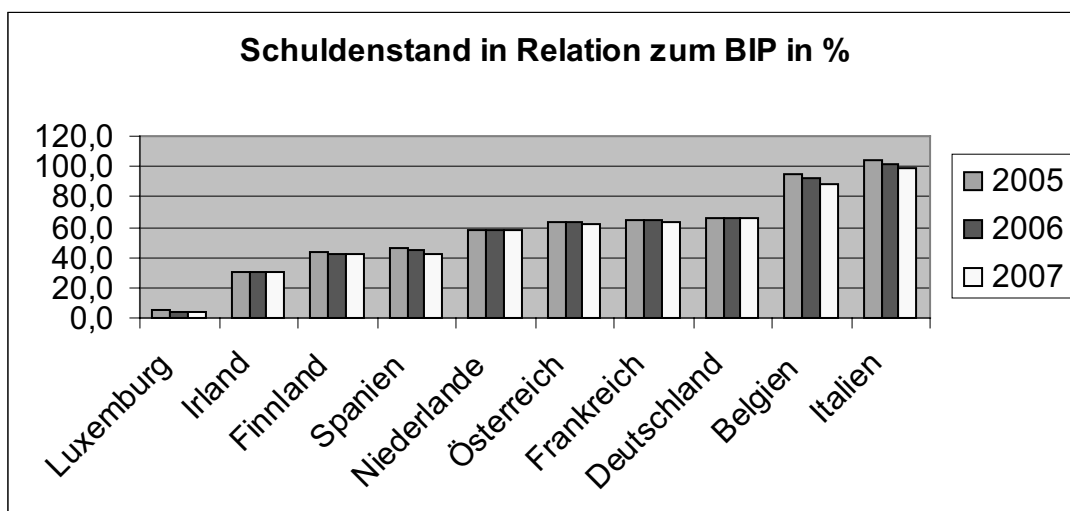
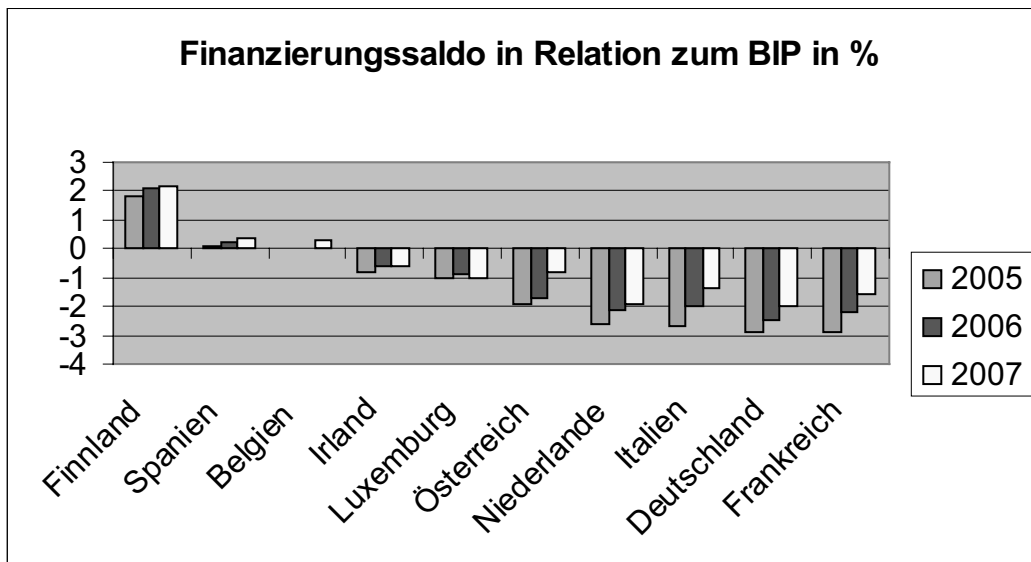
Die lange wirtschaftliche Schwächephase der letzten Jahre schlägt sich bei der Mehrzahl der Euroländer noch in relativ hohen Defiziten der öffentlichen Haushalte nieder. Nur Finnland (1,8 Prozent des BIP) und Spanien (0,1 Prozent des BIP) prognostizieren für 2005 Überschüsse. Belgien erwartet einen ausgeglichenen Gesamthaushalt, Irland und Luxemburg Defizite von 0,8 und 1,0 Prozent des BIP. Die übrigen hier betrachteten Euroländer rechnen mit Defiziten zwischen 1,9 und 2,9 Prozent des BIP. In den Folgejahren erwarten Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande einen Rückgang ihrer Defizite von etwa einem halben Prozentpunkt des BIP pro Jahr. Österreich geht von deutlichen Rückgängen ab 2007 aus. Nur Finnland, Belgien, Spanien und Österreich weisen am Ende des Programmzeitraumes (2007/2008) Überschüsse oder einen ausgeglichenen Haushalt aus.



Unter den zehn betrachteten Euroländern befinden sich Deutschland, Frankreich und die Niederlande im Defizitverfahren. Die Verfahren zu Deutschland und Frankreich ruhen derzeit. Alle drei Länder sehen in ihren Programmen eine Unterschreitung des 3 Prozent-Referenzwertes in diesem Jahr vor. Auch die anderen sieben Länder erwarten in ihren Programmen keine Überschreitung des Referenzwertes.

Mit Italien, Belgien, Deutschland, Frankreich und Österreich liegt in fünf der hier betrachteten zehn Euroländer

die für dieses Jahr erwartete Schuldenstandsquote über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 60 Prozent des BIP. Diese fünf Länder gehen zwar von einem Rückgang ihrer Schuldenstandsquote in den kommenden Jahren aus, aber nicht von einer Unterschreitung des Referenzwertes bis 2007. Österreich rechnet mit einer Unterschreitung des Referenzwertes in 2008. Die Niederlande liegen knapp unter dem Referenzwert. Die niedrigsten Schuldenstandsquoten unter den Euroländern weisen in diesem Jahr Luxemburg (5,0 Prozent des BIP) und Irland (30,1 Prozent des BIP) aus.



### III. Zu den einzelnen Stabilitätsprogrammen

#### Deutschland

Das Stabilitätsprogramm sieht vor, dass im Jahr 2005 der Referenzwert des Maastricht-Vertrages mit einem Defizit von 2,9 Prozent des BIP wieder unterschritten wird. Da ein Teil der ungünstigen Entwicklung des Jahres 2004 aufgrund der schwachen Inlandsnachfrage auch in das Jahr 2005 fort wirkt, setzt die Bundesregierung mit dem Haushalt 2005 zusätzliche Maßnahmen zur Entlastung des Staatshaushalts im Umfang von rd. 8 Mrd. Euro um. Für 2006 sieht das Programm eine Defizitquote von 2 ½ Prozent des BIP vor, in den Folgejahren einen Rückgang von jeweils einem halben Prozentpunkt des BIP.

Im Stabilitätsprogramm wird ausgeführt, dass aufgrund der noch instabilen Binnenkonjunktur die Fortsetzung des Konsolidierungskurses Augenmaß erfordert. Zu starke Einschnitte bei einzelnen Ausgaben oder Steuererhöhungen würden die wirtschaftliche Erholung beeinträchtigen. Die Bundesregierung hat sich in ihrem Stabilitätsprogramm verpflichtet zu prüfen, welche weiteren Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden können, falls sich dies zur Einhaltung der europäischen Vorgaben als notwendig erweist. Die Schuldenstandsquote wird laut Stabilitätsprogramm von 66 Prozent des BIP in 2005 auf 65 Prozent in 2008 verringert.

Nach Ansicht des Rates dürften die von der deutschen Regierung im November 2004 bekannt gegebenen Maßnahmen ausreichen, um das Defizit 2005 auf 2,9 Prozent des BIP zu verringern. Der Rat betont zugleich, dass das Erreichen dieses Zieles die effektive und vollständige Durchführung sämtlicher geplanter Maßnahmen erfordert.

#### Frankreich

Das französische Programm sieht eine strikte Haushaltskonsolidierung vor. Im Mittelpunkt steht das Ziel, die 3 Prozent-Grenze in 2005 wieder zu unterschreiten und einen stetigen Rückgang des Defizits in den Folgejahren zu gewährleisten. Wachstum, Innovation und Beschäftigung sollen gleichermaßen unterstützt werden. Dieser „Spagat“ soll gelingen durch reales Null-Wachstum des Staatshaushalts und insbesondere durch die Umsetzung der Gesundheitsreform. Mittelfristige Effizienzgewinne werden durch das neue Haushaltsrahmengesetz erwartet. Eine Verstetigung des prognostizierten BIP-Wachstums von 2,5 Prozent soll durch Implementierung von Maßnahmen zur Förderung von Konsum, Investitionen und zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts erreicht werden. Zur Sicherung der langfristigen Nachhaltigkeit soll ein Abbau des strukturellen Defizits um jährlich 0,5 Prozentpunkte beitragen.

Nach Auffassung des Rates dürften die von der französischen Regierung getroffenen Maßnahmen ausreichen, um das Defizit 2005 auf 3 Prozent des BIP zu verringern. Allerdings wird die Haushaltslage als anfällig für ungünstige gesamtwirtschaftliche oder budgetäre Entwicklungen beurteilt. Die für die Jahre nach 2005 projizierte Haushalts-

anpassung ist nach Auffassung des Rates zwar signifikant; er hält jedoch die für 2006 geplante Defizitreduzierung bei der gegenwärtigen Politik als stark risikobehaftet.

#### Italien

Italien geht in seinem Stabilitätsprogramm von einem BIP-Wachstum von 2,1 Prozent in 2005 aus, das in den Folgejahren weiter auf 2,3 Prozent steigen soll. Als Hauptquelle des Wachstums wird dabei eine sich belebende Inlandsnachfrage gesehen. Italien plant, im Jahr 2005 das Haushaltsdefizit auf 2,7 Prozent zu vermindern. Diese leichte Reduktion soll vor allem durch Einsparungen bei den Sozialtransfers (insbes. Gesundheitssektor) zustande kommen. Gleichzeitig hat die Regierung Steuerensenkungen i.H.v. 0,4 Prozent des BIP beschlossen, die allerdings budgetneutral finanziert werden sollen. Eine weitergehende Haushaltskonsolidierung sieht das Programm erst für die Zeit ab 2006 vor, ohne jedoch konkrete Maßnahmen zu spezifizieren. Der Schuldenstand soll im Jahr 2005 auf 104,1 Prozent des BIP sinken.

Der Rat beurteilt die Wachstumsannahmen des italienischen Programms als etwas optimistisch. Infolgedessen besteht das Risiko, dass das Haushaltsergebnis in 2005 schlechter ausfallen könnte als im Programm vorgesehen. Daher könnten zusätzliche Maßnahmen notwendig sein, um das Defizit unter der 3 Prozent-Schwelle zu halten. Schließlich fordert der Rat Italien auf, den Schuldenstand schneller zu senken, um den Referenzwert von 60 Prozent des BIP zu erreichen.

#### Spanien

Das spanische Programm sieht Wachstumsraten des BIP in Höhe von 2,9 Prozent im Jahr 2005 und 3,0 Prozent in den Folgejahren bis 2008 vor. Damit würde Spanien fast einen Prozentpunkt über dem BIP-Wachstum der Eurozone liegen, das die Kommission in ihrer Herbstprognose erwartet hat. Aber auch die Inflationsrate liegt deutlich über dem Durchschnitt der Eurozone: Das Programm geht von 3,1 Prozent in 2005 und 2,9 Prozent in 2006 aus (Deflator für den privaten Verbrauch). Für den öffentlichen Gesamthaushalt sieht das spanische Programm Überschüsse in Höhe von 0,1 Prozent des BIP in 2005, 0,2 Prozent in 2006 und 0,4 Prozent in 2007 und 2008 vor. Dementsprechend sinkt die Schuldenstandsquote deutlich von 46,7 Prozent des BIP in 2005 auf 40,0 Prozent in 2008. Spanien strebt an, die günstige Situation für eine stärkere Ausrichtung der Staatsausgaben auf Forschung und Entwicklung zu nutzen.

Der Rat bewertet die spanischen Annahmen für das Wirtschaftswachstum zwar als recht optimistisch, sieht die Risiken für die Haushaltsentwicklung insgesamt aber als ausgewogen an. Kritisch äußert sich der Rat zu den hohen Inflationsraten, die ein Risiko für die spanische Wettbewerbsfähigkeit darstellen. In Bezug auf die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sieht der Rat Spanien grundsätzlich in einer relativ günstigen Position; er mahnt aber eine entschlossene Umsetzung der Rentenreformpläne („Pakt von Toledo“) an.

### Niederlande

Das Land befindet sich im Defizitverfahren, nachdem der Haushaltssaldo in 2003 ein Defizit von 3,2 Prozent des BIP aufwies. Das aktuelle Programm basiert auf einem mehrjährigen umfangreichen Reformmaßnahmenpaket: fiskalische Konsolidierung vor allem in 2004/2005, u. a. über reale Ausgabenziele und eine strikte Kontrolle des Ausgabenwachstums; Renten, soziale Sicherheit, Gesundheitswesen. Mit diesen Maßnahmen soll die frühere Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt und das übermäßige Defizit – wie vom ECOFIN-Rat verlangt – bis Ende 2005 (2,6 Prozent des BIP) beseitigt werden. Im September 2004 wurde ein nationaler Stabilitätspakt beschlossen, insbesondere zur besseren Kontrolle der Finanzen auf örtlicher Ebene. Die Schuldenstandsquote wird in 2005 auf 58,1 Prozent des BIP ansteigen, 58,6 Prozent in 2006 erreichen und ab 2007 sinken.

Der Rat empfiehlt, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um nach Beseitigung des übermäßigen Defizits die „close to balance“-Position zu erreichen. Er verweist auf die Notwendigkeit weiterer Reformen hinsichtlich der Modifizierung der altersbezogenen Ausgabenstruktur zur Sicherung der langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen.

### Belgien

Das Programm geht von einem robusten Wirtschaftswachstum aus; es wird ein BIP-Wachstum von 2,5 Prozent in 2005 und 2006 erwartet, anschließend ein Rückgang bis 2,0 Prozent in 2008. Der Finanzierungssaldo wird laut Stabilitätsprogramm in den Jahren 2005 und 2006 ausgeglichen sein. In den Folgejahren kommt es zu leichten Überschüssen. Die ungünstigere Defizitprognose der Kommission für 2005 kann dadurch erklärt werden, dass sie die Maßnahmen der belgischen Regierung zur Kosteneinsparung im Gesundheitssektor und gegen Steuerhinterziehung noch nicht berücksichtigen konnte. Der Rückgang des – immer noch sehr hohen – belgischen Schuldenstandes macht deutliche Fortschritte. Von 2004 bis 2008 sieht das Stabilitätsprogramm einen Rückgang um über 12 Prozentpunkte auf 84,2 Prozent des BIP vor. 1999 hatte die Schuldenstandsquote noch bei 115 Prozent des BIP gelegen.

Die Stellungnahme des Rates hat einen positiven Grundtenor. Das makroökonomische Szenario wird als realistisch angesehen, die Risiken für die Haushaltsprojektionen als ausgewogen. Kritische Anmerkungen findet der Rat vor allem zum Kostendruck im Gesundheitswesen, zur noch ausstehenden Konkretisierung der Einsparungen im Jahr 2006 und zu weiter bestehenden Risiken für die Nachhaltigkeit aufgrund des hohen Schuldenstandes.

### Österreich

Die im Programm enthaltene Haushaltsstrategie sieht eine stetige Senkung der Abgabenbelastung (Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent des BIP zwei Jahre vorfristig bis 2008) verbunden mit einer mittelfristigen Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt vor. Das gesamtstaatliche Defizit wird von 1,3 Prozent des BIP in 2004 auf 1,9 Prozent in 2005 ansteigen und bis

2008 auf Null sinken. Ursächlich für den Anstieg sind die zum Januar 2005 in Kraft getretenen erheblichen Steuersenkungen, wobei sich die budgetären Risiken in 2005/2006 die Waage halten aufgrund des zugrunde liegenden realistischen makroökonomischen Szenarios mit einem BIP-Wachstum von rund 2 ¼ Prozent. Der Konsolidierungspfad wurde in einem nationalen Stabilitätspakt verankert, der einen Sanktionsmechanismus auf allen Ebenen des Staates beinhaltet. Die Schuldenquote lag in 2004 bei über 64 Prozent des BIP. Sie soll bis 2008 unter den 60 Prozent-Referenzwert sinken. Die Rentenreformen von 2003 und 2004 leisten einen erheblichen Beitrag für die Entlastung des Haushalts auf lange Sicht. Zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen tragen ebenso das Gesundheitsreformgesetz 2005 sowie eine Verwaltungsreform bei.

Dem Land wird vom Rat empfohlen, den Schwerpunkt der Haushaltskonsolidierung insgesamt stärker auf die früheren Programmjahre zu legen. Außerdem sollte es ausführlicher darlegen, mit welchen Einzelmaßnahmen in den letzten beiden Programmjahren eine signifikante Haushaltskonsolidierung erreicht werden könnte.

### Finnland

Das Programm manifestiert die eindrucksvollen Erfolge der letzten Jahre: anhaltend gutes Wachstum, stabile Makropolitik mit niedriger Inflation, Haushaltsüberschüsse. Es weist auf ein günstiges makroökonomisches Umfeld für die Zukunft hin: Konjunktur ungebrochen stark dank des infolge Steuersenkungen robusten privaten Verbrauchs; Arbeitslosigkeit in kleinen Schritten rückläufig; Beschäftigungszunahme durch Reformen auf dem Arbeitsmarkt: Lissabon-Quote bei Frauen und älteren Arbeitnehmern bereits erreicht. Gesamtziel soll bis 2007 erfüllt werden; außerdem Senkung der strukturellen Arbeitslosigkeit. Hauptziele der Finanz- und Wirtschaftspolitik sind: Aufrechterhaltung der Haushaltsüberschüsse in Höhe von ca. 2 Prozent des BIP im Gesamthaushalt, „close to balance“-Position für den Zentralhaushalt, Ausgabenlimits für die Jahre 2004 bis 2007 (real maximal 1 Prozent jahresdurchschnittliche Steigerung im Zentralhaushalt), ausgeglichene Haushalte nachgeordneter Gebietskörperschaften innerhalb eines Dreijahreszeitraums sowie Schaffung von 100 000 Arbeitsplätzen bis Ende der Wahlperiode 2003 bis 2007. Die begonnenen und geplanten strukturellen Reformen, insbesondere im Rentenwesen, bilden eine gute Grundlage für die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen. Verstärkt wird diese u. a. noch durch die Aktiva der Rentenfonds in Höhe von über 40 Prozent des BIP, umfangreiche Maßnahmen im Rahmen der Strukturreform des Rentensystems ab 2005 (u. a. ein höheres Renteneintrittsalter) sowie die permanente Schuldenstandsreduzierung.

Der Rat ist der Auffassung, dass Finnland mit diesem Programm seine Vorbild-Position gegenüber den anderen EU-Mitgliedstaaten bestätigt.

### Irland

Das Programm sieht für die nächsten Jahre ein günstiges makroökonomisches Umfeld: Wachstumsraten von rund

5 Prozent, Rückführung der in der Vergangenheit hohen irischen Inflationsraten durch eine Anti-Inflations-Initiative auf ca. 2 Prozent. Nach einem Haushaltsüberschuss von 0,9 Prozent des BIP in 2004 u. a. durch unerwartet höhere Steuereinnahmen wird mit Defiziten von 0,8 Prozent des BIP in 2005 bzw. 0,6 Prozent in 2006/07, nahe der „close to balance or in surplus“-Position, gerechnet. In diesen Defiziten sind jedoch beträchtliche Rückstellungen (0,45 Prozent des BIP in 2005; 0,85 Prozent bzw. 0,8 Prozent in 2006 bzw. 2007) sowie wesentlich über dem EU-Durchschnitt liegende öffentliche Investitionen enthalten. Die Bruttoschuldenquote (die zweitniedrigste in der Eurozone) wird auf 30 Prozent des BIP in 2007 sinken, inklusive der im Nationalen Rentenreservefonds (NRRF) akkumulierten Mittel in Höhe von ca. 7,6 Prozent des BIP. Diese niedrige Quote, die Reformmaßnahmen auf dem Gebiet der Altersversorgung sowie die Bildung von Rücklagen im NRRF (Zuführung jährlich 1 Prozent des BNP) sind die Stützpfeiler für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

Der Rat ist der Ansicht, dass Irland mit diesem Programm die Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in jeder Hinsicht erfüllt. Das Land setze konsequent seine Reformmaßnahmen (Verbesserung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen, erhöhte Effizienz öffentlicher Ausgaben, Verbesserungen in der Infrastruktur der irischen Wirtschaft) fort.

#### Luxemburg

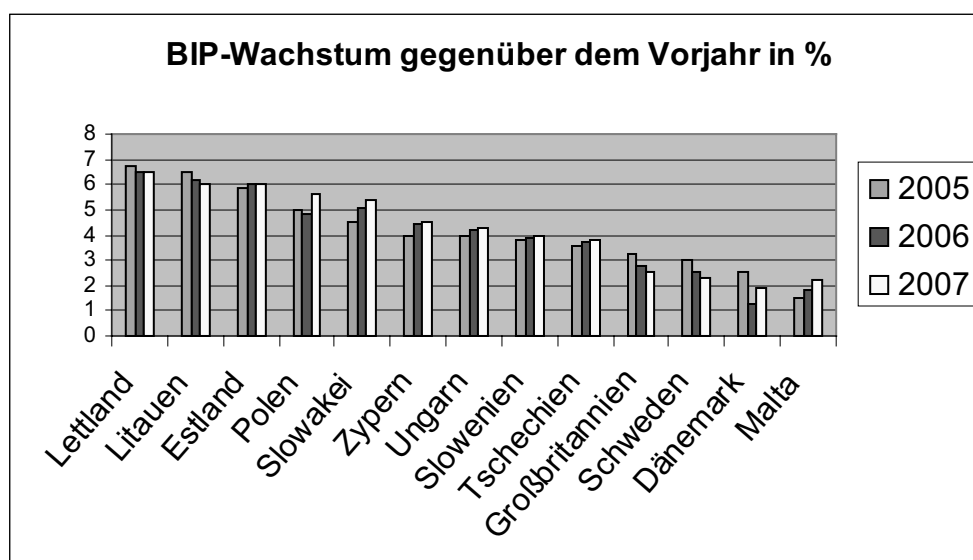
Das Programm zeigt, dass Luxemburgs öffentliche Finanzen grundsätzlich gesund sind, auch wenn der Anstieg der Ausgaben recht hoch ist. Der gesamtstaatliche Haushaltsaldo hat sich von einem Überschuss von 0,8 Prozent des BIP in 2003 zu einem Defizit von 1,4 Prozent des BIP in 2004 entwickelt. Dieses Defizit soll in 2005 auf 1 Prozent verringert und in 2006/07 auf diesem Niveau stabilisiert werden. Die dargelegten Ziele sind realistisch, aber wenig ehrgeizig, insbesondere im Hinblick auf das Mittelfristziel „close to balance or in surplus“. Sie sind leicht zu er-

reichen, wenn die geplante Bremsung des Anstiegs der Ausgaben (Koalitionsvereinbarung: Staatsausgabenwachstum (ohne Investitionen) soll mit mittelfristigem BIP-Wachstum vereinbar sein) umgesetzt wird. Die Risiken für die haushaltspolitischen Ziele des Programms sind aber ausgewogen. Die extrem niedrige Schuldenquote soll im Programmzeitraum von 5,3 Prozent des BIP in 2003 auf 4,5 Prozent in 2007 weiter zurückgehen. Angesichts des niedrigen Schuldenstands und beträchtlicher Reserven (ca. 14 Prozent des BIP) ist Luxemburg in einer relativ günstigen Lage, die absehbar hohen Ausgaben für die Alterung der Bevölkerung zu bewältigen.

Dennoch scheint dem Rat in der Ausgabenpolitik einige Zurückhaltung geboten zu sein, damit sich der Umschwung von einer fiskalischen Überschuss- in eine Defizitposition nicht verfestigt. Ausgabendisziplin sollte auch deshalb verfolgt werden, um die Politik der Reservenbildung, einhergehend mit Maßnahmen zur Erhöhung der gegenwärtig niedrigen Erwerbsquote insbesondere älterer Arbeitnehmer, fortzusetzen.

#### IV. Überblick über die Konvergenzprogramme

Die Mitgliedstaaten außerhalb des Euro-Währungsgebietes können – mit Ausnahme Maltas – relativ hohe Wachstumsraten des BIP vorweisen. Die Konvergenzprogramme der neuen Mitgliedstaaten sehen für dieses Jahr BIP-Wachstumsraten zwischen 3,6 Prozent (Tschechien) und 6,7 Prozent (Lettland) voraus; Malta weist hingegen nur 1,5 Prozent aus. Auch die drei älteren Mitgliedstaaten, die den Euro nicht eingeführt haben, erwarten ein relativ robustes Wirtschaftswachstum. Diese drei Länder verfügen auch – im Vergleich zur Mehrzahl der Euroländer – über einen relativ niedrigen Schuldenstand; Schweden liegt bei etwa 50 Prozent, das Vereinigte Königreich bei etwas über 40 Prozent, Dänemark leicht darunter. Dänemark und Schweden erwarten über den gesamten Programmzeitraum Haushaltsüberschüsse, das Vereinigte Königreich hingegen deutliche Defizite.



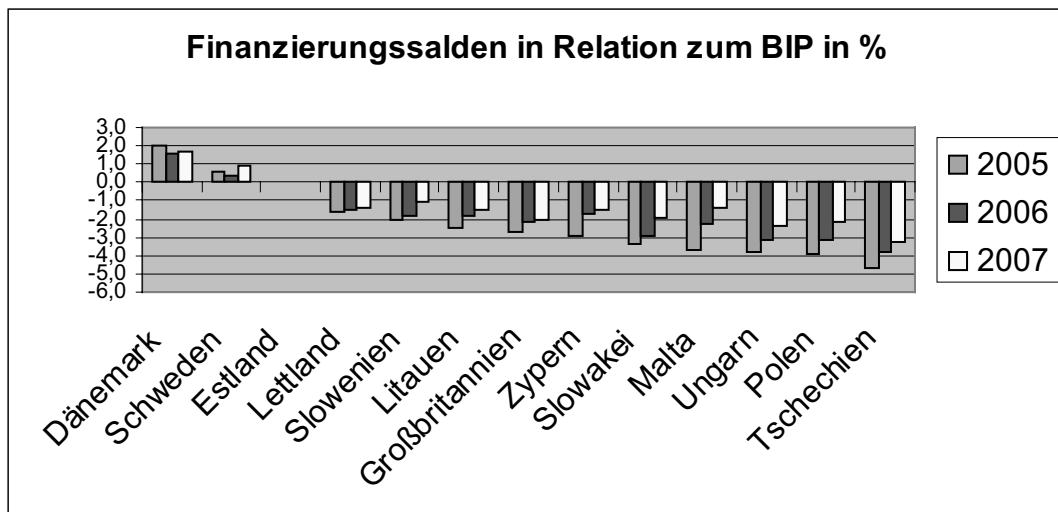
Die meisten neuen Mitgliedstaaten (NMS) halten vor dem Hintergrund des relativ hohen Wirtschaftswachstums die unterschiedlich ehrgeizigen Defizitabbaupfade ein. Lediglich Ungarn bildet trotz Konsolidierungsanstrengungen hier eine Ausnahme, insbesondere weil die Mehrwertsteuereinnahmen auch erweiterungsbedingt eingebrochen sind.

Entsprechend hat der Rat im Dezember 2004 bei allen NMS (Polen, Tschechien, Slowakei, Malta und Zypern) mit übermäßigem Defizit (bis auf Ungarn) festgestellt, dass diese wirksame Maßnahmen zum Abbau ihrer übermäßigen Defizite getroffen haben. Bezüglich Ungarn hat der Rat im Januar 2005 hingegen festgestellt, dass keine wirksamen Maßnahmen getroffen wurden. Demzufolge richtete er am 8. März 2005 neue Empfehlungen nach Artikel 104 Abs. 7 EG-Vertrag an die ungarische Regierung mit dem Ziel, das übermäßige Defizit so rasch wie möglich zu beenden und das diesjährige Defizitziel als Basis für die mittelfristige Konsolidierung einzuhalten. Der ungarischen Regierung wurde vertragsgemäß eine Frist von vier Monaten gesetzt, um die Empfehlungen umzusetzen.

Eurostat hat allen EU-Staaten im September 2004 eine Übergangsfrist bzgl. der statistischen Erfassung privater Pensionsfonds gewährt, die zu einem geringeren Ausweis von Budgetdefiziten und Schuldenständen bis März 2007 führen kann. Diese Übergangsfrist wird von Polen, Ungarn, Schweden, der Slowakei und Dänemark genutzt, ihr Einfluss wird in den entsprechenden landesspezifischen Abschnitten aufgezeigt.

Das Schuldenstandskriterium gewinnt bei einzelnen neuen Mitgliedstaaten durchaus an Bedeutung, allerdings führen Aufwertungen der jeweiligen Währungen sowie eine Angleichung der Zinsen an das Niveau der Eurozone regelmäßig zu einer Entlastung bei den Zinsdiensten.

Estland, Litauen und Slowenien sind im Juni 2004 dem Wechselkursmechanismus II in Vorbereitung der von ihnen angestrebten Euroeinführung zum 1. Januar 2007 beigetreten, die anderen NMS streben einen Beitritt zum Wechselkursmechanismus II im Zeitraum bis 2008 an. In Bezug auf die reale Konvergenz kann darauf hingewiesen werden, dass die NMS auf niedrigem Niveau (das BIP pro Kopf liegt in den NMS rund bei der Hälfte der alten Mitgliedstaaten) rund doppelt so schnell wachsen wie die alten Mitgliedstaaten.



## V. Zu den einzelnen Konvergenzprogrammen

### Vereinigtes Königreich (UK)

Das Programm sieht eine Rückführung des Haushaltsdefizits im Fiskaljahr 2004/2005 auf 2,8 Prozent des BIP vor. Im Fiskaljahr 2003/2004 betrug das Haushaltsdefizit 3,1 Prozent und lag damit über der 3 Prozent-Defizitgrenze von Maastricht. Der Rat beendete im April 2004 das von der Kommission eingeleitete Defizitverfahren gegen UK mit der Begründung, die Überschreitung der 3 Prozent-Defizitgrenze wäre lediglich „vorübergehend“ und daher nicht als „übermäßig“ einzustufen. Bis zum Prognosehorizont 2008 des aktualisierten Konvergenzprogramms wird von UK kein „close to balance or in surplus“ erreicht. Das Programm geht für 2008 von einem Haushaltsdefizit von 1,6 Prozent des BIP aus. Die Schuldenstandsquote liegt mit derzeit 40,9 Prozent relativ niedrig. Die grundlegenden fiskalischen Regeln zur Erreichung mittel- und langfristig stabiler Finanzen sind die „Golden Rule“ (Neuverschuldung über einen Konjunkturzyklus nicht höher als die Nettoinvestitionen) und die „Sustainable Investment Rule“ (Nettoschuldenstand über einen Konjunkturzyklus stabil unter 40 Prozent des BIP). Wesentliches Ziel des Vereinigten Königreichs ist die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen (Ausbildungs-, Verkehrs- und Gesundheitssystem, Terrorismusbekämpfung). Dazu werden die Nettoinvestitionen in öffentliche Dienstleistungen von 1,8 Prozent (2004) auf 2,3 Prozent des BIP (2007) erhöht.

Der Rat betont in seiner Stellungnahme zum aktualisierten Konvergenzprogramm, dass bis 2008 keine ausreichende Sicherheitsmarge gegen eine erneute Überschreitung der 3 Prozent-Defizitgrenze besteht. Es wird zudem nicht sichergestellt, dass das mittelfristige Ziel eines „close to balance or in surplus“ bis 2009/2010 erreicht wird. Trotzdem befindet sich UK insbesondere aufgrund des relativ niedrigen Schuldenstandes in einer komfortablen Situation hinsichtlich der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen. Der Rat empfiehlt sicherzustellen, dass die 3 Prozent-Defizitgrenze wie vorgesehen nicht überschritten und mittelfristig ein „close to balance or in surplus“ erreicht wird.

### Polen

Das aktualisierte Konvergenzprogramm Polens für die Jahre 2004 bis 2007 stützt sich auf ein makroökonomisches Szenario mit einem realen BIP-Wachstum von 5,0 Prozent in 2005, 4,8 Prozent in 2006 und 5,6 Prozent in 2007, gegenüber 5,7 Prozent in 2004. Der wichtigste Unterschied zwischen dem aktualisierten Programm und seinem Vorgänger vom Mai 2004 besteht beim gesamtstaatlichen Defizitziel für das Jahr 2007, das trotz einer prognostizierten Erhöhung des Wirtschaftswachstums um 0,7 Prozentpunkte des BIP – auf jetzt 2,2 Prozent BIP – korrigiert wurde. Bei diesen Zahlen wurden Einzahlungen in die Offenen Pensionsfonds dem öffentlichen Sektor zugerechnet. Beim Herausrechnen der Einzahlungen in die Pensionsfonds würde sich ein um 1,5 Prozent des

BIP höheres Defizit ergeben und damit ein Budgetdefizit von mehr als 3 Prozent des BIP. Die Schuldenstände liegen im genannten Zeitraum bei 45,9 Prozent des BIP (2004) und 48 Prozent des BIP (2006), bei Nichtberücksichtigung der Pensionsfonds wäre der Schuldenstand rund 6 Prozentpunkte höher.

Während die Wachstumsprognosen für 2005 und 2006 realistisch sind, erscheint die Wachstumsprognose für 2007 dem Rat zu hoch. Entsprechend sieht er ein Risiko, dass das Budgetdefizit höher als im Programm projiziert ausfallen könnte. Der Rat empfiehlt daher, dass Polen die haushaltspolitischen Anstrengungen über 2005 hinaus verstärkt: Die im so genannten „Hausner-Plan“ enthaltenen Strukturmaßnahmen sind gemäß Ratsvorstellung vollständig umzusetzen, bzw. Alternativmaßnahmen für den Fall einer unvollständigen Umsetzung vorzusehen. Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Begrenzung der wachsenden Eventualverbindlichkeiten des öffentlichen Sektors zu ergreifen.

### Tschechien

Das Konvergenzprogramm geht im Zeitraum 2004 bis 2007 von BIP-Wachstumsraten zwischen 3,6 und 3,8 Prozent aus. Für das gesamtstaatliche Defizit werden im gleichen Zeitraum absteigend Werte zwischen 5,2 und 3,3 Prozent des BIP prognostiziert und die Schuldenstandsquote steigt von 38,6 auf 40 Prozent des BIP.

Nach Feststellungen des Rates entspricht das Programm noch nicht vollständig dem Verhaltenskodex für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (insbesondere Einnahmen- und Ausgabenquoten). Der Rat bezeichnet die zugrunde gelegten Wachstumsannahmen als vorsichtig und den Anpassungspfad des gesamtstaatlichen Defizits als nicht sehr ehrgeizig. Risiken bestehen aufgrund von Unsicherheiten bzgl. der Auswirkungen der in 2004 durchgeführten Steuerreform und hinsichtlich der Formulierung und Umsetzung notwendiger Sozialreformen. Für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte stellt die alternde Bevölkerung ein Risiko dar, dem mit tief greifenden Reformen entgegengewirkt werden müsse.

### Ungarn

Das ungarische Konvergenzprogramm hält trotz Überschreitung des vorjährigen Defizitziels um 0,5 Prozentpunkte an den wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielstellungen fest: Das Haushaltsdefizit soll bis 2008 unter die Maastricht-Grenze gesenkt werden. Unter Einbeziehung der von Eurostat gewährten Übergangsfrist zur Verbuchung der Pensionsfonds als Einnahmen des öffentlichen Sektors erwartet Ungarn in diesem Jahr ein Defizit von 3,8 Prozent des BIP, das bis 2008 auf 1,8 Prozent des BIP zurückgeführt werden soll. Ohne die Anwendung der Übergangsfrist, die im März 2007 ausläuft, wird ein Defizit von 4,7 Prozent in 2005 und 2,8 Prozent in 2008 in Ansatz gebracht. Der Defizitabbaupfad ist linear und soll pro Jahr 0,6- bis 0,7 Prozentpunkte des BIP betragen. Die Schuldenstandsquote soll von 55,3 Prozent des BIP in



2005 auf 48,3 Prozent des BIP in 2008 sinken (ohne Berücksichtigung der Pensionsfonds von 58,6 Prozent auf 53,2 Prozent des BIP).

Der Rat erkennt in seiner Stellungnahme zwar Fortschritte bei der Konsolidierung an, aber den Haushalt dauerhaft stabilisierende Strukturreformen lassen weiter auf sich warten. Es werden Zweifel an der Erreichbarkeit des diesjährigen Defizitziels geäußert und zusätzliche Maßnahmen in 2005 empfohlen, insbesondere da das gesamtwirtschaftliche Wachstum schlechter als erwartet ausfallen könnte. Die im Haushalt enthaltene Notfallreserve könnte aufgestockt werden und etwaige Steuer-senkungspläne sollten die Einhaltung der Defizitziele nicht gefährden.

### Schweden

Das Programm sieht eine Fortsetzung des Haushaltsüberschusses im Jahr 2005 von 0,6 Prozent des BIP vor. Im Fiskaljahr 2004 betrug der Haushaltsüberschuss 0,7 Prozent. Die Schuldenstandsquote soll 2005 bei 50,5 Prozent des BIP liegen. Hauptziele der Wirtschafts- und Finanzpolitik Schwedens sind ein durchschnittlicher Haushaltsüberschuss von 2 Prozent des BIP über den Konjunkturzyklus zur Vorsorge bezüglich der Alterspyramide und der Sicherheitsmarge für eine antizyklische Fiskalpolitik in einer Rezession, ein Anteil der Beschäftigten zwischen 20 und 64 Jahren von 80 Prozent (2004: 77,0 Prozent), eine Halbierung der Krankenstandstage bis 2008 sowie eine langfristige Halbierung der Anzahl von Sozialleistungsempfängern. Die Obergrenze für Ausgaben der Zentralregierung liegt in 2005 (2006) bei 32,4 Prozent (32,2 Prozent) des BIP.

In seiner Stellungnahme bezeichnet der Rat die mittelfristige Haushaltsentwicklung als in Einklang mit dem Ziel eines „close to balance or in surplus“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Es besteht ein ausreichender Sicherheitsabstand zur 3 Prozent-Defizitgrenze. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen befindet sich Schweden in einer komfortablen Situation.

### Slowakei

Das Konvergenzprogramm geht im Zeitraum 2005 bis 2007 von Wachstumsraten des BIP zwischen 4,5 und 5,4 Prozent aus, was leicht höher ist als im Programm von Mai 2004. Für das gesamtstaatliche Defizit werden im gleichen Zeitraum Werte zwischen 3,4 und 1,9 Prozent des BIP unter Anwendung der Übergangsfrist für private Pensionsfonds angestrebt, was eine leichte Verbesserung der Werte gegenüber dem Mai-Programm darstellt. Unter Vernachlässigung der Übergangsfrist ergäbe sich ein Wert zwischen 3,8 und 3 Prozent des BIP für das Budgetdefizit. Die Schuldenstandsquote bewegt sich unter Berücksichtigung der Pensionsfonds zwischen 44,2 und 45,5 Prozent des BIP.

Der Rat bezeichnet die zu Grunde gelegten Wachstumsannahmen als plausibel. Die vorgesehene Anpassung des Defizits wird im Ergebnis als ausreichend, wenn auch nicht sehr ehrgeizig angesehen. Bezüglich der Schulden-

standsquote bestehen keine Probleme. Die Slowakei ist aufgrund der bereits verabschiedeten Renten- und Gesundheitsreform vergleichsweise gut gewappnet, die budgetären Folgen der alternden Bevölkerung zu schultern und die langfristige Tragfähigkeit des Haushaltes sicherzustellen.

### Dänemark

Das Programm sieht eine Fortsetzung des Haushaltsüberschusses im Jahr 2005 von 2,0 Prozent des BIP vor. Im Fiskaljahr 2004 betrug der Haushaltsüberschuss 1,2 Prozent. Die Schuldenstandsquote ist mit 39,4 Prozent des BIP in 2005 relativ niedrig. Hauptziele der Wirtschafts- und Finanzpolitik Dänemarks sind ein durchschnittlicher jährlicher Haushaltsüberschuss von 1,5–2,5 Prozent des BIP bis 2010, eine Begrenzung des Wachstums realer öffentlicher Konsumausgaben auf jährlich 0,5 Prozent (2005–2010), eine weitere Reduktion der Staatsschuld bis 2010, die Steigerung der Beschäftigung zwischen 2003 und 2010 um 2 Prozent, eine Verbesserung der öffentlichen Leistungen (Gesundheit, Ausbildung und Sozialleistungen) sowie eine weiterhin niedrige Inflation und eine stabile Entwicklung des Euro-Wechselkurses (innerhalb des im WKM II vereinbarten Bandes von +/-2,25 Prozent).

Die Stellungnahme des Rates bezeichnet die mittelfristige Haushaltsentwicklung als in Einklang mit dem Ziel eines „close to balance or in surplus“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Es besteht ein ausreichender Sicherheitsabstand zur 3 Prozent-Defizitgrenze. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen befindet sich Dänemark in einer komfortablen Situation.

### Litauen

Dem Konvergenzprogramm liegt ein makroökonomisches Szenario zugrunde, das im Jahr 2005 ein reales BIP-Wachstum von 6,5 Prozent (wie schon 2004) vorsieht und in den Folgejahren einen leichten Rückgang auf 6,0 Prozent im Jahr 2007. Zentrales Ziel stellt die Erreichung eines im Konjunkturzyklus ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalts dar. Das gesamtstaatliche Defizit wird den Projektionen zufolge bei 2,5 Prozent des BIP in 2005 verharren und allmählich auf 1,5 Prozent im Jahr 2007 sinken. Die Schuldenstandsquote soll 2008 20,1 Prozent des BIP betragen und damit deutlich unterhalb des Referenzwertes bleiben. Als Zieldatum für die Euroeinführung wird der 1. Januar 2007 genannt.

Der Rat beurteilt das Programm überwiegend positiv. Die Risiken für die enthaltenen Haushaltsprojektionen sind ausgewogen, allerdings schafft der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs möglicherweise keine ausreichende Sicherheitsmarge zur Einhaltung des Referenzwertes von 3 Prozent des BIP bei Konjunkturschwankungen. Zudem ist gemäß Ratseinschätzung die Anpassung unzureichend, um während des Programmzeitraums einen nahezu ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Litauen ist in Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen in einer günstigen Lage, auch

weil bereits eingeleitete Rentenreformmaßnahmen dazu beitragen, die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf den Haushalt zu begrenzen.

### Letland

Gegenüber dem ersten Konvergenzprogramm haben sich die Defizitziele der Regierung verbessert. Das gesamtstaatliche Defizit soll von 1,7 Prozent des BIP im Jahr 2004 auf 1,4 Prozent des BIP im Jahr 2007 sinken. Diese Prognose basiert auf einem realen BIP-Wachstum, welches im Jahr 2004 bei ca. 8 Prozent lag und in den nächsten drei Jahren durchschnittlich 6½ Prozent betragen soll. Mit einem Schuldenstand von 14,2 Prozent des BIP im Jahr 2004 verzeichnet Letland unter den EU-Ländern eine der geringsten Quoten. Diese Quote wird sich den Projektionen zufolge im Laufe des Programmzeitraums auch nur leicht erhöhen.

Dem Rat erscheint dieses Szenario grundsätzlich plausibel, wenn auch die Inflationsprojektionen des Programms als eher niedrig eingeschätzt werden. Auch aufgrund des niedrigen Schuldenstandes ist Letland in einer relativ günstigen Lage in Bezug auf die durch eine alternde Bevölkerung entstehenden langfristigen Haushaltsrisiken.

### Slowenien

Das Programm geht für das Jahr 2004 von einem BIP-Wachstum von 4 Prozent und für die Folgejahre bis 2007 von Werten zwischen 3,8 und 4 Prozent aus. Für das gesamtstaatliche Defizit werden Ergebnisse zwischen 2,1 und 1,1 Prozent des BIP mit absteigender Tendenz für den Zeitraum 2004 bis 2007 prognostiziert, wobei der Abbaupfad etwas weniger ambitioniert ist als im Konvergenzprogramm des Vorjahres. Die Schuldenstandsquote bewegt sich im gleichen Zeitraum zwischen 30,2 Prozent und 29,7 Prozent des BIP.

Der Rat bezeichnet das prognostizierte Wachstum als plausibel, und das Tempo der Haushaltskonsolidierung ist relativ moderat mit der Folge, dass ein ausgeglichener Haushalt bis zum Ende der Berichtsperiode nicht erreicht wird. Die Schuldenstandsquote wird deutlich unter dem Referenzwert von 60 Prozent bleiben. Langfristig stellt die alternde Bevölkerung ein Risiko für Haushaltsungleichgewichte dar, dem mit einer sorgfältigen Weiterentwicklung der Sozialsysteme entgegengewirkt werden muss.

### Estland

Das Konvergenzprogramm für den Zeitraum 2004 bis 2007 spiegelt die stabile makroökonomische Lage Estlands wider. Dank eines starken Wachstums (5,6 Prozent in 2004) und einer soliden Haushaltspolitik befinden sich die öffentlichen Finanzen in einer sehr guten Lage. Nach einem Überschuss von 1 Prozent des BIP in 2004 wird ab 2005 ein ausgeglichener Haushalt erwartet, und der Schuldenstand, der mit 4,8 Prozent des BIP in 2004 der niedrigste der EU ist, soll weiter gesenkt werden. Die Einführung

des Euro zum 1. Januar 2007 ist erklärtes Ziel der estnischen Regierung; derzeit ist die Inflation aber noch recht hoch. Ein besonderer Schwachpunkt der estnischen Volkswirtschaft ist das hohe Leistungsbilanzdefizit (10,8 Prozent des BIP in 2004).

Der Rat hält die Finanzplanungen für ausreichend, um auch mittelfristig einen in etwa ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten. Ebenfalls besteht eine genügende Sicherheitsmarge, um bei normalen makroökonomischen Schwankungen unterhalb der 3 Prozent-Defizit-Marke zu bleiben. Der Rat weist allerdings auf das hohe Leistungsbilanzdefizit hin, das für eine Beibehaltung der Haushaltsüberschüsse sprechen könnte.

### Zypern

Zentrale finanz- und währungspolitische Ziele der zypriotischen Regierung sind eine baldige Teilnahme am Wechselkursmechanismus (WKM) II und die Einführung des Euro möglichst im Verlauf des Jahres 2007. Laut Konvergenzprogramm strebt die Regierung Zyperns vor dem Hintergrund eines BIP-Wachstums zwischen 4 Prozent und 4,5 Prozent eine Defizitquote an, die von 2,9 Prozent des BIP in 2005 auf 1,5 Prozent in 2007 sinken soll. Mit 71,9 Prozent des BIP in 2005 sieht das Programm eine weiterhin recht hohe Schuldenstandsquote vor. Diese Quote soll im Jahre 2008 unter den Referenzwert geführt werden.

Der Rat geht davon aus, dass das makroökonomische Szenario mit einem Wirtschaftswachstum von 4 Prozent in 2005 plausibel ist und bezeichnet die Budgetziele als ehrgeizig und erreichbar. Für 2005 wird vom Rat insbesondere empfohlen, die Vielzahl der vorgesehenen und erforderlichen Konsolidierungseinzelmaßnahmen durchzusetzen sowie im Programmablauf insbesondere den Reformprozess beim Renten- und Gesundheitssystem weiterzuführen. Analog wird ein Abbau des Schuldenstandes gefordert.

### Malta

Auf der Grundlage eines makroökonomischen Szenarios, welches eine Belebung des Wachstums zwischen 1,5 Prozent in 2005 und 2,2 Prozent in 2007 vorsieht, wird im Konvergenzprogramm davon ausgegangen, dass das Defizit von 5,2 Prozent des BIP in 2004 auf 1,4 Prozent in 2007 gesenkt wird. Die Schuldenstandsquote soll von 73,4 Prozent in 2004 auf 70,4 Prozent des BIP in 2007 sinken.

Das Programm entspricht nach Ratsauffassung noch nicht voll den Datenanforderungen (z. B. ungenauer und unvollständiger Ausweis der öffentlichen Ausgaben). Ferner sieht der Rat eine schärfere Überwachung von Eventualverbindlichkeiten des öffentlichen Sektors sowie die Durchführung weiterer Reformmaßnahmen (insbesondere im Gesundheitswesen) für eine nachhaltige Konsolidierung als notwendig an.

Anlage 1



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Februar 2005 (21.02)  
(OR. en)**

**6497/05**

**UEM 56**

**VERMERK**

---

des	Generalsekretariats des Rates
für	die Delegationen
<u>Betr.:</u>	<u>Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Deutschlands</u>

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Deutschlands, in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 17. Februar 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 1

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES  
vom 17. Februar 2005  
zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Deutschlands für 2004-2008**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 17. Februar 2005 das aktualisierte Stabilitätsprogramm Deutschlands für den Zeitraum 2004-2008 geprüft. Das Programm erfüllt weitgehend die Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodexes betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme". In dem Programm werden überwiegend gerundete Zahlen verwendet und inkompatible Daten vermengt. Im Detail sind allerdings Verbesserungen festzustellen; so wird z.B. in den Abschnitten zum makroökonomischen Szenario und zu den Haushaltsprojektionen konsequent das ESVG-95 als statistischer Rahmen verwendet. Dementsprechend wird Deutschland aufgefordert, die Übereinstimmung mit den Datenanforderungen herzustellen.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997.

- (2) Das dem Programm zugrunde gelegte makroökonomische Szenario sieht ein reales BIP-Wachstum von 1,7 % für das Jahr 2005 vor, das damit gegenüber den erwarteten 1,8 % im Jahr 2004 praktisch unverändert bleibt. Um die erheblichen Kalendereffekte bereinigt, implizieren diese Zahlen allerdings eine Wachstumsbeschleunigung um  $\frac{3}{4}$  Prozentpunkte im Jahr 2005. In den letzten drei Programmjahren wird mit einem stagnierenden Wachstum von jährlich 2 % gerechnet. Aus aktueller Sicht scheint dieses Szenario plausibel, auch wenn die Wachstumsprognose für 2005 recht günstig erscheint. Die Inflationsprojektionen des Programms dürften eher hoch gegriffen sein.
- (3) Der Rat hat am 21. Januar 2003 entschieden, dass in Deutschland ein übermäßiges Defizit besteht, und hat empfohlen, es bis spätestens 2004 zu korrigieren. Allerdings ist die Kommission aus den in der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zur "Situation Deutschlands und Frankreichs in Bezug auf ihre Verpflichtungen im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit nach dem Urteil des Gerichtshofs" vom 14. Dezember 2004<sup>1</sup> erläuterten Gründen zu dem Schluss gelangt, dass für die Korrektur des übermäßigen Defizits das Jahr 2005 als geltende Frist zugrunde zu legen sei, da die Schlussfolgerungen des Rates vom November 2003 Rechtswirkung entfaltet hätten, bis sie vom Gerichtshof für nichtig erklärt worden seien. In Übereinstimmung mit dieser Empfehlung zielt die im Programm dargelegte Haushaltsstrategie in erster Linie darauf ab, das Defizit 2005 unter 3 % des BIP zu senken. Außerdem wird in dem Programm eine kontinuierliche Verringerung des gesamtstaatlichen Defizits in den darauf folgenden Jahren angestrebt. Das Defizit soll ab 2005 stetig um jährlich  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkte des BIP zurückgehen und 2008 rund  $1\frac{1}{2}$  % des BIP erreichen. Nach Berechnungen der Kommission anhand der Programmprojektionen und der gemeinsamen Methodik würde sich das konjunkturbereinigte Defizit ab 2005 um etwas weniger als  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt auf rund 1 % des BIP im Jahr 2008 verringern. Wie in früheren Programmaktualisierungen zielt die mittelfristige Haushaltsstrategie darauf ab, ein Gleichgewicht zwischen Strukturreformen, Haushaltskonsolidierung und konjunktureller Stabilisierung herzustellen.

---

<sup>1</sup> Dok. KOM(2004) 813 vom 14. Dezember 2004.

noch Anlage 1

- (4) Nach aktuellem Kenntnisstand dürften die von der deutschen Regierung im November 2004 bekannt gegebenen Maßnahmen ausreichen, um das Defizit 2005 auf 2,9 % des BIP zu verringern, gegenüber einer Defizitprojektion von 3,4 % in der Herbstprognose der Kommissionsdienststellen vom Oktober 2004. Die Haushaltslage ist nach wie vor anfällig. Die Korrektur des übermäßigen Defizits setzt die effektive und vollständige Durchführung sämtlicher geplanter Maßnahmen sowie die Durchführung zusätzlicher Maßnahmen im Falle ungünstiger Entwicklungen voraus, die die angestrebte Senkung des Defizits auf weniger als 3 % des BIP im Jahr 2005 gefährden könnten. In den Jahren nach 2005 könnte das Haushaltsergebnis schlechter ausfallen als im Programm projiziert, auch wenn das gesamtstaatliche Defizit unter 3 % des BIP bleiben dürfte. Da sich der konjunkturbereinigte Saldo gegen Ende des Programmzeitraums um weniger als 0,5 Prozentpunkt verbessert, ist die in der Programmaktualisierung projizierte Anpassung recht gering, obwohl bemerkenswerte Strukturreformen durchgeführt werden, die die mittelfristigen Ausgaben senken dürften. Überdies erscheint der budgetäre Anpassungspfad gegen Ende des Programmzeitraums recht optimistisch. Außerdem führen die im November 2004 bekannt gegebenen Einmalmaßnahmen, mit denen das Defizit im Jahr 2005 unter 3 % des BIP gesenkt werden soll, zu einer gewissen Schwächung der Haushaltslage gegen Ende und nach Ablauf des Programmzeitraums.
- (5) In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung scheint der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs bis 2008 keine ausreichende Sicherheitsmarge zu schaffen, die die Überschreitung der Defizitmarke von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen verhindern könnte; auch reicht er nicht aus, um sicherzustellen, dass das im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts innerhalb des Programmzeitraums erreicht wird.
- (6) Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 65½ % des BIP und damit über dem im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Dem Programm zufolge soll die Schuldenquote in den Jahren 2005 und 2006 auf 66 % ansteigen und ab 2007 auf 65 % des BIP im Jahr 2008 sinken. Allerdings wird sich die Schuldenquote in Anbetracht der vorerwähnten Risiken für die Haushaltsziele voraussichtlich ungünstiger entwickeln als projiziert.

- (7) In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen scheint Deutschland leicht gefährdet. Deutschland könnte sich in einer vergleichsweise günstigen Lage befinden, sofern die dem Programm zugrunde liegenden Strukturreformen zügig durchgeführt und die Reformbemühungen zur weiteren Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit fortgesetzt werden. Allerdings hängt die langfristige Tragfähigkeit in entscheidender Weise davon ab, dass die geplante Haushaltskonsolidierung auf mittlere Sicht auch tatsächlich erreicht und der Schuldenstand verringert wird; sowohl die Bundesländer als auch die Systeme der sozialen Sicherheit spielen hierbei eine Rolle. Die bereits vom Gesetzgeber verabschiedeten Strukturreformen der "Agenda 2010" und insbesondere die Rentenreform dürften die budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung vermindern, auch wenn die ausgabenenkende Wirkung der laufenden Reformen, besonders im Gesundheitswesen, mit Unsicherheit behaftet ist.
- (8) Die in der Programmfortschreibung 2004 dargelegte Wirtschaftspolitik stimmt mit den länderspezifischen Grundzügen der Wirtschaftspolitik im Bereich der öffentlichen Finanzen zum Teil überein. Insbesondere wurde das konjunkturbereinigte Defizit 2004 nicht verringert. Außerdem macht die geplante mittelfristige Anpassung des konjunkturbereinigten Saldos ab 2007 weniger als ½ Prozentpunkt des BIP aus und ist überdies mit Risiken behaftet. Sie wird im Programmzeitraum nicht zu einer in etwa ausgeglichenen Haushaltsposition führen. Deutschland hat wichtige Strukturreformen, namentlich auf dem Arbeitsmarkt und bei der Altersversorgung, durchgeführt, die das Land im Hinblick auf die Bewältigung der Bevölkerungsalterung in eine bessere Lage versetzen. Es ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung, dass es Deutschland gelingt, auf einen höheren Ist- und Potenzialwachstumspfad zu gelangen, indem es seine nicht ausgeschöpften Beschäftigungsreserven mobilisiert.

\* \* \*

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung ist der Rat der Auffassung, dass Deutschland

- i) das Notwendige tun sollte, um im Jahr 2005 die Korrektur des übermäßigen Defizits sicherzustellen,
- ii) Haushaltsanpassungen in den Jahren nach 2005 vornehmen und die erforderlichen Strukturmaßnahmen ergreifen sollte, um bis zum Ende des Programmzeitraums einen nahezu ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, und

noch Anlage 1

- iii) die Strukturreformen fortsetzen sollte, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, insbesondere in Bezug auf das Gesundheitswesen, weiter zu verbessern.

**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7</b>	<b>1 ¼</b>	<b>2</b>	<b>2</b>
	KOM Okt. 2004	1,9	1,5	1,7	--	--
	SP Jan. 2004	1,7	2 ¼	2 ¼	2 ¼	--
HVPI-Inflation (%)	<b>SP Dez. 2004</b>	--	--	--	--	--
	KOM Okt. 2004	1,7	1,3	1,1	--	--
	SP Jan. 2004	--	--	--	--	--
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>-3 ¼</b>	<b>-2,9</b>	<b>-2 ½</b>	<b>-2</b>	<b>-1 ½</b>
	KOM Okt. 2004	-3,9	-2,9	-2,6	--	--
	SP Jan. 2004	-3 ¼	-2 ½	-2	-1 ½	--
Primärsaldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>- ½</b>	<b>0</b>	<b>½</b>	<b>1 ½</b>	<b>2</b>
	KOM Okt. 2004	-0,8	0,2	0,5	--	--
	SP Jan. 2004	- ¼	½	1	1 ½	--
Konjunkturbereinigter Saldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004<sup>1</sup></b>	<b>-3,0</b>	<b>-2,4</b>	<b>-1,9</b>	<b>-1,6</b>	<b>-1,3</b>
	KOM Okt. 2004	-3,4	-2,4	-2,1	--	--
	SP Jan. 2004 <sup>1</sup>	-2,5	-2,1	-1,6	-1,4	--
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>65 ½</b>	<b>66</b>	<b>66</b>	<b>65 ½</b>	<b>65</b>
	KOM Okt. 2004	65,9	66,7	67,1	--	--
	SP Jan. 2004	65	65 ½	65 ½	65	--
<u>N.B.:</u>						
1 Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen.						
<u>Quellen:</u>						
Stabilitätsprogramm (SP); Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM) unter nachträglicher Berücksichtigung des im November vorgestellten Haushaltspakets, siehe Mitteilung der Kommission an den Rat zur "Situation Deutschlands und Frankreichs in Bezug auf ihre Verpflichtungen im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit nach dem Urteil des Gerichtshofs" vom 14. Dezember 2004, KOM(2004) 813; Berechnungen der Kommissionsdienststellen.						



noch Anlage 1



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 24. Februar 2005**

**6497/05  
COR 1 (de)**

**UEM 56**

**KORRIGENDUM ZU DEM VERMERK**

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Deutschlands

Auf Seite 5 unten muss Ziffer ii wie folgt lauten:

"ii) Haushaltsanpassungen in den Jahren nach 2005 vornehmen und die erforderlichen Anstrengungen struktureller Art unternehmen sollte, um bis zum Ende des Programmzeitraums einen nahezu ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, und".

Anlage 2



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Februar 2005 (21.02)  
(OR. en)**

**6496/05**

**UEM 55**

**VERMERK**

---

des	Generalsekretariats des Rates
für	die Delegationen
<u>Betr.:</u>	<u>Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Frankreichs</u>

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Frankreichs in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 17. Februar 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 2

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 17. Februar 2005**  
**zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Frankreichs für 2004-2008**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Am 17. Februar 2005 hat der Rat das aktualisierte Stabilitätsprogramm Frankreichs für den Zeitraum 2004 bis 2008 geprüft. Das Programm erfüllt weitgehend die Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodexes betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme". Es enthält allerdings nicht die obligatorischen Projektionen für das Wachstum der Gesamtbeschäftigung gemäß der Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Folglich wird Frankreich ersucht, den Datenanforderungen in vollem Umfang zu entsprechen.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

noch Anlage 2

- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht vor, dass das reale BIP-Wachstum von 2004 bis 2008 bei 2,5 % und damit geringfügig über dem Potenzial liegt. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint dieses Szenario plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln, auch wenn die Wachstumsprojektionen der Kommission etwas niedriger liegen. Auch die Inflationsprojektionen des Programms erscheinen realistisch.
- (3) Am 3. Juni 2003 hat der Rat entschieden, dass in Frankreich ein übermäßiges Defizit besteht, und hat empfohlen, dieses bis spätestens 2004 zu korrigieren. In ihrer am 14. Dezember 2004 verabschiedeten Mitteilung an den Rat zur "Situation Deutschlands und Frankreichs in Bezug auf ihre Verpflichtungen im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit nach dem Urteil des Gerichtshofs" <sup>1</sup> ist die Kommission zu dem Schluss gelangt, dass für die Korrektur des übermäßigen Defizits das Jahr 2005 als Frist zugrunde zu legen sei, da die Schlussfolgerungen des Rates vom November 2003 Rechtswirkung entfaltet hätten, bis sie vom Gerichtshof für nichtig erklärt wurden. Oberstes Ziel der Haushaltsstrategie des Programms ist es, das Defizit bis 2005 auf unter 3 % des BIP zurückzuführen. Das Programm zielt auch darauf ab, einen stetigen Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits in den Folgejahren zu gewährleisten. Das Defizit soll ab 2005 kontinuierlich um jährlich 0,6-0,7 BIP-Prozentpunkt auf 0,9 % des BIP im Jahr 2008 sinken. Gegenüber dem letzten Programm wird in dem aktualisierten Programm die geplante Anpassung vor dem Hintergrund eines etwas günstigeren makroökonomischen Szenarios im Großen und Ganzen bestätigt. Nach Berechnungen der Kommission anhand der Projektionen des Programms und der gemeinsamen Methodik würde sich auch der konjunkturbereinigte Saldo ab 2005 um jährlich etwa 0,6-0,7 Prozentpunkt verbessern und -0,7 % des BIP im Jahr 2008 erreichen. Die mittelfristige Haushaltsstrategie beruht wie bei den vorangehenden Programmaktualisierungen auf der Festlegung mehrjähriger Ziele für die Erhöhung der realen öffentlichen Ausgaben, wobei eine Reduzierung der Ausgabenquote im Verhältnis zum BIP, insbesondere in Folge der Umsetzung der Strukturreformen, vorausgesetzt wird.

---

<sup>1</sup> Dok. KOM(2004) 813 vom 14. Dezember 2004.

- (4) Nach derzeitigem Kenntnisstand dürften die von der französischen Regierung getroffenen Maßnahmen ausreichen, um das Defizit auf 3 % des BIP im Jahr 2005 zu verringern. Allerdings bleibt die Haushaltslage in Frankreich anfällig. Die Korrektur des übermäßigen Defizits erfordert die wirksame Umsetzung aller vorgesehenen Maßnahmen sowie zusätzlicher Maßnahmen bei ungünstigen Entwicklungen. Da die projizierte Rückführung des Defizits im Jahr 2005 vor allem aus einer Einmalzahlung im Umfang von ½ % des BIP resultiert, ist ferner die für 2005 projizierte zugrunde liegende Haushaltsanpassung vergleichsweise gering. In den Jahren nach 2005 könnte das Haushaltsergebnis schlechter ausfallen als im Programm projiziert. Insbesondere das Defizitziel für 2006 scheint bei der gegenwärtigen Politik in Gefahr zu sein, da für 2006 Steuersenkungen angekündigt sind und umfangreichere einmalige Einnahmen wegfallen werden. Die für den Zeitraum 2006-2008 angesetzten Ausgaben- und Defizitziele scheinen bei der gegenwärtigen Politik nur schwer erreichbar zu sein, wofür auch die Tatsache spricht, dass die in den letzten Fortschreibungen angesetzten Ausgabenziele deutlich verfehlt wurden. Es sind Strukturreformen durchgeführt worden (Loi organique relative aux Lois de Finances, unabhängige Alarmstelle für die Kontrolle des Gesundheitssystems). Diese Reformen sind eindeutig Schritte in die richtige Richtung und sollten einen Beitrag zur Erreichung der Haushaltziele leisten.
- (5) Angesichts dieser Risikobewertung scheint der in dem Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs keine ausreichende Sicherheitsmarge zu bieten, mit der gewährleistet wäre, dass die Defizitmarke von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen vor 2007 nicht überschritten wird; darüber hinaus wird auch keine hinreichende Gewähr dafür geboten, dass das im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts während des Programmzeitraums erreicht wird.
- (6) Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 64,8 % des BIP und damit über dem im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Dem Programm zufolge soll die Schuldenquote ab 2006 sinken und im Jahr 2008 62 % des BIP erreichen. Die Entwicklung der Schuldenquote und die Defizitziele sind mit identischen Risiken behaftet.

noch Anlage 2

- (7) Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen scheint in Frankreich immer noch mit gewissen Risiken behaftet. Durch die in den Jahren 2003 bzw. 2004 durchgeführten wichtigen Strukturreformen beim Renten- und beim Gesundheitssystem ist eine bessere Grundlage geschaffen worden. Es bedarf jedoch in den kommenden Jahren weiterer Anstrengungen (einer weiteren Haushaltskonsolidierung und zusätzlicher Reformen), um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in vollem Umfang zu gewährleisten.
- (8) Die in der Programmfortschreibung 2004 zum Ausdruck kommende Wirtschaftspolitik stimmt mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen Empfehlungen, insbesondere jenen mit budgetärer Wirkung, zum Teil überein. Frankreich hat wichtige Strukturreformen, vor allem beim Renten- und beim Gesundheitssystem, durchgeführt, die das Land im Hinblick auf die Bewältigung der Bevölkerungsalterung in eine bessere Lage versetzen. Die Reduzierung des konjunkturbereinigten Defizits im Jahr 2004 wird mit 0,4 % des BIP geringer als empfohlen, allerdings höher als erwartet ausfallen. Die staatlichen Einnahmen wurden in vollem Umfang zur Reduzierung des Defizits eingesetzt. Insgesamt betrachtet ist die in der Fortschreibung 2004 vorgesehene mittelfristige Anpassung zwar erheblich, sie ist jedoch mit Unsicherheiten behaftet und wird im Programmzeitraum nicht ganz zu einem nahezu ausgeglichenen Haushalt führen.

\* \* \*

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung ist der Rat der Auffassung, dass Frankreich

- i) das Notwendige tun sollte, um im Jahr 2005 die Korrektur des übermäßigen Defizits sicherzustellen,
- ii) dafür sorgen sollte, dass die Haushaltskonsolidierung in den Jahren nach 2005 fortgeführt wird, damit im Jahr 2008 ein ausgeglichener Haushalt erreicht wird, und
- iii) die Strukturreformen fortsetzen und die Ausgaben kontrollieren sollte, damit die in dem Programm festgelegten mehrjährigen Ausgabenziele eingehalten werden.

noch Anlage 2

**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>2,5</b>	<b>2,5</b>	<b>2,5</b>	<b>2,5</b>	<b>2,5</b>
	KOM Okt. 2004	2,4	2,2	2,2	n.v.	n.v.
	SP Dez. 2003	1,7	2,5	2,5	2,5	n.v.
HVPI-Inflation (%)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>2,2</b>	<b>1,8</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>
	KOM Okt. 2004	2,3	2,0	1,8	n.v.	n.v.
	SP Dez. 2003	1,5	1,5	1,5	1,5	n.v.
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>-3,6</b>	<b>-2,9</b>	<b>-2,2</b>	<b>-1,6</b>	<b>-0,9</b>
	KOM Okt. 2004	-3,7	-3,0	-3,3	n.v.	n.v.
	SP Dez. 2003	-3,55	-2,9	-2,2	-1,5	n.v.
Primärsaldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>-0,7</b>	<b>0,1</b>	<b>0,8</b>	<b>1,5</b>	<b>2,2</b>
	KOM Okt. 2004	-0,7	-0,1	-0,4	n.v.	n.v.
	SP Dez. 2003	-0,6	0,1	0,9	1,6	n.v.
Konjunkturbereinigter Saldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>-3,4</b>	<b>-2,7</b>	<b>-2,0</b>	<b>-1,4</b>	<b>-0,7</b>
	KOM Okt. 2004	-3,5	-2,8	-3,1	n.v.	n.v.
	SP Dez. 2003	-3,2	-2,6	-1,9	-1,3	n.v.
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>64,8</b>	<b>65,0</b>	<b>64,6</b>	<b>63,6</b>	<b>62,0</b>
	KOM Okt. 2004	64,9	65,5	66,3	n.v.	n.v.
	SP Dez. 2003	62,8	63,2	62,8	61,8	n.v.
<i>Anmerkung:</i> <sup>1</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen.						
<i>Quellen:</i> Stabilitätsprogramm; Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen; Berechnungen der Kommissionsdienststellen.						

Anlage 3



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Februar 2005 (21.02)  
(OR. en)**

**6499/05**

**UEM 60**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

---

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Italiens

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Italiens in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 17. Februar 2005 angenommenen Fassung.

---

Anlage



noch Anlage 3

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 17. Februar 2005**  
**zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Italiens für 2004-2008**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 17. Februar 2005 das aktualisierte Stabilitätsprogramm Italiens für den Zeitraum 2004 bis 2008 geprüft. Das Programm erfüllt die Datenanforderungen des "Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme" teilweise. Angaben über die geplanten Zusatzmaßnahmen zur Erreichung der Haushaltsziele für die Jahre 2006 und danach wären für eine genaue Beurteilung von Anpassungspfad und -zusammensetzung notwendig gewesen. Deshalb wird Italien aufgefordert, den Anforderungen des Verhaltenskodex uneingeschränkt zu entsprechen.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

noch Anlage 3

- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario trägt den etwa Mitte 2004 zur Verfügung gestellten Angaben Rechnung. Es wird davon ausgegangen, dass sich das reale BIP-Wachstum von 1,2 % im Jahr 2004 auf 2,1 % im Jahr 2005 belebt und sich im verbleibenden Programmzeitraum auf durchschnittlich rund 2,3 % belaufen wird. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint dieses Szenario recht günstige Wachstumsannahmen widerzuspiegeln, da sowohl i) die für 2005 prognostizierte Wachstumsrate im oberen Bereich der momentanen Schätzwerte zu liegen scheint und ii) die mittelfristige Wachstumsentwicklung relativ optimistisch zu sein scheint. Die Programmprojektionen im Hinblick auf die am BIP-Deflator gemessenen Preisentwicklungen scheinen realistisch.<sup>1</sup>
- (3) Mit dem Programm soll das nominale Defizit von erwarteten 2,9 % des BIP im Jahr 2004 schrittweise auf 2,7 % des BIP im Jahr 2005 und schließlich auf 0,9 % des BIP im Jahr 2008 zurückgeführt werden. Daher wird im Programm nicht länger eine mittelfristig nahezu ausgeglichene oder einen Überschuss aufweisende Haushaltsposition angestrebt. Konjunkturbereinigt dürfte sich der Haushaltssaldo im Programmzeitraum aufgrund ständiger Maßnahmen um 1,1 Prozentpunkte verbessern, wobei der Großteil der Anpassung (0,5 Prozentpunkte) voraussichtlich 2006 erfolgt. Obwohl 2005 keine Verbesserung in konjunkturbereinigter Hinsicht erwartet wird, wird ein Großteil der einmaligen Maßnahmen durch ständige Maßnahmen ersetzt werden. Im Vergleich zur letzten Fortschreibung liegen die nominalen Defizitzahlen um mehr als einen Prozentpunkt höher, und die geplante Anpassung wird angesichts des etwas ungünstigeren makroökonomischen Szenarios zeitlich verschoben. Da die konjunkturellen Bedingungen, gemessen an der Produktionslücke, jedoch nahezu unverändert sind, kann der größte Teil der Korrektur des Defizits als strukturell angesehen werden.

---

<sup>1</sup> Die im Programm dargelegten HVPI-Inflationsprojektionen sind keine Prognosen, sondern Referenzwerte, die in der Regel bei Tarifverhandlungen verwendet werden.

- (4) Es besteht die Gefahr, dass das Haushaltsergebnis schlechter ausfallen könnte als im Programm vorgesehen. Insbesondere bergen in Bezug auf das Jahr 2005 mit seinem begrenzten Spielraum ein hinter den Annahmen zurückbleibendes Wirtschaftswachstum, geringfügige Abweichungen von der geplanten Haushaltsanpassung von mehr als 2 % des BIP, Risiken im Zusammenhang mit verschiedenen einmaligen Maßnahmen und die mögliche Neuklassifizierung von ANAS, dem für die Straßeninstandhaltung zuständigen Unternehmen, die Gefahr, dass der Referenzwert von 3 % des BIP überschritten wird. Im Jahr 2006 und darüber hinaus kann aufgrund früherer Erfahrungen nicht ausgeschlossen werden, dass die zur Verwirklichung der im Programm dargelegten Ziele erforderliche Finanzanpassung unterbewertet wird. In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung scheint die haushaltspolitische Strategie des Programms keine ausreichende Sicherheitsmarge zu bieten, um zumindest bis 2006 bei normalen Konjunkturschwankungen ein Überschreiten des Defizitwerts von 3 % des BIP zu verhindern. Sie ist ebenfalls unzureichend, um zu gewährleisten, dass das im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts bis zum Ende des Programmzeitraums erreicht wird.
- (5) Es wird davon ausgegangen, dass die Schuldenquote 2004 einen Stand von 106 % des BIP erreicht und somit nur geringfügig unter dem 2003 verzeichneten Wert und weit über dem im Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP liegt. Nach Aussage des Programms soll die Schuldenquote während des Programmzeitraums um über acht Prozentpunkte gesenkt werden, im Wesentlichen durch einen ehrgeizigen Privatisierungsplan, der mit einer Verbesserung des Primärsaldos und einer Belebung des Wirtschaftswachstums einhergeht. Ein rascheres Tempo beim Schuldenabbau wird durch schuldenerhöhende Below-the-line-Maßnahmen in Höhe von durchschnittlich über zwei Prozentpunkten des BIP jährlich erschwert. Die Schuldenentwicklung kann vor allem in Anbetracht der vorerwähnten Risiken für die Haushaltsziele und wegen verbleibender Unsicherheiten in Bezug auf Bestandsanpassungen ungünstiger als geplant verlaufen.

noch Anlage 3

- (6) In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen scheint Italien leicht gefährdet. Die Verabschiedung der Rentenreform im Jahr 2004 ist jedoch ein wichtiger Schritt zur Bewältigung der Haushaltskonsequenzen aufgrund der alternden Bevölkerung und wird dazu beitragen, dass sich Italiens Lage in dieser Hinsicht bessert. Italien könnte sich in einer relativ günstigen Position befinden, sofern die haushaltspolitischen Ziele vollständig verwirklicht, die erwarteten Einsparungen durch die Rentenreform erreicht und Abweichungen von der Strategie, hohe Primärüberschüsse zu erzielen, was zu einem raschen Schuldenabbau führt, umgehend korrigiert werden.
- (7) Die im Programm dargelegte Wirtschaftspolitik entspricht teilweise den länderspezifischen Grundzügen der Wirtschaftspolitik im Bereich der öffentlichen Finanzen. Erstens wird im Programm keine mittelfristig nahezu ausgeglichene oder einen Überschuss aufweisende Haushaltsposition angestrebt. Zweitens gewährleisten die Haushaltsziele keine Verbesserung des konjunkturbereinigten Haushaltssaldos von mindestens 0,5 Prozentpunkten jährlich, obgleich anerkannt wird, dass die Verbesserung des strukturellen Haushaltssaldos (ohne einmalige Maßnahmen) durchschnittlich 0,5 Prozentpunkte des BIP pro Jahr beträgt. Drittens wird ein Teil der Steuersenkung im Jahr 2005 durch zeitlich begrenzte Maßnahmen finanziert. Schließlich enthält das Programm keine ausreichenden Informationen darüber, wie das Verfahren zur Stärkung der Ausgabeneindämmung funktionieren soll und benennt auch keine eindeutige Quelle zur Finanzierung der Regionalausgaben.

\* \* \*

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung ist der Rat der Auffassung, dass Italien

- i) das Notwendige tun sollte, um das Erreichen des Defizitziels 2005 zu gewährleisten,
- ii) im Jahr 2006 und danach die notwendigen Strukturmaßnahmen ergreifen sollte, um bis zum Ablauf des Programmzeitraums eine in etwa ausgeglichene Haushaltsposition zu erreichen, und
- iii) gewährleisten sollte, dass die Schuldenquote schneller auf den im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP sinkt, und dabei andere Faktoren als die Nettokreditaufnahme, die zu einer Veränderung der Schuldenstände beitragen können, besonders in Betracht ziehen.

**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>SP 2004</b>	<b>1,2</b>	<b>2,1</b>	<b>2,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,3</b>
	KOM Okt. 2004	1,3	1,8	1,8	-	-
	SP 2003	1,9	2,2	2,5	2,6	
HVPI-Inflation (in %)	<b>SP 2004<sup>1</sup></b>	<b>2,2</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,4</b>	<b>1,4</b>
	KOM Okt. 2004	2,3	2,3	2,0	-	-
	SP 2003	1,8	1,5	1,4	1,4	-
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (in % des BIP)	<b>SP 2004</b>	<b>-2,9</b>	<b>-2,7</b>	<b>-2,0</b>	<b>-1,4</b>	<b>-0,9</b>
	KOM Okt. 2004	-3,0	-3,0	-3,6	-	-
	SP 2003	-2,2	-1,5	-0,7	0,0	-
Primärsaldo (in % des BIP)	<b>SP 2004</b>	<b>2,4</b>	<b>2,4</b>	<b>3,3</b>	<b>4,0</b>	<b>4,7</b>
	KOM Okt. 2004	2,0	2,1	1,5	-	-
	SP 2003	2,9	3,5	4,4	5,1	-
Konjunkturbereinigter Saldo (in % des BIP)	<b>SP 2004<sup>2</sup></b>	<b>-2,1</b>	<b>-2,1</b>	<b>-1,6</b>	<b>-1,2</b>	<b>-1,0</b>
	KOM Okt. 2004	-2,4	-2,6	-3,4	-	-
	SP 2003 <sup>2</sup>	-1,6	-1,0	-0,4	0,1	-
Öffentlicher Brutto- schuldenstand (in % des BIP)	<b>SP 2004</b>	<b>106,0</b>	<b>104,1</b>	<b>101,9</b>	<b>99,2</b>	<b>98,0</b>
	KOM Okt. 2004	106,0	104,6	104,4	-	-
	SP 2003	105,0	103,0	100,9	98,6	-
<b>N.B.:</b>						
<sup>1</sup> Voraussichtliche Inflation ab 2005.						
<sup>2</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen.						
<u>Quellen:</u>						
Stabilitätsprogramm (SP); Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM). Berechnungen der Kommissionsdienststellen.						

Anlage 4



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 8. März 2005 (28.04)  
(OR. en)**

**7126/05**

**UEM 81**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

---

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Spaniens

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Spaniens in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 8. März 2005 angenommenen Fassung.

noch Anlage 4

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 8. März 2005**  
**zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Spaniens für 2004-2008**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Am 8. März 2005 hat der Rat das aktualisierte Stabilitätsprogramm Spaniens für den Zeitraum 2004-2008 geprüft. Das Programm entspricht den Anforderungen des „Verhaltenskodexes betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“. Allerdings wurde die Programmfortschreibung erst drei Wochen nach dem im Verhaltenskodex vorgeschriebenen Termin 1. Dezember vorgelegt.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S.1.

## noch Anlage 4

- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht vor, dass sich das reale BIP-Wachstum von 2,6% im Jahr 2004 auf 2,9% im Jahr 2005 und durchschnittlich 3% im restlichen Verlauf des Programmzeitraums beschleunigt. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint dieses Szenario von recht optimistischen Wachstumsprognosen auszugehen. Daneben wird auch ein „gemäßigtes Szenario“ in Erwägung gezogen, das mit einem jährlichen BIP-Wachstum von 2,4% im Jahr 2005 und 2,5% in den darauffolgenden Jahren rechnet. Während das Standardszenario als relativ optimistisch gelten kann, ist das gemäßigte Wachstumsszenario eher niedrig angesetzt. Die Inflationsprojektionen des Programms (basierend auf dem BIP-Deflator) scheinen realistisch, bleiben jedoch relativ hoch und stellen somit eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit dar.
- (3) Dem aktualisierten Programm zufolge wird die Finanzpolitik von der Idee der Haushaltsstabilität über den gesamten Konjunkturzyklus hinweg getragen. Haushaltsdefizite wären damit im Falle einer Konjunkturabschwächung nicht ausgeschlossen, auch wenn, abgesehen von dem vorübergehenden Defizit im Jahr 2004 infolge der geänderten Verbuchung, zwischen 2005 und 2008 keine Defizite ausgewiesen werden. Es werden kleine, aber wachsende Überschüsse von 0,1% des BIP im Jahr 2005 bis zu 0,4% des BIP am Ende des Projektionszeitraums erwartet. Da im Programmzeitraum mit einem nur geringfügigen Rückgang der Zinszahlungen gerechnet wird, ist der projizierte Primärüberschuss mit 2¼% des BIP weiterhin relativ stabil. Generell unterscheiden sich die Haushaltsziele kaum von denen des Vorgängerprogramms, lediglich die angepeilten Primärüberschüsse sind infolge der in der Programmfortschreibung für 2003 projizierten höheren Zinszahlungen nicht mehr ganz so ehrgeizig. Ausgehend vom Trend-BIP, das die Kommissionsdienststellen aus den prognostizierten Wachstumsraten errechnet haben<sup>1</sup>, und nach Berücksichtigung der einmaligen Anpassungen bei den Haushaltsposten im Haushalt 2004 wird sich der konjunkturbereinigte Haushaltssaldo im gesamten Programmzeitraum weiterhin zwischen 0,2% und 0,5% des BIP bewegen.
- (4) Die Risiken, die den Haushaltsprojektionen anhaften, dürften mehr oder weniger ausgeglichen sein. Zwar fallen die Wachstumsprognosen etwas optimistisch aus, doch scheint das Risiko größerer Abweichungen von den Programmzielen gering zu sein.

---

<sup>1</sup> Bis zur Lösung der Probleme bei den Schätzungen wird die auf dem Produktionsfunktionsansatz beruhende gemeinsam vereinbarte Methodik auf Spanien noch nicht angewandt. Die konjunkturbereinigten Haushaltssalden werden daher nach der Hodrick- Prescott-Filtermethode errechnet.



noch Anlage 4

- (5) In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung ist der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs ausreichend, um das im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte mittelfristige Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts im Programmzeitraum zu erreichen (abgesehen von einer vorübergehenden Abweichung im Jahr 2004 aufgrund der einmaligen Anpassungen bei den Haushaltsposten). Außerdem schafft er eine ausreichende Sicherheitsmarge, damit die Defizitmarke von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen im gesamten Programmzeitraum nicht überschritten wird.
- (6) Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 49,1 % des BIP und damit deutlich unter dem im EG-Vertrag ausgewiesenen Referenzwert von 60 % des BIP. Dem Programm zufolge soll die Schuldenquote in dem fraglichen Zeitraum hauptsächlich dank Primärüberschüssen von über 2% des BIP um weitere 9 Prozentpunkte sinken.
- (7) Die im Programm erläuterte haushaltspolitische Strategie versetzt Spanien in Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen trotz der voraussichtlichen Kosten infolge der Überalterung der Bevölkerung in eine relative günstige Lage. In Anbetracht der Risiken, denen langfristige Ausgabenprojektionen generell unterliegen, und des auf sehr lange Sicht projizierten enormen Anstiegs der Ausgaben für die Altersversorgung muss die derzeitige Politik jedoch durch Maßnahmen ergänzt werden, durch die die Entstehung nicht tragfähiger Trends bei der Entwicklung der öffentlichen Finanzen verhindert wird. Wichtig wäre daher eine umfassende Rentenreform entsprechend den Empfehlungen des mehrseitigen "Pacto de Toledo".
- (8) Insgesamt gesehen steht die in dem aktualisierten Programm erläuterte Wirtschaftspolitik nur teilweise im Einklang mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen für den Bereich der öffentlichen Finanzen. Vor allem steht die Umsetzung der Reformempfehlungen zur langfristigen Sicherung der staatlichen Altersversorgung noch aus.

\* \* \*

Der Rat ist daher der Ansicht, dass Spanien Maßnahmen ergreifen sollte – vor allem mittels einer umfassenden Reform des Rentensystems zur besseren Abstimmung von Beiträgen und Ansprüchen –, durch die das Entstehen nicht tragfähiger Trends bei der Entwicklung der öffentlichen Finanzen verhindert wird.

noch Anlage 4

**Tabelle: Gegenüberstellung zentraler makroökonomischer und budgetärer Projektionen**

		2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>2,6</b>	<b>2,9</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>
	KOM Okt. 2004	2,6	2,6	2,7	n.v.	n.v.
	<i>SP Jan. 2004</i>	<i>3,0</i>	<i>3,0</i>	<i>3,0</i>	<i>3,0</i>	<i>n.v.</i>
Inflation (HVPI) <sup>2</sup> (%)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>3,8</b>	<b>3,7</b>	<b>3,5</b>	<b>3,2</b>	<b>2,8</b>
	KOM Okt. 2004	3,1	2,9	2,5	n.v.	n.v.
	<i>SP Jan. 2004</i>	<i>2,9</i>	<i>2,6</i>	<i>2,6</i>	<i>2,6</i>	<i>n.v.</i>
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>-0,8</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>
	KOM Okt. 2004	-0,6	-0,1	0,0	n.v.	n.v.
	<i>SP Jan. 2004</i>	<i>0,0</i>	<i>0,1</i>	<i>0,2</i>	<i>0,3</i>	<i>n.v.</i>
Primärsaldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>1,5</b>	<b>2,2</b>	<b>2,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,3</b>
	KOM Okt. 2004	1,7	2,1	2,0	n.v.	n.v.
	<i>SP Jan. 2004</i>	<i>2,6</i>	<i>2,5</i>	<i>2,6</i>	<i>2,6</i>	<i>n.v.</i>
Konjunkturbereinigter Saldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004<sup>1</sup></b>	<b>-0,7</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>
	KOM Okt. 2004	-0,7	-0,1	0,0	n.v.	n.v.
	<i>SP Jan. 2004<sup>1</sup></i>	<i>0,1</i>	<i>0,1</i>	<i>0,2</i>	<i>0,3</i>	<i>n.v.</i>
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>49,1</b>	<b>46,7</b>	<b>44,3</b>	<b>42,0</b>	<b>40,0</b>
	KOM Okt. 2004	48,2	45,5	42,9	n.v.	n.v.
	<i>SP Jan. 2004</i>	<i>46,6</i>	<i>47,7</i>	<i>45,7</i>	<i>43,8</i>	<i>n.v.</i>
<b>NB:</b>						
<sup>1</sup> Bis zur Lösung der Probleme bei den Schätzungen wird die auf dem Produktionsfunktionsansatz beruhende gemeinsam vereinbarte Methodik auf Spanien noch nicht angewandt. Die konjunkturbereinigten Haushaltssalden werden daher von den Kommissionsdienststellen anhand der von Spanien gelieferten Zahlen nach der Hodrick-Prescott-Filtermethode errechnet.						
<sup>2</sup> Berechnung der Inflationsrate für die Stabilitätsprogramme anhand des BIP-Deflators.						
<u>Quellen:</u>						
<i>Stabilitätsprogramme (SP), Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen</i>						



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 18. Januar 2005 (19.01)  
(OR. en)**

**5497/05**

**UEM 19**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
vom 18. Januar 2005

---

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm der Niederlande

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm der Niederlande in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 18. Januar 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 5

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 18. Januar 2005**  
**zum aktualisierten Stabilitätsprogramm der Niederlande für 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 18. Januar 2005 prüfte der Rat das aktualisierte Stabilitätsprogramm der Niederlande für den Zeitraum 2004 bis 2007. Das Programm entspricht den Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodex betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme".

Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht vor, dass sich das reale BIP-Wachstum von 1,25% im Jahr 2004 auf 1,5% im Jahr 2005 und durchschnittlich 2,5% im restlichen Verlauf des Programmzeitraums beschleunigen wird. Dieses Szenario ist im Großen und Ganzen plausibel, auch wenn die Wachstumsannahmen für die letzten beiden Jahre des Programms über der Potenzialrate liegen. Die Inflationsprognosen des Programms erscheinen realistisch.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

Am 2. Juni 2004 entschied der Rat, dass in den Niederlanden ein übermäßiges Defizit bestand, und empfahl, dieses bis 2005 zu korrigieren. Entsprechend dieser Empfehlung besteht das oberste Ziel der Haushaltsstrategie des Programms darin, das gesamtstaatliche Defizit bis 2005 unter den Referenzwert des EG-Vertrags von 3% des BIP zurückzuführen. Zu diesem Zweck beinhaltet das Programm Konsolidierungsanstrengungen, die vor allem auf die Jahre 2004 und 2005 konzentriert sind. Die Haushaltsstrategie beinhaltet außerdem die Verwendung von Obergrenzen für die realen Ausgaben, um das Ausgabenwachstum und das längerfristige Ziel tragfähiger öffentlicher Finanzen zu überwachen. Gleichzeitig werden auch weiterhin erhebliche öffentliche Investitionen getätigt, so dass die durchschnittliche öffentliche Investitionsquote im Programmzeitraum geringfügig über 3% des BIP liegen wird, gegenüber einem EU-Durchschnitt von 2,4% des BIP im Jahr 2004. Im Vergleich zur letzten Aktualisierung stellt sich die Situation beim Haushaltsdefizit bei dieser Aktualisierung vor dem Hintergrund von ungünstigeren makro-ökonomischen Entwicklungen weniger günstig dar.

Die Risiken, mit denen die Haushaltsprojektionen des Programms behaftet sind, erscheinen im Großen und Ganzen ausgewogen. Insbesondere werden die negativen Risiken, die sich aus dem makroökonomischen Szenario und den Haushaltskosten der zwischen Regierung und Sozialpartnern am 5. November 2004 erzielten Tarifvereinbarung ergeben, durch die positiven Risiken der Rückwirkungen höherer Ölpreise auf die Einnahmen aus dem Verkauf von Erdgas und die vorsichtigen Annahmen bezüglich der Steuerintensität der Wirtschaft in der Aufschwungsphase weitgehend wettgemacht. Angesichts dieser Risikobewertung scheint der in dem Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs ausreichend zu sein, um das Defizit bis 2005 auf unter 3% des BIP zurückzuführen, bietet jedoch offensichtlich keine ausreichende Sicherheitsmarge, um zu vermeiden, dass diese Schwelle bei normalen Konjunkturschwankungen in den Folgejahren überschritten wird. Er reicht außerdem nicht aus, um zu gewährleisten, dass das im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts während des Programmzeitraums erreicht wird.

Die Schuldenquote hat im Jahr 2004 schätzungsweise 56,3% des BIP erreicht und lag damit unter dem Referenzwert des EG-Vertrags von 60% des BIP. Nach den Projektionen des Programms wird sich die Schuldenquote während des Programmzeitraums um zwei Prozentpunkte erhöhen.

noch Anlage 5

Infolge der in dem Programm dargelegten haushaltspolitischen Strategie befinden sich die Niederlande, was die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen anbelangt, trotz der erheblichen projizierten Haushaltskosten der Bevölkerungsalterung in einer relativ günstigen Lage. In Anbetracht der projizierten Erhöhung des Altersabhängigkeitsquotienten und in Ermangelung weiterer Haushaltskonsolidierung, die mittelfristig zu einem in etwa ausgeglichenen Haushalt oder einem Haushaltsüberschuss führt, würden weitere Reformen, die die Trendentwicklung bei den altersbezogenen Ausgaben verändern und die Erwerbsquote weiter steigern würden, die Risiken für die Tragfähigkeit längerfristig verringern.

Die in dem Programm skizzierte Wirtschaftspolitik entspricht zum Teil den länderspezifischen Grundzügen der Wirtschaftspolitik im Bereich der öffentlichen Finanzen. Es wird an dem haushaltspolitischen Rahmen mit Ausgabenobergrenzen festgehalten, und die Haushaltsanpassung zur Korrektur des übermäßigen Defizits ist bereits gut vorangekommen. Die erwartete Reduzierung des nominalen Defizits in den Jahren 2006 und insbesondere 2007 ist jedoch recht langsam, während der konjunkturbereinigte Saldo keine Entwicklung in Richtung des mittelfristigen Ziels eines in etwa ausgeglichenen Haushalts nach 2005 erkennen lässt.

\* \* \*

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung wird den Niederlanden empfohlen, auch weiterhin dafür zu sorgen, dass das Defizit bis 2005 unter 3% des BIP zurückgeführt wird, und angesichts der Gefahr einer prozyklischen Entwicklung und der mit der Bevölkerungsalterung verbundenen Herausforderungen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um danach einen in etwa ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

**Tabelle: Gegenüberstellung zentraler makroökonomischer und budgetärer Projektionen**

		2004	2005	2006	2007
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>SP Nov. 2004</b>	1¼	1½	2½	2½
	KOM Herbst 2004	1,4	1,7	2,4	n.a.
	<i>SP Okt. 2003</i>	1	2½	2½	2½
HVPI-Inflation (%)	<b>SP Nov. 2004</b>	1¼	1¼	1½	1½
	KOM Herbst 2004	1,2	1,3	1,4	n.a.
	<i>SP Okt. 2003</i>	1,5	1½	1½	1½
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	<b>SP Nov. 2004</b>	<b>-3,0</b>	<b>-2,6</b>	<b>-2,1</b>	<b>-1,9</b>
	KOM Herbst 2004	-2,9	-2,4	-2,1	n.a.
	<i>SP Okt. 2003</i>	-2,3	-1,6	-0,9	-0,6
Primärsaldo (% des BIP)	<b>SP Nov. 2004</b> <sup>1</sup>	<b>-0,1</b>	<b>0,3</b>	<b>0,7</b>	<b>0,8</b>
	KOM Herbst 2004	0,0	½	0,9	n.a.
	<i>SP Okt. 2003</i>	0,6	1,2	1,8	2,1
Konjunkturbereinigter Saldo (% des BIP)	<b>SP Nov. 2004</b> <sup>1</sup>	<b>-1,6</b>	<b>-1,2</b>	<b>-1,2</b>	<b>-1,3</b>
	KOM Herbst 2004	-1,4	-1,0	-1,0	n.a.
	<i>SP Okt. 2003</i>	-0,7	-0,3	-0,2	-0,2
Öffentlicher Brutto- schuldenstand (% des BIP)	<b>SP Nov. 2004</b>	<b>56,3</b>	<b>58,1</b>	<b>58,6</b>	<b>58,3</b>
	KOM Herbst 2004	55,7	58	58,4	n.a.
	<i>SP Okt. 2003</i>	54,5	53,7	53,0	52,2
<u>Anmerkung:</u>					
<sup>1</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen.					
<b><u>Quellen:</u></b>					
<i>Stabilitätsprogramme (SP); Wirtschaftsprognosen der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen. Die in der Fortschreibung prognostizierten Wachstumsraten wurden auf den nächstliegenden Viertelprozentpunkt auf-/abgerundet.</i>					

Anmerkung:

- <sup>1</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen unter Anwendung der gemeinsamen Methodik auf die im Programm enthaltenen Informationen.

Anlage 6



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Februar 2005 (21.02)  
(OR. en)**

**6493/05**

**UEM 52**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

---

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Belgiens

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Belgiens in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 17. Februar 2005 angenommenen Fassung.

---

Anlage



noch Anlage 6

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 17. Februar 2005**  
**zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Belgiens für 2004-2008**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 17. Februar 2005 das aktualisierte Stabilitätsprogramm Belgiens für den Zeitraum 2004-2008 geprüft. Das Programm erfüllt weitgehend die Datenanforderungen des "Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme". Im Programm fehlen obligatorische Zinsannahmen. Deshalb wird Belgien aufgefordert, den Datenanforderungen in vollem Umfang nachzukommen.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

noch Anlage 6

- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht ein reales BIP-Wachstum von 2,5 % im Jahr 2005 und 2006 vor, das bis zum Ende des Programmzeitraums auf 2,0 % schrumpft. Nach derzeitigem Kenntnisstand spiegelt dieses Szenario realistische Wachstumsannahmen wider. Die Inflationsprognosen des Programms erscheinen ebenfalls realistisch.
- (3) Die in der Fortschreibung dargelegte Haushaltsstrategie zielt in Vorbereitung der budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Beibehaltung eines ausgeglichenen Haushalts oder die Erreichung eines leichten Überschusses und die weitere Rückführung der Schuldenquote ab. Die Fortschreibung geht von einem ausgeglichenen Haushalt in den Jahren 2005 und 2006 sowie einem Überschuss von 0,3 % des BIP im Jahr 2007 bzw. 0,6 % im Jahr 2008 aus. Insgesamt bestätigt diese Programmaktualisierung im Vergleich zur vorangehenden Programmfortschreibung (bis 2007) weitgehend die geplanten Anpassungen angesichts eines weitgehend unveränderten makroökonomischen Szenarios. Angesichts der Auswirkungen der gegenwärtigen Umsetzung der Reform der direkten Steuern von 2001 und höherer öffentlicher Investitionen im Vorfeld der Kommunalwahlen 2006 dürfte der Primärüberschuss bis 2006 leicht sinken, danach jedoch wieder steigen. Das Programm geht, hauptsächlich in Folge des laufenden Schuldenabbaus, von einer sinkenden Zinslast aus. Die Einnahmen dürften bis 2006 sinken und danach stabil bleiben, während die Primärausgaben gegen 2008 leicht abnehmen. Der konjunkturbereinigte Haushaltssaldo dürfte (unter Anwendung der gemeinsam vereinbarten Methodik auf die im Programm enthaltenen Informationen) während des Programmzeitraums positiv bleiben und von einem Überschuss von 0,5 % des BIP im Jahr 2004 auf 0,1 % im Jahr 2006 sinken, um dann im Jahr 2008 wieder auf 0,9 % anzusteigen.

- (4) Die Risiken, mit denen die Haushaltsprojektionen behaftet sind, erscheinen im Großen und Ganzen ausgewogen. Insbesondere hat die belgische Regierung noch nicht mitgeteilt, welche Maßnahmen sie ergreifen wird, um den Haushalt für 2006 ausgeglichen zu halten, trotz der Senkung des BIP um 0,3 % in Folge der anhaltenden Umsetzung der Reform der direkten Steuern von 2001 und der Tatsache, dass sich eine Reihe kleinerer Einmalmaßnahmen (in einer Gesamthöhe von 0,2 % des BIP) positiv auf den Haushalt 2005 auswirkt. Auch wenn das makroökonomische Szenario realistisch ist, ist der belgische Finanzierungssaldo nach wie vor sensibel für Veränderungen des Wirtschaftswachstums (Sensibilität von 0,6). Schließlich bestehen auch gewisse Risiken im Hinblick auf die Kontrolle der Primärausgaben, hauptsächlich auf Ebene des Sozialversicherungssystems. Die im Gesundheitswesen 2004 festgestellten Ausgabenüberschreitungen (trotz des bereits hohen jährlichen Ziels von 4,5 % beim realen Wachstum) deuten auf einen anhaltend starken Anstieg dieser Ausgaben hin. Neue Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten im Gesundheitswesen (insgesamt 0,2 % des BIP) wurden gegen Ende 2004 angekündigt, aber ihre Wirksamkeit ist nach wie vor schwierig zu beurteilen. Andererseits hat der Minister für Soziales für den größten Teil von 2005 den Auftrag erhalten, notwendige Maßnahmen ohne vorherige Anhörung des Parlaments (oder anderer Gremien) durchzuführen, um auf mögliche weitere Ausgabenüberschreitungen rasch reagieren zu können. Insgesamt hat die belgische Regierung an Glaubwürdigkeit gewonnen, weil sie sich an ihre Verpflichtung gehalten hat, Maßnahmen zur Wahrung eines ausgeglichenen Haushalts zu ergreifen.
- (5) In Anbetracht dieser Risikobewertung können die Gefahren für die Haushaltsziele als weitgehend ausgewogen bezeichnet werden, und der haushaltspolitische Kurs des Programms scheint ausreichend, um das im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts oder eines Haushaltsüberschusses zu erreichen. Ferner gibt es eine ausreichende Sicherheitsmarge gegen das Risiko, dass der Defizit-Referenzwert von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen in jedem Jahr überschritten wird.

## noch Anlage 6

- (6) Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 96,6% des BIP und damit deutlich über dem im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Dem Programm zufolge soll die Schuldenquote im Programmzeitraum um 12,4 Prozentpunkte auf 84,2 % des BIP im Jahr 2008 sinken. Diese Ziffer enthält die geplante Übernahme einer Schuld der Staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCB in Höhe von 7,4 Mrd. € (2,5 % des BIP) im Jahr 2005. Die Übernahme der SNCB-Schulden verlangsamt den Schuldenabbau 2005, aber ansonsten verläuft die geplante Schuldentrückführung schneller als in der vorherigen Fortschreibung geplant.
- (7) In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen scheint Belgien aufgrund des derzeitigen Bruttoschuldenstands leicht gefährdet. Auch wenn die Schuldenquote rückläufig ist, ist sie nach wie vor hoch, und eine regelmäßige Verringerung hängt davon ab, ob über einen längeren Zeitraum hohe Primärüberschüsse erzielt werden. Die im Programm dargelegte Strategie zur Bewältigung der Haushaltsbelastung durch eine alternde Bevölkerung stützt sich im Wesentlichen auf eine Verringerung der Bruttoschulden durch Beibehaltung eines ausgeglichenen Haushalts bzw. Erreichen eines leichten Überschusses (der selbst hauptsächlich von einer Eindämmung der Primärausgaben abhängt) und einen Alterungsfonds. Die Eindämmung der Primärausgaben könnte schwierig werden, insbesondere im Gesundheitswesen, ist jedoch wichtig im Hinblick auf die Strategie der Regierung zur Senkung der Steuerlast, um Arbeitsplätze zu schaffen. Angesichts des prognostizierten Anstiegs des Altersquotienten ist die entschlossene Fortführung dieser umfassenden Strategie entscheidend, um langfristige Tragfähigkeit zu erreichen.
- (8) Die in der Programmaktualisierung dargestellte Wirtschaftspolitik steht weitgehend im Einklang mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen für den Bereich öffentliche Finanzen. Insbesondere stellt die Fortschreibung sicher, dass die Schuldenquote nachhaltig abnimmt. Angesichts der jüngsten Ausgabenüberschreitungen im Gesundheitswesen (für das das reale Zielwachstum mit jährlich 4,5 % relativ hoch ist) besteht in gewisser Weise die Gefahr, dass der Empfehlung zur Begrenzung des realen Ausgabenanstiegs auf 1,5 % in Einheit I (Föderale Staatsebene und Sozialversicherungsträger) nicht entsprochen wird. Daher sind die Beibehaltung hoher Primärüberschüsse und die Begrenzung des Anstiegs der realen Ausgaben wichtig, insbesondere im Hinblick auf den Finanzbedarf im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung.

noch Anlage 6

**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>2,4</b>	<b>2,5</b>	<b>2,5</b>	<b>2,1</b>	<b>2,0</b>
	KOM Okt. 2004	2,5	2,5	2,6	nicht zutreffend	nicht zutreffend
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>1,8</i>	<i>2,8</i>	<i>2,5</i>	<i>2,1</i>	<i>nicht zutreffend</i>
HVPI-Inflation (in %)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>1,9</b>	<b>2,0</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>
	KOM Okt. 2004	2,0	1,9	1,8	nicht zutreffend	nicht zutreffend
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>1,4</i>	<i>1,4</i>	<i>1,4</i>	<i>1,4</i>	<i>nicht zutreffend</i>
Gesamtstaatlicher Haushalts- saldo (in % des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,6</b>
	KOM Okt. 2004	-0,1	-0,3	-0,5	nicht zutreffend	nicht zutreffend
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,3</i>	<i>nicht zutreffend</i>
Primärsaldo (in % des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>4,9</b>	<b>4,5</b>	<b>4,4</b>	<b>4,5</b>	<b>4,7</b>
	KOM Okt. 2004	4,8	4,2	3,6	nicht zutreffend	nicht zutreffend
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>5,1</i>	<i>4,8</i>	<i>4,7</i>	<i>4,8</i>	<i>nicht zutreffend</i>
Konjunkturbereinigter Saldo (in % des BIP)	<b>SP Dez. 2004<sup>1</sup></b>	<b>0,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,1</b>	<b>0,5</b>	<b>0,9</b>
	KOM Okt. 2004	0,4	0,0	-0,4	nicht zutreffend	nicht zutreffend
	<i>SP Nov. 2003<sup>1</sup></i>	<i>0,6</i>	<i>0,2</i>	<i>0,0</i>	<i>0,3</i>	<i>nicht zutreffend</i>
Öffentlicher Bruttoschulden- stand (in % des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>96,6</b>	<b>95,5</b>	<b>91,7</b>	<b>88,0</b>	<b>84,2</b>
	KOM Okt. 2004	95,8	94,4	90,9	nicht zutreffend	nicht zutreffend
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>97,6</i>	<i>93,6</i>	<i>90,1</i>	<i>87,0</i>	<i>nicht zutreffend</i>
NB:						
<sup>1</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen.						
<u>Quellen:</u>						
<i>Stabilitätsprogramm (SP); Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.</i>						

Anlage 7



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 18. Januar 2005 (20.01)  
(OR. en)**

**5498/05**

**UEM 20**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

---

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Österreichs

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Österreichs in der vom Rat (Wirtschaft- und Finanzen) am 18. Januar 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 7

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 18. Januar 2005**  
**zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Österreichs für 2004-2008**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 18. Januar 2005 prüfte der Rat das aktualisierte Stabilitätsprogramm Österreichs für den Zeitraum 2004-2008. Das Programm entspricht den Datenanforderungen des "Verhaltenskodexes betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme".

Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht vor, dass das reale BIP-Wachstum von 1,9 % im Jahr 2004 auf 2,5 % in den Jahren 2005 und 2006 ansteigen und sich im restlichen Verlauf des Programmzeitraums mit rund 2 ½ % fortsetzen wird. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint dieses Szenario mit den Wachstumsannahmen für die ersten Jahre plausibel, für die letzten Jahre jedoch eher optimistisch, da die Prognose vier Jahre in Folge über der Potenzialrate liegt. Die Inflationsprojektionen des Programms sind realistisch.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

noch Anlage 7

Österreich will bis 2008 einen ausgeglichenen Haushalt herstellen. Das Defizit soll von 1,3 % des BIP im Jahr 2004 auf 1,9 % des BIP im Jahr 2005 ansteigen und dann zunächst langsam auf 1,7 % im Jahr 2006 sowie anschließend in zwei gleich großen Schritten bis 2008 auf null sinken. Dieser Verlauf spiegelt eine Haushaltsstrategie wider, die eine stetige Senkung der Abgabenbelastung mit einer mittelfristigen Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt verbindet. Nach der Abgrenzung des ESVG 95 soll die Abgabenbelastung von 43,1 % im Jahr 2003 auf 40 % im Jahr 2008 sinken, während die Ausgaben insgesamt um 4,8 Prozentpunkte zurückgehen sollen. Der Konsolidierungspfad wurde in einem nationalen Stabilitätspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verankert, der über einen Sanktionsmechanismus auf allen Ebenen des Staates durchgesetzt werden soll.

Das Haushaltsergebnis könnte schlechter ausfallen, als im Programm projiziert. Insbesondere legt der haushaltspolitische Pfad den Schwerpunkt der Abgabentlastungen auf die frühen, den Schwerpunkt der entsprechenden Ausgabenzurückhaltung jedoch auf die späten Programmjahre. Für die Jahre 2005 und 2006, in denen die Defizitentwicklung durch die am 1. Januar 2005 in Kraft tretenden erheblichen Abgabensenkungen bestimmt wird, sind die Risiken ausgewogen, zumal ein realistisches makroökonomisches Szenario zugrunde gelegt wird. Für die späteren Jahre 2007 und 2008 scheinen jedoch eher Abwärtsrisiken zu bestehen, da erstens angenommen wird, dass das BIP-Wachstum weiterhin über dem Potenzial liegen wird, und zweitens im Programm weitgehend offen bleibt, wie der geplante erhebliche Rückgang der Ausgaben im Verhältnis zum BIP im Einzelnen bewirkt werden soll. In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung könnte der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs nicht ausreichen, um das im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte mittelfristige Ziel eines in konjunkturbereinigter Betrachtung nahezu ausgeglichenen Haushalts bis 2008 zu erreichen. Er scheint allerdings eine ausreichende Sicherheitsmarge zu schaffen, damit die Defizitmarke von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen im gesamten Programmzeitraum nicht überschritten wird.

Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 64,2 % des BIP und damit über dem im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Dem Programm zufolge soll die Schuldenquote im Programmzeitraum um 5 Prozentpunkte sinken. In Anbetracht der vorerwähnten Risiken für die Haushaltsziele könnte sich die Schuldenquote ungünstiger entwickeln als projiziert. Andererseits könnte Österreich dieses Risiko durch Privatisierungen in großem Maßstab ausgleichen.



In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen scheint Österreich trotz der projizierten hohen Kosten einer alternden Bevölkerung in einer relativ günstigen Lage. Die Pensionsreformen von 2003 und 2004 werden den Haushalt auf lange Sicht erheblich entlasten. Nach der Pensionsreform im Jahr 2003 hat Österreich 2004 eine weitere Pensionsreform (*Pensionsharmonisierung*) durchgeführt, so dass alle Arbeitnehmer des privaten wie des öffentlichen Sektors in ein harmonisiertes Pensionssystem übergehen. Die positiven Auswirkungen des Beitrags, den das Gesetz von 2004 zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen leistet, werden sich erst zu einem späteren Zeitpunkt, nach 2030, niederschlagen, während die sich aus dem Gesetz von 2003 ergebenden mittelfristigen Einsparungen teilweise zurückgehen.

Die im Programm dargestellte Wirtschaftspolitik steht teilweise im Einklang mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen für den Bereich öffentliche Finanzen. Auch wenn Österreich seine hohe Abgabenbelastung senken wird, geht dies doch nicht mit Ausgabenzurückhaltung einher, so dass die konjunkturbereinigte Haushaltsposition sich im Jahr 2005 beträchtlich verschlechtern und erst im letzten Programmjahr nahezu ausgeglichen sein wird.

\* \* \*

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung wird Österreich empfohlen, den Schwerpunkt der Haushaltskonsolidierung insgesamt stärker auf die früheren Programmjahre zu legen. Außerdem sollte Österreich ausführlicher darlegen, mit welchen Einzelmaßnahmen in den letzten beiden Programmjahren eine signifikante Haushaltskonsolidierung erreicht werden könnte.

noch Anlage 7

**Tabelle: Gegenüberstellung zentraler makroökonomischer und budgetärer Projektionen**

		2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>1,9</b>	<b>2,5</b>	<b>2,5</b>	<b>2,2</b>	<b>2,4</b>
	KOM	1,9	2,4	2,4	n.v.	n.v.
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>1,9</i>	<i>2,5</i>	<i>2,5</i>	<i>2,4</i>	<i>n.v.</i>
HVPI-Inflation (%)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>2,1</b>	<b>1,8</b>	<b>1,4</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>
	KOM	2,1	1,8	1,4	n.v.	n.v.
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>1,2</i>	<i>1,5</i>	<i>1,7</i>	<i>1,8</i>	<i>n.v.</i>
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>-1,3</b>	<b>-1,9</b>	<b>-1,7</b>	<b>-0,8</b>	<b>0,0</b>
	KOM	-1,3	-2,0	-1,7	n.v.	n.v.
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>-0,7</i>	<i>-1,5</i>	<i>-1,1</i>	<i>-0,4</i>	<i>n.v.</i>
Primärsaldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>1,9</b>	<b>1,2</b>	<b>1,3</b>	<b>2,2</b>	<b>2,9</b>
	KOM	1,7	0,9	1,2	n.v.	n.v.
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>2,8</i>	<i>1,9</i>	<i>2,2</i>	<i>2,8</i>	<i>n.v.</i>
Konjunkturbereinigter Saldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004<sup>1</sup></b>	<b>-0,9</b>	<b>-1,7</b>	<b>-1,6</b>	<b>-0,8</b>	<b>-0,1</b>
	KOM	-1,0	-1,9	-1,7	n.v.	n.v.
	<i>SP Nov. 2003<sup>1</sup></i>	<i>-0,4</i>	<i>-1,4</i>	<i>-1,1</i>	<i>-0,5</i>	<i>n.v.</i>
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>64,2</b>	<b>63,6</b>	<b>63,1</b>	<b>61,6</b>	<b>59,1</b>
	KOM	64,0	63,9	63,4	n.v.	n.v.
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>65,8</i>	<i>64,1</i>	<i>62,3</i>	<i>59,9</i>	<i>n.v.</i>
<sup>1</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen.						
<u>Quellen:</u> <i>Stabilitätsprogramm (SP); Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.</i>						



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Februar 2005 (21.02)  
(OR. en)**

**6503/05**

**UEM 62**

**VERMERK**

---

des	Generalsekretariats des Rates
für die	Delegationen
<u>Betr.:</u>	<u>Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Finnlands</u>

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Finnlands in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 17. Februar 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 8

**ANLAGE**

**STELLUNGNAHME DES RATES  
vom 17. Februar 2005  
zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Finnlands für 2004–2008**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Am 17. Februar 2005 prüfte der Rat das aktualisierte Stabilitätsprogramm Finnlands für den Zeitraum 2004 bis 2008. Das Programm erfüllt weitgehend die Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme". Einige Variablen bezüglich der grundlegenden Annahmen fehlen. Finnland wird deshalb aufgefordert, eine vollständige Einhaltung der Datenanforderungen sicherzustellen.
- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht vor, dass sich das reale BIP-Wachstum von 3,2 % im Jahr 2004 auf durchschnittlich 2,4 % im restlichen Verlauf des Programmzeitraums abschwächt. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint dieses Szenario recht vorsichtige Wachstumsannahmen widerzuspiegeln. Die Inflationsprojektionen des Programms scheinen realistisch und entsprechen den Schätzungen der Kommissionsdienststellen.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

- (3) Bei einem projizierten gesamtstaatlichen Überschuss von durchschnittlich 2 % des BIP pro Jahr dürfte mit dem aktualisierten Programm im gesamten Programmzeitraum eine relativ solide Haushaltslage erhalten bleiben. Der Überschuss entsteht vor allem bei der Sozialversicherung, während der zentralstaatliche Haushalt, der derzeit ausgeglichen ist, im Zeitraum 2005 bis 2007 geringe Defizite verzeichnen dürfte. Ziel ist es, die zentralstaatlichen Finanzen bis 2007 wieder auszugleichen. Zu diesem Zweck hat die Regierung für den Zeitraum 2004 bis 2007 jährliche Ausgabenplafonds beschlossen. Die Projektionen für den gesamtstaatlichen Überschuss im Zeitraum 2004 bis 2007 sind im Verhältnis zum vorangegangenen Programm nahezu unverändert
- (4) Wenngleich die öffentlichen Finanzen Finnlands weiterhin Überschüsse aufweisen dürften, könnte das Haushaltsergebnis doch schlechter ausfallen als projiziert, da die Abgabensenkungen im Umfang von 1,7 Mrd. EUR bzw. 1,2 % des BIP, die die zweieinhalbjährige umfassende Tarifvereinbarung vom November 2004 ergänzen sollen, im budgetären Basis-trend des aktualisierten Programms nur teilweise berücksichtigt werden. Da für 2005 bis 2007 keine weiteren Ausgabenkürzungen angekündigt wurden, wäre das zentralstaatliche Haushaltsdefizit im Zeitraum 2005 bis 2007 ohne Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen höher als im Programm angegeben, womit sich auch der Überschuss im gesamtstaatlichen Haushalt verringern würde. Nach Schätzungen der Regierung wird sich der gesamtstaatliche Überschuss durch die Tarifvereinbarung und die Abgabensenkungen um 0,3 Prozentpunkte auf rund 1,9 % des BIP im Jahr 2007 vermindern. Allerdings rechnet die Regierung damit, dass das Paket die Konjunkturdynamik erhöht, indem es das Wachstumspotenzial und die Arbeitsplatzschaffung verbessert und somit die Aufkommenskraft stärkt.
- (5) In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung ist der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs ausreichend, um das im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte mittelfristige Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts im Zeitraum 2004 bis 2008 zu erreichen. Außerdem schafft er eine ausreichende Sicherheitsmarge, damit die Defizitmarke von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen 2004 bis 2008 nicht überschritten wird.

noch Anlage 8

- (6) Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 44,6 % des BIP und damit deutlich unter dem im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Dem Programm zufolge soll die Schuldenquote im Programmzeitraum um 3,5 Prozentpunkte sinken.
- (7) In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen scheint Finnland ungeachtet der Tatsache, dass die alternde Bevölkerung voraussichtlich erhebliche Haushaltsbelastungen verursachen wird, in einer günstigen Lage. Die im Programm dargelegte Strategie ist breit angelegt und umfasst eine weitere Schuldenkonsolidierung sowie weitere Struktur-reformen, wie die nächsten Stufen der Rentenreform und weitere Schritte zur Erhöhung des Renteneintrittsalters. Die durchgeführten und geplanten Strukturreformen dürften sich günstig auf die öffentlichen Finanzen auswirken.
- (8) Die in dem aktualisierten Programm dargestellte Wirtschaftspolitik steht weitgehend im Einklang mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen für den Bereich öffentliche Finanzen. So scheinen sich insbesondere die 2003 eingeführten mehrjährigen Ausgabenplafonds im ersten Jahr, d.h. 2004, bewährt zu haben, denn die endgültigen Ausgaben blieben unter der Obergrenze und sollen diese nach dem Haushaltsplan 2005 auch in diesem Jahr nicht überschreiten. Der Ausgabenrahmen dürfte weiterhin eingehalten werden, da er politisch bindend ist.

**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>3,2</b>	<b>2,8</b>	<b>2,4</b>	<b>2,2</b>	<b>2,0</b>
	KOM Okt. 2004	3,0	3,1	2,7	n.v.	n.v.
	<i>SP Nov. 2003</i>	2,7	2,5	2,4	2,4	<i>n.v.</i>
HVPI-Inflation (%)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>0,2</b>	<b>1,4</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>
	KOM Okt. 2004	0,2	1,5	1,7	n.v.	n.v.
	<i>SP Nov. 2003</i>	0,7	1,3	1,8	1,8	<i>n.v.</i>
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>2,0</b>	<b>1,8</b>	<b>2,1</b>	<b>2,2</b>	<b>2,0</b>
	KOM Okt. 2004	2,3	2,1	2,2	n.v.	n.v.
	<i>SP Nov. 2003</i>	1,7	2,1	2,1	2,2	<i>n.v.</i>
Primärsaldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b> <sup>2</sup>	<b>3,7</b>	<b>3,4</b>	<b>3,8</b>	<b>3,9</b>	<b>3,7</b>
	KOM Okt. 2004	4,1	3,9	3,8	n.v.	n.v.
	<i>SP Nov. 2003</i>	3,7	4,0	4,1	4,3	<i>n.v.</i>
Konjunkturbereinigter Saldo (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b> <sup>1</sup>	<b>2,1</b>	<b>1,7</b>	<b>2,0</b>	<b>2,1</b>	<b>1,9</b>
	KOM Okt. 2004	<b>2,8</b>	<b>2,3</b>	<b>2,3</b>	n.v.	n.v.
	<i>SP Nov. 2003</i> <sup>1</sup>	2,4	2,4	2,3	2,2	<i>n.v.</i>
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	<b>SP Dez. 2004</b>	<b>44,6</b>	<b>43,4</b>	<b>42,5</b>	<b>41,7</b>	<b>41,1</b>
	KOM Okt. 2004	44,8	43,4	42,2	n.v.	n.v.
	<i>SP Nov. 2003</i>	44,7	44,9	45,0	44,6	<i>n.v.</i>
<u>N.B.:</u>						
<sup>1</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen.						
<sup>2</sup> Die finnischen Behörden geben die Primärsalden ohne Nettozinsen und nicht wie üblich ohne Bruttozinsen an. Die Kommissionsdienststellen haben die Zahlen anhand der Programmdateien neu berechnet.						
<u>Quellen:</u>						
<i>Stabilitätsprogramm (SP); Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.</i>						

## Anlage 9



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**  
**GENERALSEKRETARIAT**

**Brüssel, den 17. Februar 2005 (21.02)**  
**(OR. en)**

**6498/05**

**UEM 57**

**VERMERK**

---

des	Generalsekretariats des Rates
für	die Delegationen
<u>Betr.:</u>	Entwurf einer Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Irlands

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Irlands in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 17. Februar 2005 angenommenen Fassung.

Anlage



noch Anlage 9

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 17. Februar 2005**  
**zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Irlands für 2004 bis 2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Am 17. Februar 2005 hat der Rat das aktualisierte Stabilitätsprogramm Irlands für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht den Erfordernissen des "Verhaltenskodex betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme".
- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht ein reales BIP-Wachstum von 5,3% im Jahr 2004 vor, das sich während des übrigen Programmzeitraums auf durchschnittlich 5,2% einpendeln dürfte. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint dieses Szenario plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln. Die Projektionen des Programms für die HVPI-Inflation scheinen jedoch eher niedrig zu liegen.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

## noch Anlage 9

- (3) Nach einem ursprünglich nicht geplanten Überschuss im Jahr 2004, der auf höhere Einnahmen als erwartet zurückzuführen ist, zu denen auch einmalige Faktoren und nicht geplante Minderausgaben zählen, wird im aktualisierten Programm von einem geringen, aber weitgehend stabilen Defizit ab 2005 ausgegangen. Sowohl die Ausgaben- als auch die Einnahmenquote sind während des Programmzeitraums rückläufig, auch wenn erstere im Jahr 2005 infolge jüngster haushaltspolitischer Maßnahmen ansteigen wird. Gleichzeitig soll ein wichtiges Programm für öffentliche Investitionen durchgeführt werden, das zu einer durchschnittlichen gesamtstaatlichen Investitionsquote von knapp unter 4% des BIP (dies entspricht knapp 5 % des BSP) während des Programmzeitraums führt. Im Hinblick auf eine Anpassung für die geschätzte Auswirkung des Zyklus unter Zugrundelegung der gemeinsamen Methode ist der konjunkturbereinigte Saldo während des gesamten Programmzeitraums im Überschuss, mit Ausnahme eines geringen Defizits im Jahr 2005. An dieser Stelle sei jedoch darauf verwiesen, dass die Schätzung der Produktionslücke und somit der konjunkturbereinigten Haushalts-salden aufgrund der besonderen Merkmale der irischen Wirtschaft mit ungewöhnlich hohen Unsicherheiten behaftet ist. Im Vergleich zum Vorjahresprogramm wird im aktualisierten Programm von höheren gesamtstaatlichen Haushaltssalden vor dem Hintergrund eines günstigeren makroökonomischen Szenarios ausgegangen.
- (4) Die Risiken für die Haushaltsprojektionen scheinen sich weitgehend die Waage zu halten. Auf der einen Seite scheint die Vorhersage der Einnahmen plausibel zu sein und die Einbeziehung der Rückstellungen für unvorhergesehene Entwicklungen in den Jahren 2006 und 2007 könnte auf ein besseres Ergebnis als erwartet deuten. In Bezug auf die Ausgaben hat Irland unlängst ebenfalls ermutigende Fortschritte bei der Einhaltung der Ausgabenziele gemacht, die vermuten lassen, dass sich jüngste Maßnahmen zum Ausbau der Ausgabenkontrollen als wirksam erweisen. Auf der anderen Seite bestehen auch gewisse Risiken für höhere Gesamtdefizite. So scheint insbesondere die Wachstumsrate bei den Ausgaben in den letzten Jahren des Programms eingeschränkt zu sein.
- (5) In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung scheint der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs ausreichend, um im Zeitraum bis 2007 das im Stabilitäts- und Wachstumspakt niedergelegte mittelfristige Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts oder Haushaltsüberschusses zu wahren. Außerdem schafft er eine ausreichende Sicherheitsmarge, damit die Defizitmarke von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen im gesamten Programmzeitraum nicht überschritten wird.

- (6) Die gesamtstaatliche Schuldenquote ging 2004 auf schätzungsweise 30,5 % des BIP zurück und lag damit deutlich unter dem im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Im Programm wird davon ausgegangen, dass sich die Schuldenquote bei knapp 30% des BIP im Zeitraum 2005 bis 2007 stabilisieren dürfte. Sollte der “National Pensions Reserve Fund” (NPRF) keine nicht-gesamtstaatlichen Vermögenswerte erwerben, dürfte die Schuldenquote während des Programmzeitraums erheblich sinken.
- (7) Irland scheint in Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen in einer relativ günstigen Lage zu sein. Die relativ niedrige Schuldenquote Irlands, die bereits eingeleiteten Reformmaßnahmen auf dem Gebiet der Altersversorgung sowie die Akkumulation von Rücklagen im NPRF unterstützen die Tragfähigkeit des Haushalts und wirken den Folgen einer alternden Bevölkerung entgegen. Die im Programm dargelegte Strategie basiert hauptsächlich auf der Konformität mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und einer weiteren Akkumulation von Vermögenswerten im NPRF. Insgesamt gesehen dürfte Irlands relativ niedrige Steuerquote die Behebung einer etwaigen Tragfähigkeitslücke erleichtern, die längerfristig entstehen könnte.
- (8) Die Aktualisierung verschafft einen Überblick über das Strukturreformprogramm der Regierung, das auf folgende Punkte abzielt: Verbesserung der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, erhöhte Effizienz bei den öffentlichen Ausgaben und Deckung des Bedarfs der irischen Wirtschaft auf dem Gebiet der Infrastruktur. Global gesehen trägt die im aktualisierten Programm skizzierte Wirtschaftspolitik weitgehend den länderspezifischen *Grundzügen der Wirtschaftspolitik für die Jahre 2003 bis 2005* Rechnung, was die öffentlichen Finanzen angeht. Dort wurde den irischen Behörden empfohlen, die Effizienz der öffentlichen Ausgaben zu erhöhen, den mittelfristigen Haushaltsrahmen zu stärken und den Infrastrukturelementen des Nationalen Entwicklungsplans Vorrang einzuräumen.

noch Anlage 9

## Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen

		2004	2005	2006	2007
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>SP Dezember 2004</b>	<b>5.3</b>	<b>5.1</b>	<b>5.2</b>	<b>5.4</b>
	KOM <sup>2</sup>	5.2	4.8	5.0	n.v.
	<i>SP Dezember 2003</i>	3.3	4.7	5.2	n.v.
HVPI-Inflation (%)	<b>SP Dezember 2004</b>	<b>2.3</b>	<b>2.1</b>	<b>2.0</b>	<b>1.9</b>
	KOM Okt. 2004 <sup>2</sup>	2.3	2.4	2.4	n.v.
	<i>SP Dezember 2003</i>	2.3	2.0	2.0	n.v.
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	<b>SP Dezember 2004</b>	<b>0.9</b>	<b>-0.8</b>	<b>-0.6</b>	<b>-0.6</b>
	KOM Okt. 2004 <sup>2</sup>	-0.2	-0.6	-0.5	n.v.
	<i>SP Dezember 2003</i>	-1.1	-1.4	-1.1	n.v.
Primärsaldo (% des BIP)	<b>SP Dezember 2004</b>	<b>2.1</b>	<b>0.6</b>	<b>0.6</b>	<b>0.7</b>
	KOM Okt. 2004 <sup>2</sup>	1.2	0.7	0.8	n.v.
	<i>SP Dezember 2003</i>	0.3	0.1	0.3	n.v.
Konjunkturbereinigter Saldo (% des BIP)	<b>SP Dezember 2004</b> <sup>1</sup>	<b>1.2</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.1</b>	<b>0.0</b>
	KOM Okt. 2004 <sup>2</sup>	0.1	0.0	0.3	n.v.
	<i>SP Dezember 2003</i> <sup>1</sup>	-0.7	-0.8	-0.5	n.v.
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	<b>SP Dezember 2004</b>	<b>30.5</b>	<b>30.1</b>	<b>30.1</b>	<b>30.0</b>
	KOM Okt. 2004 <sup>2</sup>	30.7	30.7	30.6	n.v.
	<i>SP Dezember 2003</i>	33.3	33.5	33.3	n.v.
<u>Anmerkungen:</u>					
<sup>1</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen					
<sup>2</sup> Herbstprognose der Kommissionsdienststellen 2004					
<u>Quellen:</u>					
<i>Aktualisiert: Irisches Stabilitätsprogramm Dezember 2003 und Dezember 2004 (SP); Herbstprognose der Kommissionsdienststellen 2004 (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen</i>					



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 18. Januar 2005 (19.01)  
(OR. en)**

**5496/05**

**UEM 18**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

---

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Luxemburgs

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Luxemburgs in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 18. Januar 2005 angenommenen Fassung.

---

Anlage

noch Anlage 10

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**Vom 18. Januar 2005**

**zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Luxemburgs für 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Der Rat hat am 18. Januar 2005 das aktualisierte Stabilitätsprogramm Luxemburgs für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Die Fortschreibung erfüllt die Datenanforderungen des geänderten „Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“ in recht weitem Maße. Doch fehlen insbesondere einige vorgeschriebene Angaben zu den makroökonomischen Annahmen.

In dem aktualisierten Programm wird mit einem realen BIP-Wachstum von 4,4 % im Jahr 2004 gerechnet, gegenüber 2,9 % im Jahr 2003. 2005 und 2006 dürfte das Wachstum auf 3,8 bzw. 3,3 % schrumpfen, bevor es 2007 wieder auf 4,3 % ansteigt. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint dieses Szenario realistische Wachstumsannahmen widerzuspiegeln.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

noch Anlage 10

Die der Programmfortschreibung zugrunde liegende Haushaltsstrategie ist darauf angelegt, das Defizit im Jahr 2005 von den für 2004 geschätzten 1,4 % des BIP leicht auf 1,0 % des BIP zurückzuführen. 2006 und 2007 dürfte das Defizit auf dem Niveau von 2005 verbleiben, wobei sowohl Einnahmen als auch Ausgaben im Verhältnis zum BIP konstant bleiben dürften. Dies ist eine Verbesserung gegenüber der Aktualisierung von 2003, in der – ausgehend von einer beträchtlich pessimistischen Wachstumsprognose ab 2004 – die Erwartung geäußert wurde, dass das gesamtstaatliche Defizit von 0,6 % des BIP im Jahr 2003 auf rund 2 % im verbleibenden Programmzeitraum ansteigen werde. Die Kommissionsdienststellen gehen in ihren Berechnungen nach der gemeinsam vereinbarten Methodik davon aus, dass 2005 konjunkturbereinigt ein Überschuss in Höhe von 0,3 % des BIP erreicht wird, der sich schrittweise auf 2,0 % des BIP im Jahr 2007 erhöht und eine erwartete zunehmend negative Produktionslücke widerspiegelt. Allerdings ist die Schätzung von Produktionslücken und somit der konjunkturbereinigten Haushaltsposition aufgrund der besonderen Merkmale der luxemburgischen Wirtschaft mit ungewöhnlichen Unsicherheiten behaftet, so dass solche Indikatoren sehr vorsichtig zu verwenden sind. Im Programmzeitraum dürften die öffentlichen Investitionen im Verhältnis zum BIP mit rund 5 % des BIP ungefähr konstant bleiben und damit deutlich über dem EU-Durchschnitt liegen.

Die Risiken für die im Programm enthaltenen Haushaltsprojektionen erscheinen insgesamt ausgewogen. Einerseits ist Luxemburg für Zurückhaltung bei der Schätzung der Einnahmen bekannt, so dass und das Haushaltsergebnis 2004 deutlich besser ausfallen könnte als derzeit geschätzt, was vielleicht zu einem günstigen Basiseffekt für die verbleibenden Programmjahre führen könnte. Andererseits sieht das Programm eine Verlangsamung des in den vergangenen Jahren ausgesprochen schnellen Ausgabenanstiegs vor, ohne allerdings die Maßnahmen zu präzisieren, die zur Erreichung dieses Ziels führen sollen. Der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs scheint eine ausreichende Sicherheitsmarge zu bieten, damit das Defizit bei normalen Konjunkturschwankungen die Schwelle von 3 % des BIP nicht überschreitet. Er scheint ebenfalls in ausreichendem Maße geeignet, um innerhalb des Programmzeitraums (ab 2005) konjunkturbereinigt das im Stabilitäts- und Wachstumspakt niedergelegte mittelfristige Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts zu erreichen.

Die bereits extrem niedrige Schuldenquote soll in dem vom aktualisierten Programm erfassten Zeitraum sogar noch leicht zurückgehen, von 5,0 % des BIP im Jahr 2004 auf 4,5 % des BIP im Jahr 2007. Die Nettovermögensposition insgesamt stellt sich angesichts des durch Haushaltsüberschüsse in den letzten Jahren erzielten erheblichen, mit rund 50 % des BIP veranschlagten Vermögenszuwachses sogar noch günstiger dar.

noch Anlage 10

Luxemburg scheint in Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen in einer günstigen Lage. Die starke Nettovermögensposition dürfte die künftigen Folgen der Bevölkerungsalterung für den Haushalt zumindest teilweise wettmachen. Gleichwohl wird sich das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Empfängern des Rentensystems verschlechtern, selbst bei dem günstigen Szenario, dass das Beschäftigungswachstum auf dem in den beiden letzten Jahrzehnten verzeichneten außergewöhnlichen Stand verbleibt. Daher ist einige Zurückhaltung geboten, damit die öffentlichen Ausgaben auch weiterhin den Einnahmen entsprechen und die Politik der Reservenbildung fortgeführt werden kann, einhergehend mit Maßnahmen zur Erhöhung der gegenwärtig niedrigen Erwerbstätigenquote der in Luxemburg ansässigen und insbesondere der älteren Arbeitnehmer.

**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>SP Nov. 2004</b>	<b>4,4</b>	<b>3,8</b>	<b>3,3</b>	<b>4,3</b>
	KOM Herbst 2004	4,0	3,5	3,6	nicht zutreffend
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>2,0</i>	<i>3,0</i>	<i>3,8</i>	<i>nicht zutreffend</i>
HVPI-Inflation (in %)	<b>SP Nov. 2004</b>	<b>2,6</b>	<b>3,2</b>	<b>1,5</b>	<b>1,7</b>
	KOM Herbst 2004	3,0	2,3	1,6	nicht zutreffend
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>1,5</i>	<i>1,3</i>	<i>1,2</i>	<i>nicht zutreffend</i>
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (in % des BIP)	<b>SP Nov. 2004</b>	<b>-1,4</b>	<b>-1,0</b>	<b>-0,9</b>	<b>-1,0</b>
	KOM Herbst 2004 <sup>2</sup>	-0,8	-1,6	-2,0	nicht zutreffend
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>-1,8</i>	<i>-2,3</i>	<i>-1,5</i>	<i>nicht zutreffend</i>
Primärsaldo (in % des BIP)	<b>SP Nov. 2004</b>	<b>-1,2</b>	<b>-0,9</b>	<b>-0,8</b>	<b>-0,9</b>
	KOM Herbst 2004 <sup>2</sup>	-0,6	-1,4	-1,8	nicht zutreffend
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>-1,6</i>	<i>-2,1</i>	<i>-1,5</i>	<i>nicht zutreffend</i>
Konjunkturbereinigter Saldo (in % des BIP)	<b>SP Nov. 2004</b> <sup>1</sup>	<b>-0,7</b>	<b>0,3</b>	<b>1,4</b>	<b>2,0</b>
	KOM Herbst 2004 <sup>2</sup>	0,4	0,3	0,7	nicht zutreffend
	<i>SP Nov. 2003</i> <sup>1</sup>	<i>0,9</i>	<i>1,0</i>	<i>2,2</i>	<i>nicht zutreffend</i>
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (in % des BIP)	<b>SP Nov. 2004</b>	<b>5,0</b>	<b>5,0</b>	<b>4,6</b>	<b>4,5</b>
	KOM Herbst 2004 <sup>2</sup>	4,9	4,8	4,7	nicht zutreffend
	<i>SP Nov. 2003</i>	<i>5,2</i>	<i>5,0</i>	<i>4,4</i>	<i>nicht zutreffend</i>
<sup>1</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen					
<sup>2</sup> Vor Vorlage des Haushalts 2005 fertig gestellt					
<u>Quellen:</u> Stabilitätsprogramm (SP); Prognose der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.					



## Anlage 11



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 8. März 2005 (09.03)  
(OR. en)**

**7133/05**

**UEM 87**

**VERMERK**

---

des	Generalsekretariats des Rates
für	die Delegationen
<u>Betr.:</u>	Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 8. März 2005 angenommenen Fassung.

---

Anlage

noch Anlage 11

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**vom 8. März 2005**

**zum aktualisierten Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs für 2003/04-2009/10**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 8. März 2005 das aktualisierte Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs für den Zeitraum 2003/04 bis 2009/10 geprüft. Das Programm erfüllt die Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodexes betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme" teilweise. Die Daten zu den Gesamtausgaben und -einnahmen basieren zwar auf ESVG-95-Komponenten, doch für ihre Aggregation wurden vom harmonisierten Maßstab abweichende Verfahren verwendet; die Salden sind hiervon nicht betroffen.<sup>2</sup> Außerdem behandelt das aktualisierte Programm die Einnahmen aus dem Verkauf von UMTS-Lizenzen auch weiterhin anstatt als Veräußerung von Vermögen als eine jährliche Einnahmequelle. Dementsprechend wird das Vereinigte Königreich aufgefordert, volle Übereinstimmung mit den Datenanforderungen herzustellen.

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S.1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:

[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

<sup>2</sup> Die Behörden des Vereinigten Königreichs gaben in technischen Erörterungen mit der Kommission nützliche Erläuterungen zu den Daten. Wäre in dem aktualisierten Programm auf diese technischen Erläuterungen verwiesen worden, so wäre davon ausgegangen worden, dass das Programm weitgehend die Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodexes betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme" erfüllt.

- (2) Das Programm enthält zwei verschiedene Szenarien für die makroökonomischen und Haushaltsprojektionen: ein mittleres makroökonomisches Szenario und ein unteres Wachstumsszenario, das auf der Annahme eines um einen viertel Prozentpunkt unter den Projektionen der mittleren Prognose liegenden Trendwachstums basiert; letzteres Szenario liegt den Projektionen für die öffentlichen Finanzen zugrunde. Somit gilt das untere Wachstumsszenario als Bezugsgröße für die Beurteilung der Haushaltsprojektionen und spiegelt weitgehend plausible Annahmen wider. Das Szenario sieht ein reales BIP-Wachstum vor, das im Jahr 2005 bei 3 % und damit nur geringfügig unter dem 2004 verzeichneten Wert von  $3\frac{1}{4}$  % liegt, bevor es sich bis 2007/08 auf  $2\frac{1}{4}$  % abschwächt. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird das BIP im Jahr 2005 möglicherweise langsamer wachsen als prognostiziert. Allerdings dürfte sich die den Projektionen für die öffentlichen Finanzen zugrunde liegende Annahme für die Trendrate des Wachstums mittelfristig als vorsichtige Schätzung erweisen. Auch die Inflationsprojektionen des Programms erscheinen realistisch.
- (3) Der finanzpolitische Rahmen des Vereinigten Königreichs basiert auf zwei internen finanzpolitischen Vorschriften für den öffentlichen Sektor. Dabei handelt es sich um die "goldene Regel", mit der gewährleistet werden soll, dass die Regierung über den Konjunkturzyklus hinweg Kredite nur für die Finanzierung von Nettoinvestitionen, nicht aber zur Finanzierung der laufenden Ausgaben aufnimmt, und um die Regel über "nachhaltige Investitionen", die darauf abzielt, die *Nettoschulden* der öffentlichen Hand über den Konjunkturzyklus hinweg auf einem "stabilen und vertretbaren Niveau" unter 40 % des BIP zu halten. Im Rahmen dieser Vorschriften projiziert das aktualisierte Programm, dass das Defizit von schätzungsweise 3,2 % des BIP im Haushaltsjahr 2003/04 im Haushaltsjahr 2004/05 unter den Referenzwert von 3 % sinkt (wobei das Haushaltsjahr als Bezugszeitraum für die Bewertung der öffentlichen Finanzen des Vereinigten Königreichs gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt gilt). Für die Folgejahre projiziert die Programmfortschreibung mittelfristig eine weitere allmähliche Reduzierung des Defizits auf ein Niveau von 1,7 % im Haushaltsjahr 2008/09. Die Ausgabenquote wird in Übereinstimmung mit den politischen Prioritäten der Regierung weiter zunehmen, doch würde die erwartete Erhöhung der Einnahmenquote, wenn sie tatsächlich realisiert wird, zu einer umfassenden Verbesserung des gesamtstaatlichen Haushaltsaldos führen. Innerhalb des Gesamtausgabenvolumens wird ein signifikantes öffentliches Investitionsprogramm umgesetzt, das auf eine Anhebung der gesamtstaatlichen *Nettoinvestitionen* von 1,9% des BIP 2004/05 auf 2,4% des BIP 2007/08 ausgerichtet ist. Gegenüber der Programmfortschreibung 2003 wurden die Defizitprojektionen sowohl für dieses als auch für das nächste Haushaltsjahr nach oben revidiert; nach 2005/06 ist jedoch in den in der Programmfortschreibung enthaltenen mittelfristigen Projektionen eine geringfügig raschere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen vorgesehen als in der vorangehenden Programmfortschreibung.

noch Anlage 11

- (4) Es besteht eindeutig die Gefahr, dass das Haushaltsergebnis kurzfristig schlechter ausfallen könnte als im Programm projiziert. Sowohl kurz- als auch mittelfristig bestehen Risiken, was das Ausmaß der fortschreitenden Erholung der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer betrifft. Vor allem in der Zeit des projizierten langsameren Ausgabenwachstums ab 2006/07 werden die Ministerien mit niedrigeren Budgets auskommen müssen, so dass sie möglicherweise auf die bestehenden Restsalden zurückgreifen. Ab 2006/07 stehen jedoch den negativen Risiken die vergleichsweise vorsichtigen makroökonomischen Projektionen gegenüber.
- (5) In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung bietet der in dem Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs offensichtlich keine ausreichende Sicherheitsmarge, damit das Defizit den Referenzwert von 3 % des BIP bei Konjunkturschwankungen, wie sie in der Vergangenheit zu verzeichnen waren, zu keinem Zeitpunkt des Programmzeitraums überschreitet. Doch angesichts der Abnahme der wirtschaftlichen Unbeständigkeit im Vereinigten Königreich in den letzten Jahren und der vorsichtigen Wachstumsannahmen bei den Haushaltsprojektionen dürfte das Risiko in den späteren Jahren gering sein. Der haushaltspolitische Kurs ist unzureichend, um zu gewährleisten, dass das im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts bis 2009/10 erreicht wird. Gleichzeitig ist allerdings zu sehen, dass die Schuldenquote relativ gering ist und dass sich die Umsetzung des vorerwähnten signifikanten öffentlichen Investitionsprogramms auf die projizierten Haushaltssalden ausgewirkt hat.
- (6) Die Bruttoschuldenquote lag 2003/04 bei schätzungsweise 39,5% des BIP, und damit deutlich unter dem im Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. In dem Programm wird mit einer geringfügigen Zunahme der Schuldenquote von weniger als zwei Prozentpunkten bis 2009/10 gerechnet.

- (7) In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen befindet sich das Vereinigte Königreich trotz der voraussichtlichen Kosten einer alternden Bevölkerung offenbar in einer relativ günstigen Lage. Die vergleichsweise geringe Schuldenquote und die besondere Bedeutung, die die britischen Behörden in ihrer aktuellen Politik der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beimessen, sind in dieser Hinsicht positiv zu bewerten. Höhere altersbezogene Ausgaben können nicht ausgeschlossen werden, da die Möglichkeit besteht, dass nicht genügend Rückstellungen für die private Altersvorsorge gebildet werden, was Konsequenzen für die öffentlichen Finanzen haben könnte, doch richten die Behörden im April 2005 den Rentenschutzfonds ein, der die Mitglieder privater Leistungssysteme in dem Fall schützen soll, dass das Trägerunternehmen zahlungsunfähig wird und das System nicht über ausreichende Mittel verfügt, um seinen Verbindlichkeiten nachzukommen. Diese Maßnahmen sind zu begrüßen, auch wenn ihre Wirksamkeit noch geprüft werden muss. Die vergleichsweise geringe Steuerquote des Vereinigten Königreichs dürfte die Behebung etwaiger langfristig möglicherweise entstehender Ungleichgewichte erleichtern.
- (8) Die in dem Programm dargestellte Wirtschaftspolitik ist zum Teil mit der länderspezifischen Empfehlung für den Bereich öffentliche Finanzen, die in den 2004 aktualisierten Grundzügen der Wirtschaftspolitik an das Vereinigte Königreich gerichtet wurde, vereinbar; namentlich wurde dem Vereinigten Königreich empfohlen, "Anstrengungen zu unternehmen, um die Entstehung eines übermäßigen Defizits zu vermeiden, und die konjunkturbereinigte Haushaltsposition zu verbessern, um die öffentlichen Finanzen im Einklang mit einem mittelfristig nahezu ausgeglichenen Haushalt oder Haushaltsüberschuss zu konsolidieren". Es besteht eindeutig die Gefahr, dass das Haushaltsergebnis auf kurze Sicht schlechter ausfällt als in dem Programm vorgesehen. Außerdem entsprechen der für 2005/06 geplante schwache Expansionskurs und der mittelfristige finanzpolitische Kurs nicht vollständig der in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik niedergelegten Empfehlung.

\* \* \*

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung sollte das Vereinigte Königreich nach Ansicht des Rates

- i) sicherstellen, dass das Defizit gemäß den Planungen unter 3 % des BIP liegt, und
- ii) die konjunkturbereinigte Haushaltsposition verbessern, um zu gewährleisten, dass das Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts oder Haushaltsüberschusses mittelfristig erreicht wird und gewahrt bleibt.

noch Anlage 11

## Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen

I. Maßgebliche makroökonomische Prognose		2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP – maßgebliche Prognose (Veränderung in %)	KP 12/2004	3¼	3 - 3½	2½ - 3	2¼ - 2¾	n.v.
	KOM	3,3	2,8	2,8	n.v.	n.v.
	KP 12/2003	3 - 3½	3 - 3½	2½ - 3	n.v.	n.v.
HVPI-Inflation (%)	KP 12/2004	1¼	1¼	2	2	n.v.
	KOM	1,4	1,9	2,0	n.v.	n.v.
	KP 12/2003	1¼	2	2	n.v.	n.v.
2. Makroökonomische Basisprognose für die öffentlichen Finanzen		2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09
Reales BIP – öffentliche Finanzen <sup>2</sup> (Veränderung in %)	KP 12/2004	3¼	3	2½	2¼	2¼
	KOM <sup>3</sup>	3,3	2,8	2,8	n.v.	n.v.
	KP 12/2003	3¼	2¾	2½	2¼	2¼
HVPI-Inflation (%)	KP 12/2004	1¼	1¼	2	2	2
	KOM <sup>3</sup>	1,4	1,9	2,0	n.v.	n.v.
	KP 12/2003	1¼	2	2	2	2
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo <sup>4</sup> (% des BIP)	KP 12/2004	-2,9	-2,8	-2,3	-2,1	-1,7
	KOM <sup>3</sup>	-2,8	-2,6	-2,4	n.v.	n.v.
	KP 12/2003	-2,7	-2,5	-2,2	-2,1	-1,9
Primärsaldo <sup>5</sup> (% des BIP)	KP 12/2004	-0,8	-0,7	-0,2	-0,1	n.v.
	KOM <sup>3</sup>	-0,9	-0,6	-0,4	n.v.	n.v.
	KP 12/2003	-0,5	-0,4	n.v.	n.v.	n.v.
Konjunkturbereinigter Saldo (% des BIP)	KP 12/2004 <sup>1</sup>	-2,8	-2,9	-2,3	-2,0	-1,6
	KOM <sup>3</sup>	-2,7	-2,4	-2,1	n.v.	n.v.
	KP 12/2003 <sup>1</sup>	-2,4	-2,4	-2,2	-2,0	-1,8
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	KP 12/2004	40,9	41,8	42,4	42,8	42,8
	KOM <sup>3</sup>	40,4	40,9	41,2	n.v.	n.v.
	KP 12/2003	40,2	40,8	41,1	41,4	41,5
N.B.:						
<sup>1</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen.						
<sup>2</sup> Den Projektionen der Behörden für die öffentlichen Finanzen zugrunde liegende BIP-Prognose; basierend auf einem geschätzten Trendwachstum, welches um einen viertel Prozentpunkt unter der im mittleren makroökonomischen Szenario verwendeten Rate liegt.						
<sup>3</sup> Die Daten der Kommission beziehen sich auf ein Kalenderjahr (beispielsweise entspricht das Kalenderjahr 2004 dem Haushaltsjahr 2004/05).						
<sup>4</sup> Die Behörden des Vereinigten Königreichs beziehen in ihre Projektionen für den gesamtstaatlichen Haushaltssaldo jährliche Einnahmen von rund 1 Mrd. UKL aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen im Jahr 2000 ein. Eine entsprechende Korrektur mit dem Ziel, die Projektionen an dem Defizitverfahren auszurichten, hat eine jährliche Reduzierung des Saldos um ca. 0,1 Prozentpunkte (d.h. eine Erhöhung des Defizits) zur Folge. Die Tabellendaten geben die Daten aus der Programmfortschreibung <u>nach</u> entsprechender Korrektur durch die Kommissionsdienststellen wieder.						
<sup>5</sup> In den von den Behörden übermittelten Daten zum Primärsaldo sind die Nettozinsen nicht enthalten, während die Kommission üblicherweise nur die Zinszahlungen unberücksichtigt lässt. Die Tabellendaten geben die von den Kommissionsdienststellen neu berechneten Zahlen aus der Tabelle 4.4 der Programmfortschreibung wieder.						
<u>Quellen:</u> Konvergenzprogramm (KP); Herbstprognose 2004 des Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.						

Anlage 12



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Februar 2005 (21.02)  
(OR. en)**

**6501/05**

**UEM 59**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

---

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Polens

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Polens in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 17. Februar 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 12

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 17. Februar 2005**  
**zum aktualisierten Konvergenzprogramm Polens für 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 17. Februar 2005 das aktualisierte Konvergenzprogramm Polens für den Zeitraum 2004-2007 geprüft. Das Programm erfüllt teilweise die Datenanforderungen des "Verhaltenskodexes für Form und Inhalt der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme". Die Angaben zur Zusammensetzung der gesamtstaatlichen Einnahmen und Ausgaben entsprechen qualitativ nicht voll und ganz den statistischen ESVG 95-Standards. Auch im Bereich der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen weicht das Programm von den Datenanforderungen des Verhaltenskodexes ab. Polen wird daher aufgefordert, die uneingeschränkte Einhaltung dieser Datenanforderungen sicherzustellen.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.



- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht ein reales BIP-Wachstum vor, das sich von 5,7 % im Jahr 2004 auf durchschnittlich 4,9 % in den Jahren 2005 und 2006 abschwächt und 2007 erneut 5,6 % erreicht. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheinen diese Wachstumsannahmen eher günstig. Während die Wachstumsprognosen für 2005 und 2006 plausibel sind, scheinen die Prognosen für das letzte Jahr des Programms überhöht. Insbesondere die für 2007 projizierte Beschleunigung des BIP-Wachstums beruht auf zu optimistischen Wachstumsannahmen sowohl für das Produktionspotenzial als auch für die Inlandsnachfrage. Die Inflationsprojektionen des Programms erscheinen zu niedrig.
- (3) Der Rat hat am 5. Juli 2004 entschieden, dass in Polen ein übermäßiges Defizit besteht, und hat empfohlen, dieses Defizit bis 2007 zu korrigieren. Die dem aktualisierten Programm zugrunde liegende Haushaltsstrategie zielt darauf ab, das gesamtstaatliche Defizit bis 2007 auf unter 3 % des BIP zu senken und die Schuldenquote unter 60 % des BIP zu halten, und zwar unter Einbeziehung der Beiträge für die Rentensysteme der zweiten Säule (mit einem geschätzten jährlichen Effekt von 1,5 % des BIP), die bis spätestens 2007 gemäß der Eurostat-Entscheidung außerhalb des Sektors Staat geführt werden. Die Programmfortschreibung sieht eine schrittweise Rückführung des Defizits von 5,4 % des BIP im Jahr 2004 auf 2,2 % des BIP im Jahr 2007 vor. Die größten Unterschiede zwischen dem aktualisierten Programm und dem Programm von Mai 2004 bestehen bei der stark nach unten korrigierten Verschuldung im Verhältnis zum BIP, die um durchschnittlich 4,3 Prozentpunkte niedriger angegeben wurde, und beim gesamtstaatlichen Defizitziel für das Jahr 2007, das trotz einer prognostizierten Erhöhung des Wirtschaftswachstums um 0,7 Prozentpunkte des BIP nach oben korrigiert wurde.
- (4) Die Haushaltskonsolidierung für den Zeitraum 2005-2007 würde durch Umsetzung eines umfassenden, im *Hausner-Plan* enthaltenen Maßnahmenpakets ermöglicht, dessen budgetäre Auswirkungen sich bei vollständiger Umsetzung auf insgesamt schätzungsweise 4,7 % des BIP belaufen würden (was gegenüber dem vorangegangenen Programm eine Abwärtskorrektur von 0,6 Prozentpunkten bedeutet). Gleichzeitig wird ein umfangreiches Investitionsprogramm durchgeführt, das die Investitionen der öffentlichen Hand von 3,4 % des BIP im Jahr 2003 auf durchschnittlich 4,1 % im Programmzeitraum anhebt; der EU-Durchschnitt betrug im Vergleich dazu 2004 2,4 %.

noch Anlage 12

- (5) Es besteht das Risiko, dass das Haushaltsergebnis schlechter ausfällt als im Programm projiziert, mit dem darauf abgezielt wird, das Defizit bis 2007 auf unter 3 % zu senken. Es zeichnet sich bereits die Gefahr einer verspäteten oder unvollständigen Umsetzung der Maßnahmen des *Hausner-Plans* ab, auf die in der Bewertung des Programms vom Mai 2004 hingewiesen worden war. Nach wie vor herrscht Ungewissheit über die Umsetzung der verbleibenden Maßnahmen, die Legislativverfahren durchlaufen müssen, jedoch schon im Haushalt 2005 vorgesehen sind. Trotz der Ablehnung zweier wichtiger Maßnahmen durch das Parlament blieben die Defizitziele unverändert. Fast die Hälfte der im aktualisierten Programm genannten Maßnahmen, die auf zusätzliche Einnahmen oder Ausgabeneinsparungen abzielen, werden nicht näher ausgeführt. Ein weiteres Risiko stellen Eventualverbindlichkeiten dar, die in diesem Zusammenhang entsprechend überwacht werden. Die Erreichung der Defizitziele hängt ferner von dem für den gesamten Programmzeitraum projizierten hohen BIP-Wachstum ab. Zusätzlich dazu wird das kapitalgedeckte Rentensystem mit Erlaubnis von Eurostat Übergangsweise noch im Sektor Staat geführt. Ab der Mitteilung im März 2007 und der damit einhergehenden Änderung der Einstufung wird das Defizit um etwa 1,5 Prozentpunkte nach oben korrigiert werden müssen. Diese Korrektur bedeutet, dass Polen ausgehend von der Aktualisierung und ohne zusätzliche Sparmaßnahmen nicht imstande sein wird, das Defizit im letzten Programmjahr unter 3 % zu senken.
- (6) Im aktualisierten Programm liegt die Schuldenquote 2004 im Vergleich zu den im Konvergenzprogramm von Mai 2004 prognostizierten 49 % bei schätzungsweise 45,9 % des BIP und damit unter dem im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Für die Schuldenquote prognostiziert das Programm für den Zeitraum 2004-2007 einen Anstieg von insgesamt 1,8 Prozentpunkten, der erst im letzten Jahr des Programms zum Stillstand kommen soll.
- (7) Da für die Zeit nach 2020 keine Haushaltsprojektionen vorliegen und die budgetären Auswirkungen der alternden Bevölkerung erst nach 2020 zum Tragen kommen dürften, ist es schwierig, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Polens zu beurteilen. Anhand der vorliegenden Informationen sind gewisse Risiken jedoch nicht auszuschließen. Ungewissheit besteht nach wie vor über die budgetären Auswirkungen von Maßnahmen zur Festigung der langfristigen Haushaltstrends. Eine energische Inangriffnahme der geplanten mittelfristigen Haushaltskonsolidierung dürfte längerfristig zu einer auf Dauer tragfähigen Haushaltslage beitragen.

- (8) Alles in allem stehen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des aktualisierten Programms teilweise mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen für den Bereich öffentliche Finanzen in Einklang. Einerseits folgt das Programm mit den Maßnahmen des *Hausner-Plans* der Empfehlung des Rates zum Abbau des gesamtstaatlichen Defizits. Andererseits sind die Maßnahmen des Programms möglicherweise unzureichend, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu erhalten.

\* \* \*

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung und angesichts der Empfehlungen des Rates nach Artikel 104 Absatz 7 ist der Rat der Auffassung, dass Polen

- i) die haushaltspolitische Anpassung über 2005 hinaus verstärken und das Defizitziel 2007 herabsetzen sollte;
- ii) eine vollständige Umsetzung der im Hausner-Plan enthaltenen Strukturmaßnahmen gewährleisten und zusätzliche Anstrengungen zur Einleitung von Alternativmaßnahmen unternehmen sollte, falls die mit der Umsetzung verbundenen Risiken eintreten sollten.

noch Anlage 12

**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>5,7</b>	<b>5,0</b>	<b>4,8</b>	<b>5,6</b>
	KOM Okt. 2004	5,8	4,9	4,5	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>5,0</i>	<i>5,0</i>	<i>5,6</i>	<i>5,6</i>
HVPI-Inflation (%)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>3,5</b>	<b>3,0</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>
	KOM Okt. 2004	3,5	3,3	3,0	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>2,2</i>	<i>2,8</i>	<i>&lt;3</i>	<i>&lt;3</i>
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo/1 (% des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>-5,4</b>	<b>-3,9</b>	<b>-3,2</b>	<b>-2,2</b>
	KOM Okt. 2004	-5,6	-4,1	-3,1	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>-5,7</i>	<i>-4,2</i>	<i>-3,3</i>	<i>-1,5</i>
Primärsaldo/1 (% des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>-2,6</b>	<b>-1,3</b>	<b>-0,5</b>	<b>0,4</b>
	KOM Okt. 2004	-2,5	-1,0	-0,0	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>-2,8</i>	<i>-1,1</i>	<i>-0,3</i>	<i>1,3</i>
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>45,9</b>	<b>47,6</b>	<b>48,0</b>	<b>47,3</b>
	KOM Okt. 2004	47,7	49,8	49,3	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>49,0</i>	<i>51,9</i>	<i>52,7</i>	<i>52,3</i>
<i>Quellen:</i>					
<i>Konvergenzprogramm (KP); Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM);</i>					
<i>/1 Der gesamtstaatliche Saldo und der Primärsaldo enthalten nicht den einnahmenmindernden und somit ceteris paribus defiziterhöhenden Effekt des kapitalgedeckten Rentensystems (schätzungsweise 1,5 % des BIP jährlich).</i>					



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 18. Januar 2005 (19.01)  
(OR. en)**

**5495/05**

**UEM 17**

**VERMERK**

---

des	Generalsekretariats des Rates
für die	Delegationen
<u>Betr.:</u>	Stellungnahme des Rates zu dem aktualisierten Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zu dem aktualisierten Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 18. Januar 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 13

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**vom 18. Januar 2005**

**zu dem aktualisierten Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik für 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Der Rat hat am 18. Januar 2005 das aktualisierte Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm erfüllt weitgehend die Datenanforderungen des „Verhaltenskodex für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“. Jedoch entsprechen die Einnahmen- und Ausgabenquoten trotz einer Korrektur der nach Vorlage der Aktualisierung bereitgestellten Daten nicht vollständig den statistischen ESGV 95-Standards. Deshalb wird die Tschechische Republik aufgefordert, den Datenanforderungen zu entsprechen.

---

1 ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

Das Programm enthält verschiedene Szenarien für die makroökonomischen und Haushaltsprojektionen: ein "Basisszenario", ein "optimistisches" Szenario und ein "pessimistisches" Szenario. Das "Basisszenario" wird als Referenzszenario für die Beurteilung der Haushaltsprojektionen angesehen, da es realistische Wachstumsannahmen widerspiegelt. Dieses Szenario geht von einem realen BIP-Wachstum von 3,8 % im Jahr 2004 aus. Im Jahr 2005 dürfte das reale BIP 3,6 % erreichen und sich in der Folge auf 3,8 % im Jahr 2007 beleben. Die Inflationsprojektionen des Programms erscheinen realistisch.

Der Rat hat am 5. Juli 2004 entschieden, dass in der Tschechischen Republik ein übermäßiges Defizit besteht, und hat empfohlen, es bis 2008 zu korrigieren.

Das Programm sieht vor, das Defizit im Jahr 2008 von 5,2 % des BIP im Jahr 2004 (unter Einbeziehung einmaliger Ausgaben in Höhe von rund 1,2 % des BIP) entsprechend der Empfehlung des Rates nach Artikel 104 Absatz 7 unter den Referenzwert von 3 % des BIP zu senken. Im Vergleich zum Konvergenzprogramm von Mai 2004 gibt es keine Veränderung bei den Defizitzielen für 2005-2007, obwohl das BIP-Wachstum nach oben korrigiert wurde, und das Haushaltsergebnis für 2004 (ohne Einmalmaßnahmen) besser als erwartet ist. In dem Programm wird eine Senkung des gesamtstaatlichen Defizits um 1,9 Prozentpunkte zwischen 2004 und 2007 sowie eine Senkung des Primärdefizits um 2,3 Prozentpunkte im gleichen Zeitraum angestrebt. Die Anpassung soll allmählich um rund 0,5 % des BIP jährlich erfolgen, außer im Jahr 2006, in dem die Defizit-Verbesserung nahezu 1 % des BIP betragen soll. Einnahmen und Ausgaben sollen im gesamten Programmzeitraum zurückgehen (in % des BIP), wobei öffentliche Investitionen die einzigen Ausgaben sind, die steigen dürften, und zwar von 4,2 % des BIP im Jahr 2003 auf 4,6 % des BIP im Jahr 2007, was deutlich über dem EU-Durchschnitt (2,4 % des BIP im Jahr 2004) liegt.

Die Risiken für die im Programm enthaltenen Haushaltsprojektionen erscheinen insgesamt ausgewogen. Einerseits deutet das makroökonomische Szenario darauf hin, dass die Einkünfte höher und die Ausgaben niedriger als erwartet sein könnten. Darüber hinaus scheinen weitere Risiken für die haushaltspolitischen Ziele im Zusammenhang mit der Begebung von staatlichen Garantien und Schuldenübernahmen begrenzt. Andererseits müssen beträchtliche Ausgabenkürzungen, insbesondere im Hinblick auf den Staatsverbrauch, beschlossen werden, um die Ausgabenplafonds in den Jahren 2006 und 2007 zu erreichen. Ferner unterliegt die Umsetzung der Ausgabenbegrenzungen einem Risiko vor den nächsten Parlamentswahlen, die für Juni 2006 geplant sind. Mit Blick auf diese Risikobewertung scheint der haushaltspolitische Kurs dieses Programms ausreichend, um das Defizit – wie im Programm geplant – bis 2008 unter 3 % des BIP zu senken.

noch Anlage 13

Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 38,6% des BIP und damit deutlich unter dem im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Dem Programm zufolge soll die Schuldenquote im Programmzeitraum um 1,4 Prozentpunkte steigen.

In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen scheint die Tschechische Republik aufgrund der voraussichtlich sehr hohen Haushaltsbelastung im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung ernsthaft gefährdet. Insbesondere muss die im Programm dargelegte Strategie zur Haushaltskonsolidierung mit zusätzlichen Reformen zur Verringerung der Tragfähigkeitsrisiken im Zusammenhang mit dem erwarteten Anstieg der Renten- und Gesundheitsausgaben einhergehen.

Die in der Fortschreibung dargelegte Wirtschaftspolitik entspricht teilweise den länderspezifischen Grundzügen der Wirtschaftspolitik im Bereich der öffentlichen Finanzen. Einerseits entspricht das Programm dem vom Rat empfohlenen Abbau des gesamtstaatlichen Defizits, und der Abbau stützt sich auf rechtlich verbindliche mittelfristige Ausgabenplafonds. Andererseits erweist sich die im Konvergenzprogramm vom Mai geplante Umsetzung der empfohlenen Lohnkostensenkung des Zentralstaates als schwierig, und die Maßnahmen zur Kontrolle der Defizite und Schulden der Regional- und Kommunalverwaltungen könnten nicht ausreichend sein. Hinzu kommt, dass das Programm keine konkreten Schritte zur Gewährleistung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen aufzeigt, insbesondere durch die Umsetzung der Renten- und Gesundheitsreform.

\* \* \*

Angesichts der obigen Bewertung wird der Tschechischen Republik im Lichte der Empfehlungen des Rates nach Artikel 104 Absatz 7 empfohlen, höher als erwartete Einnahmen für den Defizitabbau zu verwenden, und die mittelfristigen zentralstaatlichen Ausgabenplafonds, die ab 2006 rechtlich verbindlich werden, streng einzuhalten. Ferner wird die Tschechische Republik aufgefordert, die Rentenreform voranzubringen und die Reform des Gesundheitswesens durchzuführen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern.



**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>KP Dezember 2004</b>	<b>3,8</b>	<b>3,6</b>	<b>3,7</b>	<b>3,8</b>
	KOM Herbst 2004	3,8	3,8	4,0	nicht zutreffend
	<i>KP Mai 2004</i>	2,8	3,1	3,3	3,5
HVPI-Inflation (in %)	<b>KP Dezember 2004</b>	<b>2,7</b>	<b>3,2</b>	<b>2,6</b>	<b>2,2</b>
	KOM Herbst 2004	2,8	3,1	2,9	nicht zutreffend
	<i>KP Mai 2004</i>	2,8	2,6	2,2	2,2
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (in % des BIP)	<b>KP Dezember 2004</b>	<b>-5,2</b>	<b>-4,7</b>	<b>-3,8</b>	<b>-3,3</b>
	KOM Herbst 2004	-4,8 <sup>1</sup>	-4,7	-4,3	nicht zutreffend
	<i>KP Mai 2004</i>	-5,3	-4,7	-3,8	-3,3
Primärsaldo (in % des BIP)	<b>KP Dezember 2004</b>	<b>-4,0</b>	<b>-3,3</b>	<b>-2,3</b>	<b>-1,7</b>
	KOM Herbst 2004	-3,6 <sup>1</sup>	-3,3	-2,9	nicht zutreffend
	<i>KP Mai 2004</i>	-4,1	-3,4	-2,4	-1,7
Öffentlicher Brutto- schuldenstand (in % des BIP)	<b>KP Dezember 2004</b>	<b>38,6</b>	<b>38,3</b>	<b>39,2</b>	<b>40,0</b>
	KOM Herbst 2004	37,8 <sup>1</sup>	39,4	40,6	nicht zutreffend
	<i>KP Mai 2004</i>	38,4	39,7	41,0	41,7
1 In der Kommissionsprognose für 2004 war die zugewiesene staatliche Garantie von 0,8 % des BIP nicht berücksichtigt.					
<i>Quellen:</i> Konvergenzprogramm (KP); Wirtschaftsprognosen der Kommissionsdienststellen (KOM)					

Anlage 14



**COUNCIL OF  
THE EUROPEAN UNION**

**Brussels, 8 March 2005**

**7131/05**

**UEM 85**

**NOTE**

---

from : General Secretariat of the Council  
to : Delegations  
Subject: Council Opinion on the updated Convergence Programme of Hungary

---

Delegations will find attached the Council's Opinion on the updated convergence programme of Hungary, as adopted by the ECOFIN Council on 8 March 2005.

---

Attachment

noch Anlage 14

ANNEX

**COUNCIL OPINION**  
**of 8 March 2005**  
**on the updated convergence programme of Hungary, 2004-2008**

THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION,

Having regard to the Treaty establishing the European Community,

Having regard to Council Regulation (EC) No 1466/97 of 7 July 1997 on the strengthening of the surveillance of budgetary positions and the surveillance and coordination of economic policies<sup>1</sup>, and in particular Article 9(3) thereof,

Having regard to the recommendation of the Commission,

After consulting the Economic and Financial Committee,

HAS DELIVERED THIS OPINION:

- (1) On 8 March 2005 the Council examined the updated convergence programme of Hungary, which covers the period 2004 to 2008. The programme complies with the data requirements of the “code of conduct on the content and format of stability and convergence programmes”. While it contains all the compulsory data<sup>2</sup>, one optional figure (long-term health care expenditure) is missing.
- (2) The macro-economic scenario underlying the update envisages real GDP growth to gradually increase from 3.9% in 2004 to 4.6% until the end of the programme period. On the basis of currently available information, this scenario seems to reflect somewhat favourable growth assumptions. The update’s projections for inflation appear broadly realistic.

---

<sup>1</sup> OJ L209, 2.8.1997, p. 1.

<sup>2</sup> The primary balance is not calculated according to the conventional definition.

noch Anlage 14

- (3) On 5 July 2004, the Council decided that an excessive deficit existed in Hungary and recommended that this be corrected by 2008. The update foresees the following deficit path: 4.4% of GDP in 2004, 3.6% in 2005, 2.9% in 2006, 2.2% in 2007 and 1.6% of GDP in 2008. These figures are consistent with the decision by Eurostat of 23 September 2004, which allows a temporary reclassification until the March 2007 fiscal notification of second pillar pension funds inside the general government. The Hungarian authorities decided to avail themselves of this possibility and presented the general government deficit figures excluding the second pillar burden created by the 1998 pension reform<sup>1</sup>. The update keeps the target date for the correction of the excessive deficit. After the estimated consolidation of 0.9 percentage point of GDP in 2004, the update projects an annual adjustment of some 0.6-0.7 percentage point for the remaining years. The update bases its consolidation strategy on a reduction of the expenditure ratio, underpinned by structural reforms, coupled with a more moderate decline in the revenue ratio. The most pronounced expenditure reduction would be carried out in 2005, mainly based on a 0.5 percentage point decline in the interest burden and a 1.7 percentage point reduction of public investment expenditure. The drop in public investment expenditure would be compensated by an increased recourse to PPP projects. The foreseen timeframe and quantification of the outer years' expenditure-reducing measures are not presented in a sufficiently detailed fashion. The adjustment path of the primary deficit would be similar to the general government deficit reduction path. The primary deficit would turn into a slight surplus in 2008 (including the burden of the pension reform).

---

<sup>1</sup> Including the pension reform burden, the general government deficit path would be 5.3%, 4.7%, 4.1%, 3.4% and 2.8% of GDP between 2004 and 2008

noch Anlage 14

- (4) The adjustment path described in the programme and in particular the deficit target for 2005 followed by a further adjustment of 2 percentage points of GDP can be considered appropriate to correct the excessive deficit by 2008 provided that it is backed by sufficient measures. However, the final target of 2.8% of GDP (including the burden of the pension reform) only leaves a small safety margin, which might be reduced further because of a change in the starting position as there are still some uncertainties linked to the outcome of the 2004 budget<sup>1</sup>. The budgetary projections in the programme appear to be on the upside:
- (i) As suggested by the Commission services Autumn 2004 forecast, the deficit targets for 2005 and 2006 seem to be subject to upward risks. For 2005, this takes into account that the Government has established an “emergency” reserve package of 0.5% of GDP against a possible overshooting of the 2005 target. While the existence of this reserve is welcome, the amount allocated to it seems insufficient, in view of the risks surrounding the Budget 2005. Furthermore, there are concerns that freeing of these reserves could occur too early in the year, thereby reducing the incentives for a rigorous implementation of the 2005 budget. Missing the 2005 and 2006 targets would put increased pressure on the adjustment in the years 2007 and 2008. (ii) Expenditure cuts are subject to risks since the reform measures included in the 2005 budget are not embedded in a comprehensive reform strategy. (iii) There are also concerns about the attainment of the expenditure and revenue targets, since the objectives set in previous years were missed by a large margin. Moreover, any possible cut in VAT rates in the framework of the ongoing tax reforms could increase the risk to revenues even if the intention was to compensate it by an increase in other rates; its timing would therefore require careful consideration and it would need to be made conditional upon the full achievement of deficit targets. (iv) There could also be a risk from the fact that VAT refunds related to economic activities in 2004 have been delayed, but the authorities have committed to accelerate these refunds so that they will not burden the 2005 budget. On the other hand, this strengthened control on VAT refunds initiated end-2004 might also contribute to a reduction of the expected shortfall of VAT revenues, which constitutes a downward risk.

---

<sup>1</sup> There are accounting uncertainties related to agricultural subsidy payments which could reduce the difference between the cash based and the accrual based deficit, thereby increasing the accrual based deficit in 2004. If the refunds of VAT are accelerated, as was indicated by the Hungarian authorities, they might increase the deficit of 2004 by almost 0.7 percentage points.

## noch Anlage 14

- (5) In view of this assessment, there is a risk that the budgetary outcomes could be worse than projected in the update. Therefore, although the adjustment path contained in the programme and in particular the deficit target for 2005 followed by a further adjustment of 2 percentage points of GDP can be considered appropriate to correct the excessive deficit by 2008, the fiscal stance in the programme does not appear to be sufficient to implement this path and therefore may not ensure that the deficit is reduced to below 3% of GDP by 2008. In order to make the adjustment path credible additional measures would be needed. In particular, it is paramount to meet the new 2005 target. In view of the above assessment, additional measures of at least ½ a percentage point of GDP would be appropriate.
- (6) The debt ratio is estimated to be 56.7% of GDP in 2004 (it would reach 59.9% of GDP including the burden of the pension reform, just below the 60% of GDP Treaty reference value). The programme projects the debt ratio to decline by about 7 percentage points over the programme period. Risks to the debt ratio correspond to those for the deficit projections.
- (7) With regard to the long-term sustainability of the public finances, Hungary appears to be at some risk on grounds of the projected budgetary costs of an ageing population. Risks are in part related to the uncertainty regarding the long-term budgetary trends due to the lack of information on health-care expenditure projections. The strategy outlined in the programme is mainly based on the budgetary consolidation in the next few years and additional reform measures to be implemented in the future. The reformed pension system, including the introduction of the funded second pillar, contributes consistently to reducing the budgetary impact of ageing and to reducing risks of unsustainable public finances. However, it is important to pursue other reforms, particularly in the field of the health-care as well as to resolutely implement the planned budgetary consolidation in the medium-term.

noch Anlage 14

- (8) The economic policies outlined in the programme are partly consistent with the country-specific broad economic policy guidelines in the area of public finances. The general government deficit was to be reduced “in a credible and sustainable way within a multi-annual framework in line with the decisions to be taken by the Council in the context of the budgetary surveillance exercise”. Although Hungary did implement a fiscal adjustment in 2004, it has not complied with the 104(7) recommendations of the Council of 5 July 2004 under the excessive deficit procedure, as decided by the Council on 18 January 2005 based on Article 104(8) of the Treaty.

\* \* \*

In view of the above assessment and in the light of the recommendations made by the Council under Article 104(7) on 8 March 2005, the Council is of the opinion that Hungary should:

- (i) take action in a medium-term framework in order to bring the deficit including the burden of the pension reform below 3% of GDP by 2008 in a credible and sustainable manner, in particular through additional measures to achieve the deficit target for 2005 and a subsequent adjustment of 2 percentage points of GDP to correct the excessive deficit by 2008 and by seizing every opportunity to accelerate the fiscal adjustment;
- (ii) make the timing and implementation of any tax cuts conditional upon the achievement of the deficit targets of the convergence programme update submitted in December 2004;
- (iii) progress with the envisaged reforms of the public administration, health and education systems as committed also with a view to improving the long-term sustainability of the public finances.

noch Anlage 14

## Comparison of key macroeconomic and budgetary projections

		2004	2005	2006	2007	2008
Real GDP (% change)	<b>CP Dec. 2004</b>	<b>3.9</b>	<b>4.0</b>	<b>4.2</b>	<b>4.3</b>	<b>4.6</b>
	COM	3.9	3.7	3.8	n.a.	n.a.
	<i>CP May 2004</i>	<i>3.3-3.5</i>	<i>3.5-4.0</i>	<i>cca.4</i>	<i>4-4.5</i>	<i>4.5-5.0</i>
HICP inflation (%)	<b>CP Dec. 2004</b>	<b>6.8</b>	<b>4.5</b>	<b>4.0</b>	<b>3.5</b>	<b>3.0</b>
	COM	6.9	4.6	4.2	n.a.	n.a.
	<i>CP May 2004</i>	<i>cca.6.5</i>	<i>cca.4.5</i>	<i>cca.4</i>	<i>cca.3.5</i>	<i>cca.3</i>
General government balance (% of GDP)	<b>CP Dec. 2004<sup>1</sup></b>	<b>-4.4</b>	<b>-3.6</b>	<b>-2.9</b>	-2.2	-1.6
	<i>With pension reform<sup>2</sup></i>	<i>-5.3</i>	<i>-4.7</i>	<i>-4.1</i>	<b>-3.4</b>	<b>-2.8</b>
	COM <sup>3</sup>	-5.5	-5.2	-4.7	n.a.	n.a.
	<i>CP May 2004<sup>4</sup></i>	<i>-4.6</i>	<i>-4.1</i>	<i>-3.6</i>	<i>-3.1</i>	<i>-2.7</i>
Primary balance (% of GDP)	<b>CP Dec. 2004<sup>1</sup></b>	<b>0.4</b>	<b>0.0</b>	<b>0.2</b>	0.6	1.0
	<i>With pension reform<sup>2</sup></i>	<i>-1.1</i>	<i>-0.9</i>	<i>-0.7</i>	<b>-0.3</b>	<b>0.1</b>
	COM <sup>3</sup>	-1.1	-1.2	-1.1	n.a.	n.a.
	<i>CP May 2004<sup>4</sup></i>	<i>-0.5</i>	<i>-0.2</i>	<i>0.1</i>	<i>0.3</i>	<i>0.4</i>
Government gross debt (% of GDP)	<b>CP Dec. 2004<sup>1</sup></b>	<b>56.7</b>	<b>55.5</b>	<b>53.0</b>	50.6	48.3
	<i>With pension reform<sup>2</sup></i>	<i>59.9</i>	<i>58.6</i>	<i>56.8</i>	<b>54.9</b>	<b>53.2</b>
	COM <sup>3</sup>	59.7	59.5	58.9	n.a.	n.a.
	<i>CP May 2004<sup>4</sup></i>	<i>59.4</i>	<i>57.9</i>	<i>56.8</i>	<i>55.6</i>	<i>53.7</i>
<b>Note:</b>						
<sup>1</sup> The Hungarian authorities decided to use the transitional period granted by Eurostat to classify the second pillar pension funds inside the government sector. Compared to the May 2004 programme, this lowers the yearly figures for the government deficit by 0.9-1.2 percentage point between 2004 and 2008. The transitional period ends with the March 2007 notification.						
<sup>2</sup> These figures are not adjusted, i.e. they include the burden of the pension reform. They are presented for the sake of comparison with the previous programme and with the Commission services autumn 2004 forecast, and given that the 2007 and 2008 target will not benefit from this re-classification of the second pillar pension funds.						
<sup>3</sup> These Commission forecasts are non-adjusted figures, i.e. including the burden of the pension reform.						
<sup>4</sup> These figures included in the May 2004 Convergence programme of Hungary include the pension reform burden.						
<b>Sources:</b>						
<i>Convergence programme (CP); Commission services autumn 2004 economic forecasts (COM); Commission services calculations.</i>						



Anlage 15



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 18. Januar 2005 (19.01)  
(OR. en)**

**5499/05**

**UEM 21**

**VERMERK**

---

des	Generalsekretariats des Rates
für	die Delegationen
<u>Betr.:</u>	<u>Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Schwedens</u>

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Schwedens in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 18. Dezember 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 15

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 18. Januar 2005**  
**zum aktualisierten Konvergenzprogramm Schwedens für 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 18. Januar 2005 prüfte der Rat das aktualisierte Konvergenzprogramm Schwedens für den Zeitraum 2004 bis 2007. Das Programm erfüllt die Datenanforderungen des geänderten „Verhaltenskodexes betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“ zum großen Teil. Es entsprechen aber insbesondere einige Daten nicht ganz dem ESVG-95-Standard. Schweden wird daher aufgefordert, die vollständige Übereinstimmung mit den Datenanforderungen herzustellen.

Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht ein reales BIP-Wachstum vor, das sich von kräftigen 3,5 % im Jahr 2004 auf 3,0 % 2005 und durchschnittlich 2,4 % im Zeitraum 2006/07 abschwächt. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint dieses Szenario plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln. Die Inflationsprojektionen des Programms erscheinen realistisch.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

noch Anlage 15

Der haushaltspolitische Rahmen wird durch ein Überschussziel für den Gesamtstaat von 2 % des BIP im Durchschnitt des Konjunkturzyklus, mehrjährige nominale Ausgabenplafonds für den Zentralstaat und die Vorgabe eines ausgeglichenen Haushalts für die Gemeinden abgesteckt. Die Programmfortschreibung sieht gesamtstaatliche Überschüsse von 0,7 % im Jahr 2004, 0,6 % 2005, 0,4 % 2006 und 0,9 % im letzten Programmjahr 2007 vor. Sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmenquote gehen im Programmzeitraum allmählich zurück. Der nach der gemeinsamen Methodik um den geschätzten Konjunktoreffekt bereinigte Haushalt weist im gesamten Programmzeitraum einen Überschuss auf, trotz umfangreicher diskretionärer Impulse im Jahr 2005, mit denen die Regierung auf den schwachen Arbeitsmarkt reagieren will. Dadurch wird der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss im Projektionszeitraum 2 % nicht erreichen. Während die Rentenversicherung und der Teilsektor Gemeinden Überschüsse aufweisen dürften, wächst das Defizit des Zentralstaats 2005 und 2006 an. Im Vergleich zur vorhergehenden Aktualisierung sind nach der vorliegenden Aktualisierung die haushaltspolitischen Ziele im Durchschnitt ungünstiger, während sich die makroökonomische Entwicklung besser darstellt als zunächst vorausgesehen.

Die Risiken für die im Programm enthaltenen Haushaltsprojektionen scheinen sich insgesamt die Waage zu halten. Einerseits erscheinen die Haushaltsprojektionen plausibel, und Schweden hat bislang sehr gute Ergebnisse bei der Einhaltung von Ausgabenplafonds vorzuweisen. Außerdem scheint sich die Finanzlage der Gemeinden zu verbessern. Andererseits hat sich das Steueraufkommen in den letzten Jahren als recht unstet erwiesen, weswegen es wichtig sein wird, weiterhin vorsichtig bemessene Ausgabenplafonds einzuhalten.

In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung scheint der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs ausreichend, um im Zeitraum 2004 bis 2007 im Einklang mit dem im Stabilitäts- und Wachstumspakt niedergelegten mittelfristigen Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts oder Haushaltsüberschusses Überschüsse zu erhalten. Außerdem schafft er eine ausreichende Sicherheitsmarge, damit die Defizitmarke von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen im gesamten Programmzeitraum nicht überschritten wird.

Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 51,7 % des BIP und damit deutlich unter dem im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Dem Programm zufolge soll die Schuldenquote bis 2007 auf 49,0 % des BIP sinken.

In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen erscheint Schweden trotz der hohen projizierten Kosten einer alternden Bevölkerung in einer relativ günstigen Lage. Auf längere Sicht kann es aber zu einer Gefährdung der langfristigen Tragfähigkeit kommen.

noch Anlage 15

Diese Einschätzung ergibt sich aus dem projizierten Anstieg der Altersabhängigenquote und den bestehenden Trends bei den Gesundheitsausgaben, der Erwerbsbeteiligung und der Beschäftigung. Ohne weitere Reformen, die diese Trends ändern würden, wird das Anstreben eines dem Ziel der Regierung entsprechenden Haushaltsüberschusses von 2 % des BIP in den kommenden 10 Jahren zu einem zentralen Faktor bei der Herstellung der längerfristigen Tragfähigkeit.

**Tabelle: Gegenüberstellung zentraler makroökonomischer und budgetärer Projektionen**

		2004	2005	2006	2007
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>KP Nov. 2004</b>	<b>3,5</b>	<b>3,0</b>	<b>2,5</b>	<b>2,3</b>
	KOM Herbst 2004	3,7	3,1	2,9	n.v.
	<i>KP Nov. 2003</i>	2,0	2,6	2,5	n.v.
HVPI-Inflation (%)	<b>KP Nov. 2004</b> <sup>2</sup>	<b>1,3</b>	<b>1,5</b>	n.v.	n.v.
	KOM Herbst 2004	1,1	1,5	1,9	n.v.
	<i>KP Nov. 2003</i> <sup>2</sup>	1,7	n.v.	n.v.	n.v.
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	<b>KP Nov. 2004</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,4</b>	<b>0,9</b>
	KOM Herbst 2004	0,6	0,6	0,8	n.v.
	<i>KP Nov. 2003</i> <sup>3</sup>	0,6	1,4	1,9	n.v.
Primärsaldo (% des BIP)	<b>KP Nov. 2004</b> <sup>1</sup>	<b>2,8</b>	<b>2,8</b>	<b>2,7</b>	<b>3,3</b>
	KOM Herbst 2004	2,7	2,8	3,0	n.v.
	<i>KP Nov. 2003</i>	0,9	1,7	2,1	n.v.
Konjunkturbereinigter Saldo (% des BIP)	<b>KP Nov. 2004</b> <sup>4</sup>	<b>0,8</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>1,2</b>
	KOM Herbst 2004	<b>0,7</b>	<b>0,4</b>	<b>0,6</b>	n.v.
	<i>KP Nov. 2003</i> <sup>4</sup>	<b>1,3</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	n.v.
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	<b>KP Nov. 2004</b>	<b>51,7</b>	<b>50,5</b>	<b>50,0</b>	<b>49,0</b>
	KOM Herbst 2004	51,6	50,6	49,7	n.v.
	<i>KP Nov. 2003</i>	51,5	50,0	48,3	n.v.
<b>Anmerkungen:</b>					
<sup>1</sup> In der Programmaktualisierung geben die schwedischen Behörden die Primärsalden ohne Nettozinsen und nicht wie üblich ohne Bruttozinsen an. In der Tabelle werden die Primärsalden jedoch unter Verwendung der im Programm enthaltenen Daten ohne Bruttozinsen angegeben.					
<sup>2</sup> Veränderung in % von Dezember bis Dezember.					
<sup>3</sup> Zugunsten der Vergleichbarkeit wird als Nettokreditvergabe für die Programmaktualisierungen 2002 und 2003 der dort genannte Wert unter vollständig periodengerechter Zurechnung von Steuern angegeben (auch wenn diese veränderte Buchungsregel erst 2004 offiziell eingeführt wurde).					
<sup>4</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen.					
<b>Quellen:</b>					
Aktualisierte schwedische Konvergenzprogramme vom November 2003 und November 2004 (KP);					
Wirtschaftsprognose der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.					

## Anlage 16



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Februar 2005 (21.02)**

**6502/05**

**UEM 61**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

---

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm der Slowakei

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm der Slowakei in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 17. Februar 2005 angenommenen Fassung.

---

Anlage

noch Anlage 16

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**vom 17. Februar 2005**

**zum aktualisierten Konvergenzprogramm der Slowakei für 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 17. Februar 2005 das aktualisierte Konvergenzprogramm der Slowakei für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht den Datenanforderungen des "Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme".
- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht ein reales BIP-Wachstum von durchschnittlich 5 % vor – mit einer Abschwächung auf 4 ½ % im Jahr 2005 (aufgrund eines sinkenden Außenbeitrags) und einer Beschleunigung auf nahezu 5 ½ % im Jahr 2007 (wenn sich der Außenbeitrag wieder erholen soll). Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint dieses Szenario plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln. Die Inflationsprojektionen des Programms erscheinen eher niedrig und sind nur plausibel, wenn Zweit-rundeneffekte der hohen Headline-Inflation von 2004 strikt eingedämmt werden.

---

1 ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

- (3) Der Rat hat am 5. Juli 2004 entschieden, dass in der Slowakei ein übermäßiges Defizit besteht, und hat empfohlen dieses Defizit bis 2007 zu korrigieren. Der Programmaktualisierung zufolge soll das Defizit im Einklang mit der Empfehlung des Rates nach Artikel 104 Absatz 7 im Jahr 2007 auf den Referenzwert von 3 % des BIP gesenkt werden (mit Ausnahme der Beiträge zum kapitalgedeckten Rentensystem, die für 2005 auf 0,4 % des BIP, für 2006 auf 1,0 % und für 2007 auf 1,1 % geschätzt werden). Die Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits und des gesamtstaatlichen Primärdefizits soll schwerpunktmäßig in den späteren Programmjahren erfolgen: Beide Defizite sollen bis 2006 mit rund 3,8 % bzw. 1,5 % des BIP praktisch unverändert bleiben, während ihre geplante Anpassung um insgesamt 0,8 Prozentpunkte auf 2007 verschoben wird. Auch ohne den Effekt der Einführung einer kapitalgedeckten Rentenversicherungssäule im Jahr 2005 findet der Defizitabbau überwiegend in den letzten beiden Jahren statt. Im Vergleich zum Konvergenzprogramm vom Mai 2004, wonach die Anpassung allein über die Ausgaben erreicht werden sollte, sieht die Aktualisierung eine Defizitkorrektur durch Ausgabenkürzungen und Einnahmenerhöhungen vor. Trotz eines günstigeren makroökonomischen Szenarios wird der im Vorgängerprogramm abgesteckte Anpassungspfad in der Programmaktualisierung weitgehend bestätigt und mutet somit weniger ehrgeizig an. Ungeachtet der beträchtlichen früheren Konsolidierungserfolge und der Auswirkungen der Rentenreform würde eine Beschleunigung des Defizitabbaus (insbesondere 2005) die Umsetzung der Euro-Einführungsstrategie der Slowakei erleichtern, die finanzpolitische Glaubwürdigkeit im Kontext des WKM2 erhöhen, die Antizyklus verstärken und könnte dazu beitragen, den Aufwertungsdruck einzudämmen. Dadurch würde auch der Weg für eine in etwa ausgeglichene strukturelle Haushaltsposition bzw. einen strukturellen Haushaltsüberschuss geebnet und eine ausreichende Sicherheitsmarge geschaffen, damit der im EG-Vertrag vorgesehene Referenzwert von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen nicht überschritten wird.

noch Anlage 16

- (4) Die Risiken für die im Programm enthaltenen Haushaltsprojektionen scheinen sich im Programmzeitraum insgesamt in etwa die Waage zu halten. Bei den derzeitigen makroökonomischen Annahmen scheint auf der Einnahmenseite im gesamten Programmzeitraum ein Aufwärtsrisiko zu bestehen. Die Unsicherheiten hinsichtlich der Auswirkungen der Rentenreform halten sich die Waage. Die Inanspruchnahme von EU-Geldern (und Kofinanzierungen) dürfte 2004 bis 2006 geringer ausfallen als geplant, da sich die Aufnahmekapazität erst noch entwickeln muss. Allerdings könnte sie 2007 über dem angesetzten Betrag liegen, wenn zurückgestellte Ausgaben schnell genug nachgeholt werden. Und schließlich bestehen aufgrund der 2006 anstehenden Parlamentswahlen Unsicherheiten, insbesondere im Hinblick auf den Umfang weiterer Ausgabenkürzungen im Jahr 2007. Dieser könnte hinter dem aktuellen Ziel zurückbleiben oder es auch übertreffen. In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung scheint der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs ausreichend, um das Defizit bis zum letzten Programmjahr 2007 auf 3 % des BIP zu senken, lässt aber keinerlei Sicherheitsmarge.
- (5) Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 43,0 % des BIP und damit deutlich unter dem im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Dem Programm zufolge soll die Schuldenquote im Programmzeitraum um 2 ½ Prozentpunkte steigen.
- (6) In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen erscheint die Lage in der Slowakei aufgrund der beschlossenen Strukturreformen, insbesondere im Bereich der Renten- und im Gesundheitswesen, recht günstig. Allerdings ist die vollständige Durchführung dieser Maßnahmen zusätzlich zur Einhaltung des geplanten budgetären Konsolidierungspfads im Programmzeitraum und danach bis zum Jahr 2010 unabdingbar.
- (7) Die in der Programmaktualisierung dargestellte Wirtschaftspolitik steht weitgehend im Einklang mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen für den Bereich öffentliche Finanzen. Insbesondere ist die Slowakei auf dem richtigen Weg, um das übermäßige Defizit innerhalb der vom Rat gesetzten Frist zu korrigieren.

\* \* \*



noch Anlage 16

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung und angesichts der Empfehlungen des Rates nach Artikel 104 Absatz 7 ist der Rat der Auffassung, dass die Slowakei

- i) insbesondere im Jahr 2005 jede Gelegenheit zur Beschleunigung des Defizitabbaus, auch durch Verwendung von Mehreinnahmen und Einsparungen auf der Ausgabenseite, nutzen sollte;
- ii) die mittelfristigen Ausgabenplafonds verbindlicher machen sollte;
- iii) aufmerksam darüber wachen sollte, dass Zweitrundeneffekte der hohen Inflation im Jahr 2004 nicht den im Programm vorgesehenen Inflationskonvergenzpfad beeinträchtigen.

**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>KP Nov. 2004</b>	<b>5.0</b>	<b>4.5</b>	<b>5.1</b>	<b>5.4</b>
	KOM Okt.2004	4.9	4.5	5.2	n.a.
	KP Mai 2004	4.1	4.3	5.0	4.7
HVPI Inflation (in %)	<b>KP Nov. 2004</b>	<b>7.8</b>	<b>3.3</b>	<b>2.8</b>	<b>2.5</b>
	KOM Okt.2004	7.7	3.9	3.0	n.a.
	KP Mai 2004	8.1	4.0	2.9	2.5
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (in % des BIP) <sup>1</sup>	<b>KP Nov. 2004</b>	<b>-3.8</b>	<b>-3.8</b>	<b>-3.9</b>	<b>-3.0</b>
	KOM Okt.2004	-3.9	-4.0	-4.1	n.a.
	KP Mai 2004	-4.0	-3.9	-3.9	-3.0
Primärsaldo (in % des BIP) <sup>1</sup>	<b>KP Nov. 2004</b>	<b>-1.5</b>	<b>-1.4</b>	<b>-1.6</b>	<b>-0.7</b>
	KOM Okt.2004	-1.6	-1.6	-1.8	n.a.
	KP Mai 2004	-1.4	-1.1	-1.2	-0.4
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (in % des BIP)	<b>KP Nov. 2004</b>	<b>43.0</b>	<b>44.2</b>	<b>45.3</b>	<b>45.5</b>
	KOM Okt.2004	44.2	45.2	45.9	n.a.
	KP Mai 2004	45.1	46.4	46.1	45.5
<sup>1</sup> Gesamtstaatlicher Saldo und Primärsaldo einschließlich des einnahmenmindernden und somit <i>ceteris paribus</i> defiziterhöhenden Effekts der Einführung einer kapitalgedeckten Rentenversicherungssäule im Jahr 2005 (schätzungsweise 0,4 % des BIP 2005, 1,0 % des BIP 2006 und 1,1 % des BIP 2007). <u>Quellen:</u> <i>Konvergenzprogramm (KP); Wirtschaftsprognose Herbst 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM).</i>					

Anlage 17



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Februar 2005 (21.02)  
(OR. en)**

**6494/05**

**UEM 53**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen  
Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Dänemarks

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Dänemarks in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 17. Februar 2005 angenommenen Fassung.

---

Anlage

noch Anlage 17

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 17. Februar 2005**  
**zum aktualisierten Konvergenzprogramm Dänemarks für 2004-2010**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 17. Februar 2005 das aktualisierte Konvergenzprogramm Dänemarks für den Zeitraum 2004 bis 2010 geprüft. Das Programm entspricht in vollem Umfang den Datenanforderungen des "Verhaltenskodexes für Form und Inhalt der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme".
- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht ein reales BIP-Wachstum vor, das sich von 2,2 % im Jahr 2004 auf 2,5 % im Jahr 2005 erhöht und im Zeitraum 2006-2010 durchschnittlich 1,7% beträgt. Nach den vorliegenden Informationen spiegelt dieses Szenario relativ vorsichtige Wachstumsannahmen wider. Die Inflationsprojektionen des Programms erscheinen realistisch.

---

1 ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

noch Anlage 17

- (3) Zu den mittelfristigen haushaltspolitischen Zielvorgaben zählen die Erreichung eines durchschnittlichen gesamtstaatlichen Überschusses zwischen 1½ und 2½ % des BIP bis 2010 und die Begrenzung des jährlichen Realanstiegs des Staatsverbrauchs auf 0,5 % ab 2005; die Ausgabenkontrolle wird durch den so genannten Steuerstopp verstärkt. Es wird erwartet, dass sowohl der Teilssektor Zentralstaat als auch die Pensionskassen im Programmzeitraum stabile Überschüsse verzeichnen. Städte und Gemeinden werden ihre Haushalte den Projektionen zufolge ausgleichen und damit ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen. Für die Jahre 2004, 2005 und 2006 werden im aktualisierten Programm Überschüsse von 1,2 %, 2,0 % bzw. 1,6 % des BIP prognostiziert. Bis 2010 soll ein Überschuss von 2,0 % des BIP erreicht werden. Bei der Ausgaben- wie der Einnahmenquote ist im Programmzeitraum ein allmählicher Abwärtstrend zu verzeichnen. Der nach der gemeinsamen Methodik um den geschätzten Konjunktureffekt bereinigte Haushalt weist im gesamten Programmzeitraum einen Überschuss auf. Der für den gesamtstaatlichen Haushalt projizierte Überschuss unterscheidet sich nur unwesentlich von der Programmfortschreibung 2003. Unterschiede für die nahe Zukunft sind auf korrigierte BIP-Wachstumsannahmen und auf die Auswirkungen neuerer politischer Maßnahmen zurückzuführen, wie das Steuerpaket vom März 2004, das den Auftakt zur 2003 verabschiedeten Steuerreform darstellte. Für die Zeit nach 2007 wird aufgrund korrigierter demografischer Annahmen, aus denen sich eine Verringerung des langfristigen Finanzbedarfs ableiten lässt, von leicht geringeren Überschüssen ausgegangen als in der letzten Programmfortschreibung. Alles in allem wird die Haushaltsstrategie der vorangegangenen Programmfortschreibung bei ähnlichem makroökonomischen Szenario durch die vorliegende Aktualisierung weitgehend bestätigt.
- (4) Die mit den Haushaltsprojektionen verbundenen Risiken sind relativ ausgewogen, wenngleich die Wahrscheinlichkeit, dass das Ergebnis die Prognosen der ersten Programmjahre übertrifft, etwas größer ist. Dänemark hat über eine Reihe von Jahren gesamtstaatliche Haushaltsüberschüsse gemeldet. Daran änderte sich auch im Jahr 2003 nichts, als der Überschuss trotz eines BIP-Wachstums von nur 0,5 % ein Prozent des BIP betrug. Da Dänemark ein kleiner Nettoölexporteur ist, könnten darüber hinaus auch die Ölpreise, die höher sind als im aktualisierten Programm angenommen, die öffentlichen Finanzen verbessern. Die Zusammensetzung des BIP-Wachstums in den kommenden Jahren, das sich zum großen Teil auf die Inlandsnachfrage stützt, dürfte auch für anhaltende Einnahmen sorgen und so eine günstige Entwicklung der öffentlichen Finanzen fördern. Mittelfristig könnten die Projektionen u.a. dadurch gefährdet werden, dass die öffentlichen Ausgaben - insbesondere auf kommunaler Ebene - nicht auf das projizierte Wachstum begrenzt oder die mittelfristigen Beschäftigungsziele verfehlt werden.

noch Anlage 17

- (5) In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung ist der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs ausreichend, um entsprechend den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts im gesamten Programmzeitraum einen mittelfristig „nahezu ausgeglichenen Haushalt oder einen Haushaltsüberschuss“ zu gewährleisten. Darüber hinaus bietet er eine ausreichende Sicherheitsmarge, die garantiert, dass die Defizitmarke von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen nicht überschritten wird.
- (6) Die Bruttoschuldenquote betrug 2003 44,7 % des BIP und soll laut aktualisiertem Programm im Jahr 2010 auf 28¾ % des BIP zurückgehen. Hauptursache dafür sind positive Primärsalden und die Auswirkungen des nominalen BIP-Wachstums.
- (7) In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen scheint Dänemark trotz der hohen projizierten Kosten einer alternden Bevölkerung in einer günstigen Lage. Die im Programm skizzierte Haushaltsstrategie, die in erster Linie auf einer weiteren Schuldenkonsolidierung durch anhaltende Haushaltsüberschüsse beruht, dürfte im Laufe der Zeit zu einer auf Dauer tragfähigen Haushaltslage führen. Die Erreichung des mit der Strategie ebenfalls verfolgten Ziels, zu einer anhaltend straffen Ausgabenkontrolle und einer erheblichen Erhöhung der Beschäftigung zu gelangen, könnte sich allerdings als schwierig erweisen.
- (8) Alles in allem steht die im aktualisierten Programm dargestellte Wirtschaftspolitik weitgehend im Einklang mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen für den Bereich öffentliche Finanzen.

noch Anlage 17

**Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007	2010
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>KP Nov. 2004</b>	<b>2,2</b>	<b>2,5</b>	<b>1,3</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>
	KOM Okt. 2004	2,3	2,4	2,0	n.v.	n.v.
	KP Nov. 2003	2,3	2,2	1,9	1,7	1,7
HVPI-Inflation (%)	<b>KP Nov. 2004</b>	<b>1,2</b>	<b>1,7</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>1,6</b>
	KOM Okt. 2004	1,1	1,9	1,6	n.v.	n.v.
	KP Nov. 2003	1,8	1,7	1,7	1,7	1,7
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	<b>KP Nov. 2004</b>	<b>1,2</b>	<b>2,0</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>2,0</b>
	KOM Okt. 2004 <sup>2</sup>	2,0	2,6	2,8	n.a.	n.a.
	KP Nov. 2003	1,3	1,8	1,9	2,1	2,1
Primärsaldo (% des BIP)	<b>KP Nov. 2004</b> <sup>3</sup>	<b>4,3</b>	<b>4,8</b>	<b>4,5</b>	<b>4,6</b>	<b>4,4</b>
	KOM Okt. 2004	4,4	4,9	4,9	n.v.	n.v.
	KP Nov. 2003	2,3	2,7	2,6	2,3	2,3
Konjunkturbereinigter Saldo (% des BIP)	<b>KP Nov. 2004</b> <sup>1</sup>	<b>1,7</b>	<b>2,0</b>	<b>2,0</b>	<b>2,0</b>	<b>2,3</b>
	KOM Okt. 2004	2,6	2,9	3,0	n.v.	n.v.
	KP Nov. 2003 <sup>1</sup>	1,1	1,5	1,7	1,9	2,1
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	<b>KP Nov. 2004</b>	<b>42,3</b>	<b>39,4</b>	<b>37,4</b>	<b>35,3</b>	<b>28,8</b>
	KOM Okt. 2004	41,5	37,5	34,2	n.v.	n.v.
	KP Nov. 2003	41,2	38,7	36,4	27,5	27,5
<b>Anmerkungen:</b>						
<sup>1</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen auf der Grundlage der im Programm enthaltenen Informationen.						
<sup>2</sup> In der von Dänemark im September 2004 vorgelegten Datenmeldung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit wurde bei den Angaben zum gesamtstaatlichen Saldo und zum öffentlichen Bruttoschuldenstand das ergänzende Altersvorsorgesystem ATP außerhalb des Sektors Staat eingeordnet, was den gesamtstaatlichen Überschuss um rund einen Prozentpunkt des BIP verminderte. Aus diesem Grund wurde der ATP-Überschuss auch von den Kommissionsdienststellen nicht in ihre Herbstprognose 2004 einbezogen. In der vorliegenden Bewertung wurden die Zahlen der Kommissionsdienststellen für den gesamtstaatlichen Haushaltssaldo und den öffentlichen Bruttoschuldenstand neu berechnet, um wie im aktualisierten Programm das ATP einzubeziehen. Aus diesem Grund stimmen die Zahlen der Kommissionsdienststellen für den gesamtstaatlichen Haushaltssaldo und den öffentlichen Bruttoschuldenstand nicht mit der Herbstprognose überein.						
<sup>3</sup> Im aktualisierten Programm werden die Primärsalden ohne Nettozinszahlungen, anstatt wie üblich ohne Bruttozinszahlungen angegeben; in vorstehender Tabelle sind die Primärsalden ohne Bruttozinszahlungen angegeben.						
<b>Quellen:</b>						
Aktualisierte Konvergenzprogramme vom November 2003 und November 2004 (KP); Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM, siehe Anmerkung 2); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.						



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 8. März 2005 (09.03)  
(OR. en)**

**7129/05**

**UEM 84**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

---

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Litauens

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Litauens in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 8. März 2005 angenommenen Fassung.

---

Anlage

noch Anlage 18

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 8. März 2005**  
**zum aktualisierten Konvergenzprogramm Litauens für 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses —

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 8. März 2005 das aktualisierte Konvergenzprogramm Litauens für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm erfüllt weitgehend die Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme". Einige vorgeschriebene Angaben im Zusammenhang mit außenwirtschaftlichen Annahmen liegen nicht vor; ebenso fehlen einige fakultative Angaben, was jedoch die Evaluierung des Programms nicht erschwert. Deshalb wird Litauen aufgefordert, die Datenanforderungen des Verhaltenskodexes zu erfüllen.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Webseite:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm)



- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario geht davon aus, dass das reale BIP-Wachstum von 6,5 % im Jahr 2004 auf durchschnittlich 6,2 % im restlichen Verlauf des Programmzeitraums sinkt. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint dieses Szenario plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln. Die Inflationsprognosen des Programms können ebenfalls als realistisch betrachtet werden, auch wenn die Prognosen für 2006 niedrig erscheinen.
- (3) Hauptziel der mittelfristigen haushaltspolitischen Strategie des Programms ist die Annäherung an einen konjunkturell ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt. Das Programm sieht vor, dass das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2005 bei 2,5 % des BIP verbleibt und in der Folge allmählich auf 1,5 % im Jahr 2007 zurückgeht. Das Primärdefizit dürfte sich geringfügig von 1,5 % des BIP im Jahr 2004 auf 1,4 % im Jahr 2005 verringern und in der Folge allmählich auf 0,5 % im Jahr 2007 sinken. Die Konsolidierung soll im Wesentlichen durch einen Anstieg der Einnahmenquote von einem niedrigen Ausgangswert erreicht werden; ab 2005 soll auch die Ausgabenseite ihren Beitrag leisten. Die Einnahmen dürften von 33 % des BIP im Jahr 2004 auf 34,5 % im Jahr 2007 steigen, nachdem sie im Jahr 2006 voraussichtlich einen Höhepunkt erreichen. Die Ausgaben dürften anfänglich von 35,5 % des BIP im Jahr 2004 auf 36,9 % im Jahr 2005 steigen und im Jahr 2007 allmählich auf 36 % sinken. Ein umfangreiches öffentliches Investitionsprogramm wird durchgeführt, wodurch die öffentlichen Investitionen von 3,4 % des BIP im Jahr 2004 auf 5 % im Jahr 2007 steigen; dies wird, verglichen mit dem EU-Durchschnitt von 2,4 % des BIP im Jahr 2004, zu einer durchschnittlichen öffentlichen Investitionsquote im Programmzeitraum von rund 4,6 % des BIP führen. Im Vergleich zum Programm von Mai 2004 dürfte das Defizitergebnis für 2004 niedriger als veranschlagt gewesen sein. Die Ziele für 2005-2007 werden trotz einer deutlichen Abwärtskorrektur des BIP-Wachstums beibehalten.

noch Anlage 18

- (4) Die Risiken für die im Programm enthaltenen Haushaltsprojektionen erscheinen insgesamt ausgewogen. Einerseits konnte die Regierung in den letzten Jahren gute Ergebnisse bei der Erreichung der Haushaltsziele vorweisen. Die neuen Wachstumsannahmen sind vorsichtig, und die makroökonomischen Abwärtsrisiken scheinen begrenzt. Das Hauptrisiko für die Finanzprojektionen resultiert aus der Ungewissheit im Hinblick auf die Anwendung der im Programm angekündigten Haushaltsmaßnahmen. Insbesondere dürfte das Steuereinnahmen-Ziel für 2005 schwierig zu erreichen sein, wenn keine Ausgleichsmaßnahmen für die Abschaffung der Umsatzsteuer eingeführt werden. Werden die vorgesehenen Maßnahmen zur Eindämmung von Ausgabenüberschreitungen nicht durchgeführt, könnte dies die Haushaltsziele während des Programmzeitraums gefährden. Weitere Risiken sind auf die relativ unüberschaubaren Kosten der Rentenreform, die hohen ausstehenden Eventualverbindlichkeiten, Haushaltsrückstände, ausstehende Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückgabeverpflichtungen im Hinblick auf Sparguthaben und Grundeigentum sowie Ausgaben im Zusammenhang mit der Stilllegung des Kernkraftwerks Ignalina zurückzuführen.
- (5) Im Lichte dieser Risikoeinschätzung scheint die haushaltspolitische Strategie des Programms keine ausreichende Sicherheitsmarge zu bieten, um im gesamten Programmzeitraum, insbesondere im Jahr 2005, bei normalen Konjunkturschwankungen ein Überschreiten des Defizitwerts von 3 % des BIP zu verhindern. Darüber hinaus ist die Anpassung unzureichend, um zu gewährleisten, dass das im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts erreicht wird. In Anbetracht der starken Wirtschaftsleistung und des hohen Leistungsbilanzdefizits ist – auch im Hinblick auf Schutzmaßnahmen gegen mögliche Überhitzungsrisiken – eine vorsichtige Haushaltspolitik erforderlich.
- (6) Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 20,1 % des BIP und damit deutlich unter dem im Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Im Programm wird davon ausgegangen, dass die Schuldenquote im Jahr 2007 auf demselben Niveau verharren wird, nachdem sie 2005 mit 20,9 % einen Höchstwert erreicht.

- (7) In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die maßgeblich durch die voraussichtlichen Kosten einer alternden Bevölkerung bestimmt wird, scheint Litauen sich in einer relativ günstigen Lage zu befinden. Die relativ niedrige Schuldenquote und die eingeleiteten Maßnahmen zur Rentenreform, einschließlich der Einführung der kapitalgedeckten Säulen, werden dazu beitragen, die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf den Haushalt zu begrenzen. Die im Programm dargelegte Strategie stützt sich auf ein mittelfristig eingedämmtes Haushaltsdefizit und die langfristigen Auswirkungen der Rentenreform auf den Haushalt. Gleichwohl müssen die Risiken im Zusammenhang mit den Kosten der Rentenreform im Auge behalten werden. Ferner könnten Reformmaßnahmen im Gesundheitswesen zu höheren Ausgaben führen. Allerdings hat Litauen eine relativ niedrige Abgabenquote: die sich langfristig ergebende Tragfähigkeitslücke könnte dadurch geschlossen werden, dass die Abgabenquote angehoben wird.
- (8) Insgesamt gesehen steht die in der Programmaktualisierung dargestellte Wirtschaftspolitik weitgehend im Einklang mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen für den Bereich öffentliche Finanzen. Es sind Maßnahmen vorgesehen, um etwaige Mehreinnahmen und Einsparungen bei geplanten EU-Kofinanzierungen zum Defizitabbau und zur Begrenzung von Ausgabenüberschreitungen einzusetzen. Die angekündigten Maßnahmen werden nicht auf Einsparungen bei Posten ohne Bezug zu EU-Kofinanzierungen ausgeweitet.

\* \* \*

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung sollte Litauen nach Ansicht des Rates

- i) die von der Regierung im Konvergenzprogramm angekündigten steuerlichen Maßnahmen (Immobiliensteuer, Kraftfahrzeugsteuer) zeitnah umsetzen, um weitere Fortschritte auf dem Weg zu einer nahezu ausgeglichenen Haushaltsposition zu erzielen. Dies ist notwendig, um insbesondere den gegenwärtig durch ein kräftiges Kreditwachstum angeheizten Inlandsnachfragedruck zu regeln und dadurch einer Erhöhung des Leistungsbilanzdefizits und einer Beschleunigung der Kerninflation vorzubeugen.
- ii) den Haushalt für 2005 streng umsetzen, um das Risiko eines Überschreitens des Referenzwerts von 3 % zu verringern, und
- iii) etwaige Mehr- oder Zusatzeinnahmen und ungenutzte Ausgabenposten zum Defizitabbau einsetzen.

noch Anlage 18

**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>KP Januar 2005</b>	<b>6,5</b>	<b>6,5</b>	<b>6,2</b>	<b>6,0</b>
	KOM Oktober 2004	7,1	6,4	5,9	n. v.
	<i>KP Mai 2004</i>	7,0	7,3	6,6	6,3
HVPI <sup>1</sup> -Inflation (in %)	<b>KP Januar 2005</b>	<b>1,2</b>	<b>2,9</b>	<b>2,5</b>	<b>2,9</b>
	KOM Oktober 2004	1,2	2,9	2,8	n. v.
	<i>KP Mai 2004</i>	0,9	2,0	2,1	2,5
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (in % des BIP)	<b>KP Januar 2005</b>	<b>-2,5</b>	<b>-2,5</b>	<b>-1,8</b>	<b>-1,5</b>
	KOM Oktober 2004	-2,6	-2,5	-1,9	n. v.
	<i>KP Mai 2004</i>	-2,7	-2,5	-1,8	-1,5
Primärsaldo (in % des BIP)	<b>KP Januar 2005</b>	<b>-1,5</b>	<b>-1,4</b>	<b>-0,8</b>	<b>-0,5</b>
	KOM Oktober 2004	-1,4	-1,4	-0,9	-0,5
	<i>KP Mai 2004</i>	-1,3	-1,2	-0,6	-0,4
Öffentlicher Brutto- schuldenstand (in % des BIP)	<b>KP Januar 2005</b>	<b>20,1</b>	<b>20,9</b>	<b>20,3</b>	<b>20,1</b>
	KOM Oktober 2004	21,1	21,7	21,3	n. v.
	<i>KP Mai 2004</i>	22,4	22,2	21,4	21,0
<b>NB:</b>					
<sup>1</sup> VPI-Inflation für Konvergenzprogramm-Daten					
<b>Quellen:</b>					
Konvergenzprogramm (KP); Wirtschaftsprognose der Kommissionsdienststellen (KOM)					



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 8. März 2005 (09.03)  
(OR. en)**

**7128/05**

**UEM 83**

**VERMERK**

---

des	Generalsekretariats des Rates
für	die Delegationen
<u>Betr.:</u>	<u>Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Lettlands</u>

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Lettlands in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 8. März 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 19

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES  
vom 8. März 2005  
zum aktualisierten Konvergenzprogramm Lettlands für 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 8. März 2005 das aktualisierte Konvergenzprogramm Lettlands für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm erfüllt weitgehend die Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme". Die Einstufung der Angaben zur Zusammensetzung der gesamtstaatlichen Einnahmen und Ausgaben gemäß den ESVG-95-Standards muss jedoch noch verbessert werden. Deshalb wird Lettland aufgefordert, den Anforderungen des Verhaltenskodexes zu entsprechen.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm)

- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario geht von einem realen BIP-Wachstum von 8,1 % im Jahr 2004 aus, das auch während des restlichen Programmzeitraums mit durchschnittlich 6,6 % pro Jahr auf einem hohen Niveau verbleiben soll. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand scheint dieses Szenario plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln. Die Inflationsprognosen des Programms scheinen etwas niedrig angesetzt zu sein.
- (3) Das aktualisierte Programm zielt darauf ab, das Defizit in jedem Programmjahr unter dem Referenzwert von 3 % des BIP zu halten, wobei von einem allmählichen Rückgang des gesamtstaatlichen Haushaltsdefizits von geschätzten 1,7 % des BIP im Jahr 2004 auf 1,4 % des BIP im Jahr 2007 ausgegangen wird. 2005 sollen sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenquote aufgrund des EU-Beitritts stark ansteigen. Danach basiert die mittelfristige Anpassung der öffentlichen Finanzen auf einer Senkung sowohl der Einnahmen- als auch der Ausgabenquote. Die Primärausgabenquote soll hauptsächlich aufgrund einer niedrigeren Quote bei den Transfers und den Subventionen zurückgehen, wobei gleichzeitig ein Anstieg der Investitionsquote erwartet wird. Die Einnahmenquote soll aufgrund von Steuersenkungen insbesondere im Bereich der Einkommensteuer zurückgehen, die eine mäßige Reduzierung der Steuerlast bewirken sollen.
- (4) Die Risiken für die im Programm enthaltenen Haushaltsprojektionen erscheinen insgesamt ausgewogen. Einerseits scheinen die Annahmen hinsichtlich der Steuerintensität der Wirtschaftstätigkeit etwas pessimistisch zu sein, was bedeutet, dass die Einnahmen höher als erwartet ausfallen könnten. Andererseits hängt angesichts der Mittelbindungen auf der Grundlage von EU-Finanzmitteln die Erreichung der Defizitziele vom tatsächlichen Einfließen dieser Mittel in die staatlichen Einnahmen ab. Eine strenge Ausgabendisziplin (einschließlich der Verwaltung von Projekten, die teilweise mit EU-Mitteln finanziert werden) könnte sich aufgrund von Schwächen bei der Verwaltungskapazität als schwierig erweisen.

noch Anlage 19

- (5) In Anbetracht dieser Risikobewertung scheint der haushaltspolitische Kurs dieses Programms unzureichend zu sein, um das im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte mittelfristige Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts oder Haushaltsüberschusses innerhalb des Programmzeitraums zu erreichen. Auch könnte er sich als unzureichend erweisen, um eine ausreichende Sicherheitsmarge zu schaffen, die verhindert, dass die Defizitmarke von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen überschritten wird. Er dürfte jedoch ausreichend sein, um die Schuldenquote auf einem sehr niedrigen Niveau zu halten.
- (6) Die Schuldenquote für 2004 wird auf 14,2 % des BIP geschätzt und liegt damit deutlich unter dem im Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Der leichte Anstieg der Schuldenquote im Programmzeitraum auf 15,0 % des BIP im Jahr 2007 ist vor allem auf die nach wie vor bestehenden Defizite zurückzuführen, die überwiegend durch das nominale BIP-Wachstum kompensiert werden.
- (7) Die im Programm dargelegte Haushaltsstrategie versetzt Lettland in eine relativ günstige Lage, wenn es um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen geht, und dies trotz der projizierten Haushaltskosten einer alternden Bevölkerung. Die relativ niedrige Schuldenquote, die eingeleiteten Maßnahmen zur Reform der Altersversorgung, einschließlich der Einführung einer kapitalgedeckten Säule, und die Akkumulation von Vermögenswerten im kapitalgedeckten Altersversorgungssystem werden zur Eindämmung der Auswirkungen einer alternden Bevölkerung auf den Haushalt beitragen. Die im Programm dargelegte Strategie basiert auf einem eingegrenzten Haushaltsdefizit auf mittlere Sicht und auf den Auswirkungen der Altersversorgungsreform auf den Haushalt. Die Reformen im Bereich des Gesundheitswesens und der Langzeitpflege könnten jedoch zu höheren Ausgaben führen. Langfristig könnte die Tragfähigkeit gefährdet sein. Lettlands relativ niedrige Steuerquote dürfte jedoch zur Behebung einer gegebenenfalls entstehenden Tragfähigkeitslücke beitragen.



- (8) Die im Programm dargelegte Wirtschaftspolitik entspricht weitgehend den länderspezifischen Grundzügen der Wirtschaftspolitik im Bereich der öffentlichen Finanzen. Angesichts der Herausforderung, das beträchtliche Leistungsbilanzdefizit abzubauen, wurde Lettland empfohlen, das gesamtstaatliche Defizit auf glaubwürdige und nachhaltige Art und Weise innerhalb eines mehrjährigen Rahmens zu reduzieren. Angesichts des im Programm vorgesehenen Rückgangs des Leistungsbilanzdefizits entsprechen das gegenüber den Prognosen niedriger ausgefallene Haushaltsdefizit für 2004 und der im aktualisierten Programm vorgesehene Konsolidierungspfad den Empfehlungen der länderspezifischen Grundzüge der Wirtschaftspolitik. Allerdings hängt diese Bewertung von der günstigen Entwicklung der Außenbilanz ab und bedarf folglich weiterer Beobachtung. In der Stellungnahme des Rates zum Programm vom Mai 2004 wurde ferner darauf hingewiesen, dass die Bewertung einer angemessenen Steuerposition auch vom Nachfragedruck in der Wirtschaft abhängt, selbst wenn es schwierig ist, die Position des Landes im Konjunkturzyklus zu bestimmen. Die Bewertung hängt folglich ebenfalls davon ab, ob die makroökonomische Politik angemessen ist, um die Mäßigung der Inflation nach ihrem jüngsten Spitzenwert zu konsolidieren.

noch Anlage 19

## Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen

		2004	2005	2006	2007
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>8,1</b>	<b>6,7</b>	<b>6,5</b>	<b>6,5</b>
	KOM Okt. 2004	7,5	6,7	6,7	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>6,7</i>	<i>6,7</i>	<i>6,5</i>	<i>6,5</i>
VPI-Inflation <sup>1</sup> (%)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>6,2</b>	<b>4,3</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>
	KOM Okt. 2004	6,8	4,7	3,5	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>4,5</i>	<i>3,7</i>	<i>3,0</i>	<i>3,0</i>
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>-1,7</b>	<b>-1,6</b>	<b>-1,5</b>	<b>-1,4</b>
	KOM Okt. 2004	-2,0	-2,8	-2,9	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>-2,1</i>	<i>-2,2</i>	<i>-2,0</i>	<i>-2,0</i>
Primärsaldo (% des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>-0,9</b>	<b>-0,9</b>	<b>-0,8</b>	<b>-0,7</b>
	KOM Okt. 2004	-1,2	-2,0	-2,0	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>-1,2</i>	<i>-1,3</i>	<i>-1,2</i>	<i>-1,2</i>
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>14,2</b>	<b>14,5</b>	<b>14,8</b>	<b>15,0</b>
	KOM Okt. 2004	14,6	15,4	16,6	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>16,2</i>	<i>16,8</i>	<i>17,3</i>	<i>17,7</i>
<u>Anmerkungen:</u>					
<sup>1</sup> Das Programm enthält nur VPI-Inflationsprognosen und keine HVPI-Prognosen.					
<sup>2</sup> Berechnungen der Kommissionsdienststellen auf der Grundlage der Angaben im Programm.					
<u>Quellen:</u>					
<i>Konvergenzprogramm (KP); Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.</i>					

Anlage 20



**COUNCIL OF  
THE EUROPEAN UNION**

**Brussels, 8 March 2005**

**7132/05**

**UEM 86**

**NOTE**

---

from : General Secretariat of the Council

---

to : Delegations

---

Subject: Council Opinion on the updated Convergence Programme of Slovenia

---

Delegations will find attached the Council's opinion on the updated Convergence Programme presented by Slovenia, as adopted by the ECOFIN Council on 8 March 2005.

Attachment

noch Anlage 20

ANNEX

**COUNCIL OPINION**  
**of 8 March 2005**  
**On the updated convergence programme of Slovenia, 2004-2007**

THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION,

Having regard to the Treaty establishing the European Community,

Having regard to Council Regulation (EC) No 1466/97 of 7 July 1997 on the strengthening of the surveillance of budgetary positions and the surveillance and coordination of economic policies<sup>1</sup>, and in particular Article 9(3) thereof,

Having regard to the recommendation of the Commission,

After consulting the Economic and Financial Committee,

HAS DELIVERED THIS OPINION:

- (1) On 8 March 2005 the Council examined the updated convergence programme of Slovenia, which covers the period 2004 to 2007. The programme partly complies with the data requirements of the “code of conduct on the content and format of stability and convergence programmes”. Government accounts do not fully abide by ESA95 standards evidenced in the high share of “other” revenue and expenditure as percentage of GDP. Therefore, Slovenia is invited to achieve full compliance with the data requirements.

---

<sup>1</sup> OJ L209, 2.8.1997, p. 1. The documents referred to in this text can be found at the following website  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm)

- (2) On the basis of currently available information, the macro-economic scenario underlying the programme seems to reflect plausible growth assumptions. It envisages real GDP growth, estimated at 4.0% in 2004, to continue growing at around that level throughout the rest of the programme period. The projections for inflation appear attainable but risks remain.
- (3) The budgetary strategy underlying the programme aims at achieving sound public finances as defined by a budgetary position of close-to-balance, but not during the programme period. The programme envisages a gradual reduction of the general government deficit over the period covered, consistent with a sustained cut in the expenditure share as percentage of GDP. The revenue ratio, after falling steadily until 2006, rebounds towards the end of the programme period in view of the net positive budgetary impact of EU membership. According to the adjustment path, the deficit halves over the next four years, reaching just above 1% in 2007. Compared with the previous programme, the current update broadly confirms the planned adjustment against a slightly more favourable macroeconomic scenario.
- (4) The risks to the budgetary projections in the programme appear broadly balanced. On the one hand, a plausible macroeconomic scenario supports the deficit targets. Furthermore, it is at the government's discretion to refuse claims for further expenditure to safeguard the deficit target should it be threatened by unfavourable conditions, in the manner exercised in 2004. In addition, the yearly loss of VAT revenue at 0.3% of GDP budgeted for 2005-2007 may be overestimated, rendering the tax revenue projections overly cautious. On the other hand, the level of direct tax revenues after the adopted tax reform could be uncertain. At the same time, the outcome for 2007 is partly due to the new EU financial perspective 2007-2013, anticipating a significant rise in the net budgetary inflows from the EU budget. Moreover, there is a risk of expenditure overruns, particularly regarding pension outlays should the review of the current pension indexation formula, announced for 2006, lead to a loosening of the parameters.

noch Anlage 20

- (5) In view of this risk assessment, the budgetary stance in the programme may not provide a sufficient safety margin against breaching the 3% of GDP deficit threshold with normal macroeconomic fluctuations except for the final year of the programme. It is also insufficient to ensure that the Stability and Growth Pact's medium-term objective of a budgetary position of close-to-balance is achieved by 2007.
- (6) Gross government debt is relatively low: the debt ratio is estimated to have reached 30.2% of GDP in 2004, well below the 60% of GDP Treaty reference value, and to attain 29.7% by 2007.
- (7) Slovenia appears to be at some risk with regard to the long-term sustainability of the public finances, of which the projected budgetary cost of an ageing population is an important element. The ongoing pension reform has had a positive budgetary impact but the projected increase in pension expenditure beyond 2020 remains very high. In addition, despite the introduction of some rationalisation measures of the health-care system in 2004, a further, substantial reform of the health-care system would contribute to the improvement of the long-term sustainability of the public finances.

\* \* \*

In view of the above assessment, the Council is of the opinion that Slovenia should:

- (i) seize all opportunities to accelerate the reduction of the general government deficit;
- (ii) undertake further measures to improve the long-term sustainability of the public finances, including the reforms of the pension and health-care systems.

noch Anlage 20

**Table: Comparison of key macroeconomic and budgetary projections**

		2004	2005	2006	2007
Real GDP (% change)	<b>CP January 2005</b>	<b>4.0</b>	<b>3.8</b>	<b>3.9</b>	<b>4.0</b>
	COM October 2004	4.0	3.6	3.8	n.a.
	<i>CP May 2004</i>	3.6	3.7	3.8	3.9
HICP inflation (%)	<b>CP January 2005<sup>1</sup></b>	<b>3.6</b>	<b>3.0</b>	<b>2.7</b>	<b>2.6</b>
	COM October 2004	3.9	3.4	3.0	n.a.
	<i>CP May 2004<sup>1</sup></i>	3.3	3.0	2.7	2.6
General government balance (% of GDP)	<b>CP January 2005</b>	<b>-2.1</b>	<b>-2.1</b>	<b>-1.8</b>	<b>-1.1</b>
	COM October 2004	-2.3	-2.2	-1.9	n.a.
	<i>CP May 2004</i>	-1.9	-1.8	-1.5	-0.9
Primary balance (% of GDP)	<b>CP January 2005</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.4</b>
	COM October 2004	-0.3	-0.2	-0.1	n.a.
	<i>CP May 2004</i>	-0.3	-0.4	-0.2	0.4
Government gross debt (% of GDP)	<b>CP January 2005</b>	<b>30.2</b>	<b>30.7</b>	<b>30.9</b>	<b>29.7</b>
	COM October 2004	30.9	30.8	30.6	n.a.
	<i>CP May 2004</i>	29.1	29.5	29.4	28.4
<u>Note:</u>					
<sup>1</sup> CPI inflation for the convergence programme					
<u>Sources:</u>					
<i>Convergence programme (CP); Commission services autumn 2004 economic forecasts (COM)</i>					

## Anlage 21



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Februar 2005 (21.02)  
(OR. en)**

**6495/05**

**UEM 54**

**VERMERK**

---

des	Generalsekretariat des Rates
für die	Delegationen
<u>Betr.:</u>	<u>Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Estlands</u>

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Estlands in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 17. Februar 2005 angenommenen Fassung.

---

Anlage



noch Anlage 21

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 17. Februar 2005**  
**zum aktualisierten Konvergenzprogramm Estlands für 2004-2008**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 17. Februar 2005 das aktualisierte Konvergenzprogramm Estlands für den Zeitraum 2004 bis 2008 geprüft. Das Programm erfüllt die Datenanforderungen des „Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“.
- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht ein reales BIP-Wachstum von 5,6 % im Jahr 2004 vor, das sich während des übrigen Programmzeitraums auf durchschnittlich 6 % einpendeln dürfte. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint dieses Szenario plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln. Die Inflationsprojektionen des Programms erscheinen ebenfalls realistisch.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

noch Anlage 21

- (3) Estlands Ziel ist es, während des Programmzeitraums einen in etwa ausgeglichenen Haushalt zu erreichen bzw. einen geringen Überschuss zu erzielen. Für 2004 wird im Programm ein Überschuss von 1 % des BIP angesetzt, der um 0,3 % über dem im Programm vom Mai 2004 genannten Überschuss liegt. Wie im letzten Programm auch werden im aktualisierten Programm ab 2005 Haushaltsgleichgewichte projiziert. Die öffentlichen Investitionen im Jahr 2004 dürften um einen Prozentpunkt des BIP auf 4,4% ansteigen, um dann bis 2008 wieder auf 3,9 % zurückzugehen, womit sie dennoch weiter deutlich über dem EU-Durchschnitt (2,4% des BIP im Jahr 2004) liegen.
- (4) Die Risiken für die im Programm enthaltenen Haushaltsprojektionen erscheinen weitgehend ausgewogen. Einerseits deutet das vorsichtige makroökonomische Szenario darauf hin, dass die Einnahmen höher und die Ausgaben etwas niedriger als geplant ausfallen könnten. Tatsächlich hat Estland in den letzten Jahren erwiesenermaßen stets umsichtige Prognosen abgegeben und die finanzpolitischen Ziele stets übertroffen. Andererseits lassen sich unerwartete Einnahmeausfälle aufgrund der geplanten Steuersenkungen oder eine gegenläufige Wachstumsentwicklung aufgrund exogener Einflüsse nicht ganz ausschließen. In Anbetracht der Risikoeinschätzung scheint der haushaltspolitische Kurs des Programms ausreichend, um das im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts während des gesamten Programmzeitraums 2004-2008 erreichen zu können. Außerdem scheint bei normalen Konjunkturschwankungen eine ausreichende Sicherheitsmarge zu bestehen, damit die Defizitmarke von 3 % des BIP nicht überschritten wird.
- (5) Die Schuldenquote wird für 2004 auf 4,8 % des BIP geschätzt, d.h. deutlich unter dem im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP; damit wäre sie die Niedrigste in der EU. Während des Programmzeitraums dürfte die Schuldenquote dem Programm zufolge um weitere 1,9 Prozentpunkte sinken.
- (6) Estland scheint in einer günstigen Lage zu sein, wenn es um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen geht, obwohl die projizierten Belastungen des Staatshaushalts infolge der Überalterung der Bevölkerung hoch sind. Eine niedrige Staatsverschuldung, relativ große Finanzreserven und eine mittelfristige Haushaltspolitik, die sich im Einklang befindet mit einer nahezu ausgeglichenen oder überschüssigen Haushaltsposition, in Verbindung mit den glaubwürdigen und soliden Reformen des Renten- und Gesundheitssystems, durch die die längerfristigen Haushaltsbelastungen eingedämmt werden sollen, dürften sicherstellen, dass die öffentlichen Finanzen weiterhin eine solide Grundlage haben.

- (7) Die im aktualisierten Programm dargelegte Wirtschaftspolitik entspricht weitgehend den länderspezifischen Grundzügen der Wirtschaftspolitik im Bereich der öffentlichen Finanzen. Der Überschuss für 2004, der höher als erwartet ausfiel, trägt der Empfehlung Rechnung, prozyklische Steuerpolitiken zu vermeiden. In Anbetracht der Tatsache jedoch, dass sich das Zahlungsbilanzdefizit 2004 wahrscheinlich nicht wesentlich (wenn überhaupt) verringert hat, dürfte ein rascher Abbau des Haushaltsüberschusses aus steuerpolitischer Sicht nicht ausreichen, um das externe Ungleichgewicht zu korrigieren.

**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>KP Dez. 2004</b>	5.6	5.9	6.0	6.0	6.0
	KOM Okt. 2004	5.9	6.0	6.2	n.v.	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	5.3	5.8	5.6	5.9	5.8
HVPI-Inflation * (in %)	<b>KP Dez. 2004</b>	3.3	3.2	2.5	2.8	2.8
	KOM Okt. 2004	3.4	3.5	2.8	n.v.	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	3.1	3.0	2.8	2.8	2.8
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (in % des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0
	KOM Okt. 2004	0.5	0.2	0.1	n.v.	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	0.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Primärsaldo (in % des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	1.3	0.2	0.2	0.2	0.2
	KOM Okt. 2004	0.8	0.4	0.3	n.v.	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	1.0	0.3	0.3	0.3	0.3
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (in % des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	4.8	4.6	4.3	3.1	2.9
	KOM Okt. 2004	4.8	4.4	4.2	n.v.	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	5.4	5.1	4.7	3.4	3.2
<i>Anmerkung:</i>						
* Das Programm bezieht sich auf die nationale VPI-Definition, nicht auf den HVPI.						
Quellen: Konvergenzprogramm (KP); Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM).						

Anlage 22



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 8. März 2005 (09.03)  
(OR. en)**

**7127/05**

**UEM 82**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

---

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Zyperns

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Zyperns in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 8. März 2005 angenommenen Fassung.

---

noch Anlage 22

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 8. März 2005**  
**zum aktualisierten Konvergenzprogramm Zyperns für 2004-2008**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 8. März 2005 das aktualisierte Konvergenzprogramm Zyperns für den Zeitraum 2004 bis 2008 geprüft. Das Programm erfüllt die Datenanforderungen des geänderten "Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme".

---

1 ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm)

noch Anlage 22

- (2) Das Programm enthält vier unterschiedliche Szenarien für die makroökonomischen und Haushaltsprojektionen: ein "mittleres" Szenario, ein "oberes" Szenario, ein "unteres" Szenario und ein "Hochzinsszenario". Das so genannte "mittlere" Szenario wird als Referenzszenario für die Bewertung der Haushaltsprojektionen betrachtet, da es nach aktuellem Kenntnisstand plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln scheint. Es sieht vor, dass sich das reale BIP-Wachstum von 3,6 % im Jahr 2004 auf durchschnittlich 4,3 % im restlichen Verlauf des Programmzeitraums beschleunigt. Auch die Inflationsprojektionen des Programms erscheinen realistisch.
- (3) Der Rat hat am 5. Juli 2004 entschieden, dass in Zypern ein übermäßiges Defizit bestand, und dessen Korrektur bis 2005 empfohlen. Der Programmaktualisierung zufolge soll das öffentliche Defizit entsprechend der Empfehlung des Rates nach Artikel 104 Absatz 7 im Jahr 2005 unter den Referenzwert von 3 % des BIP gesenkt werden. Das aktualisierte Programm sieht für das Jahr 2005 dasselbe Defizitziel vor wie das Konvergenzprogramm vom Mai 2004, verschärft jedoch die Zielvorgaben für die Jahre nach 2005. Gemäß dem aktualisierten Programm soll das gesamtstaatliche Defizit von 4,8 % des BIP 2004 drastisch auf 2,9 % im Jahr 2005 gesenkt werden und anschließend langsamer auf 0,9 % im Jahr 2008 zurückgehen. Da die Zinsausgaben mit rund 3,5 % des BIP konstant bleiben sollen, entwickelt sich der Primärsaldo ähnlich wie der Gesamtsaldo und verbessert sich von –1,3 % im Jahr 2004 auf 2,5 % am Ende des Programmzeitraums. Die Programmaktualisierung sieht hierzu eine Reihe von vorwiegend strukturellen Maßnahmen vor, die die Ausgaben eindämmen und die Einnahmen steigern sollen. Ausgabenplafonds tragen 2,3 Prozentpunkte zum gesamten Defizitabbau von nahezu 4 Prozentpunkten des BIP im Zeitraum 2004-2008 bei. Der Anpassungspfad spiegelt die Entschlossenheit der Regierung wider, die Lage der öffentlichen Finanzen zwecks einer frühzeitigen Einführung des Euro zu verbessern. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass der Schwerpunkt der Finanzanpassung vorgezogen wird, wobei das gesamtstaatliche Defizit 2005 um 1,9 Prozentpunkte gesenkt werden soll.

- (4) Die Risiken für die in der Programmaktualisierung enthaltenen Haushaltsprojektionen scheinen sich insgesamt die Waage zu halten. Die wichtigsten makroökonomischen Abwärtsrisiken sind die Wirtschaftsaussichten in den USA und der EU (namentlich im Vereinigten Königreich und in Deutschland, aus denen die meisten Touristen stammen), Spannungen im Nahen Osten und die Ölpreisentwicklung<sup>1</sup>. In der Programmaktualisierung heißt es außerdem, dass mehrere ab 2005 geplante Maßnahmen weiter „geprüft“ werden sollen, was eine gewisse Unsicherheit beinhaltet. Andererseits ist das geschätzte Defizitergebnis für 2004 besser ausgefallen als erwartet. Dieses positive Ergebnis wurde erzielt, obwohl sich mehrere, ursprünglich für 2004 geplante Konsolidierungsmaßnahmen verzögert haben. Diese sollen nun 2005 durchgeführt werden, wobei ihre Haushaltswirkung beispielsweise für den Fall weiterer Verzögerungen bei anderen Maßnahmen vorsichtshalber als Sicherheitsmarge für 2005 eingeplant wurde, um das Ziel von 2,9 % des BIP als „Obergrenze“ zu erhalten, während die Ausgaben gleichzeitig strikt eingedämmt werden sollen. Wenngleich Ausgabenüberschreitungen in der Vergangenheit eines der Hauptprobleme darstellten, konzentrieren sich die Konsolidierungsmaßnahmen nunmehr auf die strukturelle Ausgabenkontrolle, insbesondere den Staatsverbrauch. Außerdem wurden einige der für 2005 geplanten Maßnahmen inzwischen erfolgreich mit den Sozialpartnern ausgehandelt. Die Kommissionsdienststellen rechneten in ihrer Herbstprognose 2004 mit einem Defizit von 3,0 % des BIP im Jahr 2005, wobei sie für dieses Jahr von einem etwas geringeren BIP-Wachstum ausgingen. Allerdings wird in der Aktualisierung erneut bekräftigt, dass ‚zusätzliche Maßnahmen‘ ergriffen werden sollen, falls das Defizit 2005 aufgrund eines niedrigeren Wachstums höher auszufallen droht. All dies würde die Anpassung auf 2,9 % des BIP im Jahr 2005 erleichtern. Alles in allem scheint der 2005 geplante Defizitabbau ehrgeizig, aber zunehmend erreichbar. Für den Zeitraum 2006-2007 wurde der Anpassungspfad gegenüber dem Programm vom Mai 2004 leicht verschärft, um niedrigere Defizite zu erreichen. Allerdings bleibt unklar, wie diese Verschärfung erreicht werden soll, denn die geplanten Maßnahmen und der BIP-Wachstumspfad sind weitgehend unverändert geblieben. Der Anpassungspfad muss durch dauerhafte Maßnahmen untermauert werden.

---

<sup>1</sup> Wohlgermerkt ist die künftige Wirtschaftsentwicklung in Zypern nach wie vor mit ungewöhnlich großer Unsicherheit behaftet: Im Falle einer Wiedervereinigung würde sich die Wirtschaftslage der gesamten Insel grundlegend ändern.

noch Anlage 22

- (5) In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung scheint der im Programm dargelegte haushaltspolitische Kurs auszureichen, um das Defizit bis 2005 unter 3 % des BIP zu senken und eine ausreichende Sicherheitsmarge zu schaffen, damit diese Marke bei normalen Konjunkturschwankungen ab 2006 nicht mehr überschritten wird. Er reicht allerdings nicht aus, um sicherzustellen, dass das im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts innerhalb des Programmzeitraums erreicht wird.
- (6) Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 74,9 % des BIP und damit über dem im Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP. Dem Programm zufolge soll die Schuldenquote im Programmzeitraum um nahezu 17 Prozentpunkte sinken. Die Entwicklung der Schuldenquote wird teilweise durch schuldenreduzierende Bestandsanpassungen im Zusammenhang mit der allmählichen Abschaffung von Tilgungsfonds bestimmt, deren Bildung zuvor zu schulderhöhenden Bestandsanpassungen geführt hatte.
- (7) In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die in den projizierten Kosten einer alternden Bevölkerung zum Ausdruck kommt, bestehen in Zypern gewisse Risiken. Die in der Aktualisierung vorgestellte Strategie beruht vor allem auf der Haushaltskonsolidierung in den nächsten Jahren; weitere Reformen des Renten- und Gesundheitssystems sollen in der Zukunft durchgeführt werden. Es ist unabdingbar, dass der Reformprozess zusammen mit der geplanten und notwendigen Haushaltskonsolidierung auf mittlere Sicht fortgesetzt wird, um die mit der künftigen Entwicklung der alterungsbedingten Ausgaben verbundenen Risiken für die langfristige Tragfähigkeit zu vermindern.
- (8) Die im Programm dargestellte Wirtschaftspolitik steht weitgehend im Einklang mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen für den Bereich öffentliche Finanzen. Insbesondere zielt das finanzpolitische Konsolidierungsprogramm darauf ab, das gesamtstaatliche Defizit in einem mehrjährigen Rahmen zu senken. Die finanzpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen sind sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite vorwiegend strukturell beschaffen, und noch bestehen Unsicherheiten hinsichtlich der Durchführung einiger geplanter Konsolidierungsmaßnahmen. Der Defizitpfad ist insbesondere für 2005 zwar ehrgeizig, erscheint aber nicht unplausibel.

\* \* \*



noch Anlage 22

Angesichts der vorstehenden Bewertung und in Anbetracht der Empfehlungen des Rates nach Artikel 104 Absatz 7 vertritt der Rat die Auffassung, dass Zypern

- i) die im aktualisierten Konvergenzprogramm vorgesehenen Maßnahmen zur Senkung des Defizits unter 3 % des BIP im Jahr 2005 mit Nachdruck umsetzen und durch auf Dauer angelegte Maßnahmen sicherstellen sollte, dass die Haushaltskonsolidierung in Richtung auf einen mittelfristig nahezu ausgeglichenen Haushalt oder einen Haushaltsüberschuss nach der Korrektur des übermäßigen Defizits fortgesetzt wird,
- ii) sicherstellen sollte, dass die Schuldenquote ab 2005 sinkt, und
- iii) zusammen mit der geplanten und notwendigen Haushaltskonsolidierung auf mittlere Sicht den Reformprozess im Renten- und Gesundheitssystem fortsetzen sollte, um die mit der künftigen Entwicklung der alterungsbedingten Ausgaben verbundenen Risiken für die langfristige Tragfähigkeit zu vermindern.

**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>3,6</b>	<b>4,0</b>	<b>4,4</b>	<b>4,5</b>	<b>4,5</b>
	KOM Nov. 2004	3,5	3,9	4,2	n.v.	n.v.
	KP Mai 2004	3,5	4,3	4,4	4,5	n.v.
VPI-Inflation (%)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>2,1</b>	<b>2,6</b>	<b>2,2</b>	<b>2,1</b>	<b>2,0</b>
	KOM Nov. 2004	2,4	2,2	2,1	n.v.	n.v.
	KP Mai 2004	2,0	2,0	2,0	2,0	n.v.
Gesamtstaatlicher Haushalts- saldo (% des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>-4,8</b>	<b>-2,9</b>	<b>-1,7</b>	<b>-1,5</b>	<b>-0,9</b>
	KOM Nov. 2004	-5,2	-3,0	-2,4	n.v.	n.v.
	KP Mai 2004	-5,2	-2,9	-2,2	-1,6	n.v.
Primärsaldo (% des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>-1,3</b>	<b>0,7</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>2,5</b>
	KOM Nov. 2004	-1,8	0,5	1,1	n.v.	n.v.
	KP Mai 2004	-1,6	0,7	1,4	2,0	n.v.
Öffentlicher Brutto- schuldenstand (% des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>74,9</b>	<b>71,9</b>	<b>69,2</b>	<b>65,7</b>	<b>58,1</b>
	KOM Nov. 2004	72,6	72,4	69,4	n.v.	n.v.
	KP Mai 2004	75,2	74,8	71,5	68,4	n.v.
<i>Quellen:</i> Konvergenzprogramm (KP); Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen						

## Anlage 23



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 4. April 2005 (06.04)  
(OR. en)**

**6500/1/05  
REV 1**

**UEM 58**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen

---

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Maltas

---

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Maltas in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 17. Februar 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 23

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 17. Februar 2005**  
**zum aktualisierten Konvergenzprogramm Maltas für 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 17. Februar 2005 das aktualisierte Konvergenzprogramm Maltas für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht - mit Ausnahme der Aufschlüsselung der prognostizierten Zahlen für die öffentlichen Ausgaben - weitgehend dem Verhaltenskodex. Die Preisdaten entsprechen nicht den harmonisierten Maastrichter Definitionen. Dementsprechend wird Malta aufgefordert, die Übereinstimmung mit den Datenanforderungen herzustellen.
- (2) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht vor, dass sich das reale BIP-Wachstum von 0,6 % im Jahr 2004 auf durchschnittlich 1,8 % im restlichen Verlauf des Programmzeitraums beschleunigen wird. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint dieses Szenario plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln. Auch die Inflationsprojektionen des Programms scheinen realistisch.

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

noch Anlage 23

- (3) Der Rat hat am 5. Juli 2004 entschieden, dass in Malta ein übermäßiges Defizit besteht, und hat empfohlen, es bis 2006 zu korrigieren.
- (4) Das Programm zielt darauf ab, das Defizit im Jahr 2006 unter den Referenzwert von 3 % des BIP zu senken. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen beruht sowohl auf einnahmewirksamen Maßnahmen als auch auf Ausgabenkürzungen. Das gesamtstaatliche Defizit soll von 5,2 % des BIP im Jahr 2004 auf 2,3% des BIP im Jahr 2006 zurückgehen und 2007 weiter auf 1,4 % des BIP sinken. Die im Vorgängerprogramm geplante Anpassung wird damit bei einem weitgehend unveränderten makroökonomischen Szenario im Großen und Ganzen bestätigt.
- (5) Die Risiken für die im Programm enthaltenen Haushaltsprojektionen scheinen sich insgesamt in etwa die Waage zu halten. Insbesondere scheint zum einen das gesamtstaatliche Defizitziel von 5,2 % des BIP im Jahr 2004 erreichbar, und zum anderen ist der ab 2005 vorgezeichnete Konsolidierungspfad in Anbetracht des zugrunde gelegten vorsichtigen makroökonomischen Szenarios und der Beschaffenheit der zum Defizitabbau angekündigten Maßnahmen sowie der im Programm enthaltenen Haushaltsprojektionen bei den derzeit erwarteten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Großen und Ganzen plausibel.
- (6) In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung scheint der im Programm dargelegte haushaltspolitische Kurs auszureichen, um das Defizit bis 2006 unter 3 % des BIP zu senken, und er dürfte eine ausreichende Sicherheitsmarge schaffen, damit diese Marke bei normalen Konjunkturschwankungen im Programmzeitraum nicht überschritten wird. Allerdings reicht er möglicherweise nicht aus, um sicherzustellen, dass das im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts innerhalb des Programmzeitraums erreicht wird.

- (7) Dem Programm zufolge soll die Schuldenquote 2004 73,2 % des BIP erreichen, nach 70,4 % des BIP im Jahr 2003. Anschließend soll sie auf 70,4 % des BIP am Ende des Programmzeitraums zurückgehen. Der Rückgang der Schuldenquote ab 2005 soll nach Auffassung der maltesischen Regierung durch das Wirtschaftswachstum, eine progressive Verbesserung des Primärsaldos und die Veräußerung von Staatsvermögen bewirkt werden. Verschiedene Faktoren, die die Effekte signifikanter Privatisierungserlöse (über 2 % des BIP in den Jahren 2005 und 2006) teilweise kompensieren, erfordern jedoch genauere Informationen über Transaktionen unter dem Strich und deren genauere Überwachung.
- (8) Im Hinblick auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bestehen Risiken aufgrund der voraussichtlichen Kosten infolge einer alternden Bevölkerung. Die im Programm dargelegte Strategie zur Sicherung der Tragfähigkeit hängt von der Erreichung der Haushaltsziele ab. Sie umfasst auch Reformen des Renten- und Gesundheitssystems, die bislang weder im Einzelnen festgelegt noch umgesetzt wurden. Zwar würde die Verfehlung der Haushaltsziele die Tragfähigkeit eindeutig gefährden, doch ist auch die Fortsetzung des Reformprozesses von großer Bedeutung, um den Anstieg der alterungsbedingten öffentlichen Ausgaben auf lange Sicht einzudämmen.
- (9) Alles in allem steht die in der Programmaktualisierung dargestellte Wirtschaftspolitik weitgehend im Einklang mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen für den Bereich öffentliche Finanzen. Insbesondere entspricht das Programm dem vom Rat empfohlenen Abbau des gesamtstaatlichen Defizits.

\* \* \*

noch Anlage 23

Angesichts der vorstehenden Bewertung vertritt der Rat die Auffassung, dass Malta

- i) das Notwendige tun sollte, um das übermäßige Defizit im Jahr 2006 zu korrigieren;
- ii) sicherstellen sollte, dass die Schuldenquote rasch genug auf den im Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP sinkt;
- iii) weitere Fortschritte bei der Konzeption und der Umsetzung der Reformen des Renten- und Gesundheitssystems erzielen sollte.

**Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen**

		2004	2005	2006	2007
Reales BIP (Veränderung in %)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>0,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,8</b>	<b>2,2</b>
	KOM Okt. 2004	1,0	1,5	1,8	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>1,1</i>	<i>1,7</i>	<i>2,1</i>	<i>2,1</i>
HVPI-Inflation (in %)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>
	KOM Okt. 2004	3,7	3,1	2,6	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>3,4</i>	<i>2,1</i>	<i>2,1</i>	<i>2,0</i>
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (in % des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>-5,2</b>	<b>-3,7</b>	<b>-2,3</b>	<b>-1,4</b>
	KOM Okt. 2004	-5,1	-4,0	-3,3	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>-5,2</i>	<i>-3,7</i>	<i>-2,3</i>	<i>-1,4</i>
Primärsaldo (in % des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>-1,4</b>	<b>0,3</b>	<b>1,6</b>	<b>2,4</b>
	KOM Okt. 2004	-1,3	-0,2	0,4	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>-1,4</i>	<i>0,1</i>	<i>1,4</i>	<i>2,2</i>
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (in % des BIP)	<b>KP Dez. 2004</b>	<b>73,2</b>	<b>72,0</b>	<b>70,5</b>	<b>70,4</b>
	KOM Okt. 2004	72,4	73,7	74,2	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>72,1</i>	<i>72,4</i>	<i>70,5</i>	<i>70,4</i>
<i>Quellen:</i>					
<i>Konvergenzprogramm (KP); Wirtschaftsprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM).</i>					

Stand: März 2005

Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2004

BMF

Länder	BIP-Wachstum [in v. H.]				Finanzierungs saldo [in v. H. des BIP]				Bruttostaatsschulden [in v. H. des BIP]			
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>												
Programm 2004	-0,1	1,8	1,7	1 ½	1 ½	1 ½	-3,8	-3,4	-2,9	-2 ½	-2	-1 ½
KOM Herbst 2004*	-0,1	1,9	1,5	1,7	2,5	2,5	-3,8	-3,9	-3,4	-2,9	-2	-1 ½
<b>Frankreich</b>												
Programm 2004	0,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	-4,2	-3,6	-2,9	-2,2	-1,6	-0,9
KOM Herbst 2004*	0,5	2,4	2,2	2,2	2,2	2,2	-4,1	-3,7	-3,0	-3,3	-1,6	-0,9
<b>Italien</b>												
Programm 2004	0,3	1,2	2,1	2,2	2,3	2,3	-2,4	-2,9	-2,7	-2,0	-1,4	-0,9
KOM Herbst 2004*	0,3	1,3	1,8	1,8	2,3	2,3	-2,4	-3,0	-3,0	-3,6	-1,4	-0,9
<b>Spanien</b>												
Programm 2004	2,5	2,6	2,9	3,0	3,0	3,0	0,4	-0,8	0,1	0,2	0,4	0,4
KOM Herbst 2004*	2,5	2,6	2,6	2,7	3,0	3,0	0,4	-0,6	-0,1	0,0	0,4	0,4
<b>Niederlande</b>												
Programm 2004	-0,9	1 ½	1 ½	2 ½	2 ½	2 ½	-3,2	-3,0	-2,6	-2,1	-1,9	-1,9
KOM Herbst 2004*	-0,9	1,4	1,7	2,4	4,2	4,2	-3,2	-2,9	-2,4	-2,1	-1,9	-1,9
<b>Griechenland</b>												
Programm 2004**	4,5	3,7	3,9	4,0	4,2	4,2	-4,6	-5,3	-2,8	-2,6	-2,5	-2,5
KOM Herbst 2004*	4,5	3,8	3,3	3,3	4,2	4,2	-4,6	-5,5	-3,6	-3,0	-2,5	-2,5
<b>Portugal</b>												
Programm 2004**	-1,2	1,0	2,4	2,7	2,8	2,8	-2,8	-2,9	-2,8	-2,5	-1,8	-1,8
KOM Herbst 2004*	-1,2	1,3	2,2	2,4	2,8	2,8	-2,8	-2,9	-3,7	-3,8	-1,8	-1,8
<b>Belgien</b>												
Programm 2004	1,3	2,4	2,5	2,5	2,1	2,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,3	0,6
KOM Herbst 2004*	1,3	2,5	2,5	2,6	2,1	2,0	0,4	-0,1	-0,3	-0,5	0,3	0,6
<b>Österreich</b>												
Programm 2004	0,8	1,9	2,5	2,5	2,2	2,4	-1,1	-1,3	-1,9	-1,7	-0,8	0,0
KOM Herbst 2004*	0,8	1,9	2,4	2,4	2,2	2,4	-1,1	-1,3	-2,0	-1,7	-0,8	0,0
<b>Finnland</b>												
Programm 2004	2,0	3,2	2,8	2,4	2,2	2,0	2,1	2,0	1,8	2,1	2,2	2,0
KOM Herbst 2004*	1,9	3,0	3,1	2,7	2,2	2,0	2,3	2,3	2,1	2,2	2,2	2,0
<b>Irland</b>												
Programm 2004	3,7	5,3	5,1	5,2	5,4	5,4	0,1	0,9	-0,8	-0,6	-0,6	-0,6
KOM Herbst 2004*	3,7	5,2	4,8	5,0	5,4	5,4	0,1	-0,2	-0,6	-0,5	-0,6	-0,6
<b>Luxemburg</b>												
Programm 2004	2,9	4,4	3,8	3,3	4,3	4,3	0,8	-1,4	-1,0	-0,9	-1,0	-1,0
KOM Herbst 2004*	2,9	4,0	3,5	3,6	4,3	4,3	0,8	-0,8	-1,6	-2,0	-1,0	-1,0
<b>Euro-Zone</b>												
Programm 2004	0,6	2,1	2,0	2,2	2,2	2,2	-2,7	-2,9	-2,5	-2,5	-2,5	-2,5
KOM Herbst 2004*	0,6	2,1	2,0	2,2	2,2	2,2	-2,7	-2,9	-2,5	-2,5	-2,5	-2,5
<b>EU25</b>												
Programm 2004	1,0	2,5	2,3	2,4	2,4	2,4	-2,8	-2,8	-2,4	-2,3	-2,3	-2,3
KOM Herbst 2004*	1,0	2,5	2,3	2,4	2,4	2,4	-2,8	-2,8	-2,4	-2,3	-2,3	-2,3

\*\* Die hier angegebenen Zahlen sind den Programmen vom November 2004 entnommen. Griechenland und Portugal werden im März/April neue Programme vorlegen.

noch Anlage 24

Stand: März 2005

## Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2004

BMF

Länder	BIP-Wachstum [in v. H.]				Finanzierungssaldo [in v. H. des BIP]				Bruttostaatsschulden [in v. H. des BIP]			
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Großbritannien</b>												
Programm 2004	2,25	3,25	3,25	2,75	2,5		-3,1	-2,8	-2,7	-2,2	-2,0	-1,6
KOM Herbst 2004*	2,2	3,3	2,8	2,8	2,5		-3,3	-2,8	-2,6	-2,4		
<b>Polen</b>												
Programm 2004	3,8	5,7	5,0	4,8	5,6		-3,9	-5,4	-3,9	-3,2	-2,2	
KOM Herbst 2004*	3,8	5,8	4,9	4,5	5,6		-3,9	-5,6	-4,1	-3,1		
<b>Tschechien</b>												
Programm 2004	3,1	3,8	3,6	3,7	3,8		-12,6	-5,2	-4,7	-3,8	-3,3	
KOM Herbst 2004*	3,1	3,8	3,8	4,0	3,8		-12,6	-4,8	-4,7	-4,3		
<b>Ungarn</b>												
Programm 2004	3,0	3,9	4,0	4,2	4,3	4,6	-5,5	-4,5	-3,8	-3,1	-2,4	-1,8
KOM Herbst 2004*	3,0	3,9	3,7	3,8	4,3		-6,2	-5,5	-5,2	-4,7		
<b>Schweden</b>												
Programm 2004	1,6	3,5	3,0	2,5	2,3		0,5	0,7	0,6	0,4	0,9	
KOM Herbst 2004*	1,6	3,7	3,1	2,9	2,3		0,3	0,6	0,6	0,8		
<b>Slowakei</b>												
Programm 2004	4,2	5,0	4,5	5,1	5,4		-3,7	-3,8	-3,4	-2,9	-1,9	
KOM Herbst 2004*	4,0	4,9	4,5	5,2	5,4		-3,7	-3,9	-4,0	-4,1		
<b>Dänemark</b>												
Programm 2004	0,5	2,2	2,5	1,3	1,9		1,2	1,2	2,0	1,6	1,7	
KOM Herbst 2004*	0,5	2,3	2,4	2,0	1,9		0,3	1,0	1,5	1,7		
<b>Litauen</b>												
Programm 2004	9,7	6,5	6,5	6,2	6,0		-1,9	-2,5	-2,5	-1,8	-1,5	
KOM Herbst 2004*	9,7	7,1	6,4	5,9	6,0		-1,9	-2,6	-2,5	-1,9		
<b>Lettland</b>												
Programm 2004	7,5	8,1	6,7	6,5	6,5		-1,5	-1,7	-1,6	-1,5	-1,4	
KOM Herbst 2004*	7,5	7,5	6,7	6,7	6,5		-1,5	-2,0	-2,8	-2,9		
<b>Slowenien</b>												
Programm 2004	2,5	4,0	3,8	3,9	4,0		-2,0	-2,1	-2,1	-1,8	-1,1	
KOM Herbst 2004*	2,5	4,0	3,6	3,8	4,0		-2,0	-2,3	-2,2	-1,9		
<b>Estland</b>												
Programm 2004	5,1	5,6	5,9	6,0	6,0	6,0	3,1	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0
KOM Herbst 2004*	5,1	5,9	6,0	6,2	6,0		3,1	0,5	0,2	0,1		
<b>Zypern</b>												
Programm 2004	1,9	3,6	4,0	4,4	4,5		-6,3	-4,8	-2,9	-1,7	-1,5	-0,9
KOM Herbst 2004*	2,0	3,5	3,9	4,2	4,5		-6,4	-5,2	-3,0	-2,4		
<b>Malta</b>												
Programm 2004	-0,3	0,6	1,5	1,8	2,2		-9,6	-5,2	-3,7	-2,3	-1,4	
KOM Herbst 2004*	0,2	1,0	1,5	1,8	2,2		-9,6	-5,1	-4,0	-3,3		
<b>EU25</b>												
KOM Herbst 2004*	1,0	2,5	2,3	2,4	2,4		-2,8	-2,8	-2,4	-2,3		

\* Herbstprognose der EU-Kommission, Oktober 2004

Seite 2









